

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

38. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 5. Mai 1999

Inhalt:

Erklärung des Präsidenten Wolfgang Thierse zum 50. Jahrestag des Bestehens des Europarats	3067 A	Dr. Gregor Gysi PDS.....	3090 D
		Antje Hermenau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	3095 A
Tagesordnungspunkt I (Fortsetzung):		Gerhard Schröder, Bundeskanzler	3096 A
– Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) (Drucksachen 14/300, 14/760).....	3068 B	Dr. Gregor Gysi PDS.....	3103 C
		Dr. Wolfgang Schäuble CDU/CSU	3104 A
		Klaus Hagemann SPD	3111 B
		Dr. Guido Westerwelle F.D.P.	3111 C
		Jürgen Koppelin F.D.P.	3112 B
– Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses		Dr. Michael Luther CDU/CSU	3113 B
– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung		Rolf Schwanitz SPD	3114 B
Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft		Lothar Mark SPD.....	3115 B
– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung		Hans-Joachim Otto (Frankfurt) F.D.P.	3116 D
Finanzplan des Bundes 1998 bis 2002 (Drucksachen 14/350, 13/11101, 14/272 Nr. 79, 14/625).....	3068 C	Monika Griefahn SPD	3117 C
		Jörg Tauss SPD.....	3117 D
		Dr. Michael Naumann, Staatsminister BK	3119 B
		Dr. Norbert Lammert CDU/CSU.....	3121 A
		Monika Griefahn SPD	3122 B
Einzelplan 04		Namentliche Abstimmung.....	3123 A
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Drucksachen 14/604, 14/622).....	3068 C	Ergebnis.....	3128 A
Michael Glos CDU/CSU.....	3068 D	Einzelplan 05	
Dr. Peter Struck SPD	3074 B	Auswärtiges Amt (Drucksachen 14/605, 14/622).....	3123 B
Michael Glos CDU/CSU.....	3075 D	Herbert Frankenhauser CDU/CSU	3123 B
Dr. Wolfgang Gerhardt F.D.P.	3080 C	Uta Titze-Stecher SPD.....	3125 A
Kerstin Müller (Köln) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	3084 C	Dr. Werner Hoyer F.D.P.	3130 B

Rita Griebhaber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	3133 B	Joachim Günther (Plauen) F.D.P.	3178 C
Fred Gebhardt PDS.....	3134 D	Dr. Angelika Köster-Loßack BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	3179 D
Joseph Fischer, Bundesminister AA.....	3136 B	Carsten Hübner PDS.....	3181 C
Dr. Karl-Heinz Hornhues CDU/CSU.....	3140 C	Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin BMZ.....	3182 B
Uta Zapf SPD.....	3142 C	Klaus-Jürgen Hedrich CDU/CSU.....	3184 B
Dr. Andreas Schockenhoff CDU/CSU.....	3145 A	Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin BMZ.....	3185 B
Einzelplan 14		Dr. R. Werner Schuster SPD.....	3185 D
Bundesministerium der Verteidigung (Drucksachen 14/613, 14/622).....	3146 C	Einzelplan 07	
Dietrich Austermann CDU/CSU.....	3146 C	Bundesministerium der Justiz (Drucksachen 14/607, 14/622).....	3186 D
Volker Kröning SPD.....	3149 C	in Verbindung mit	
Jürgen Koppelin F.D.P.....	3152 B	Einzelplan 19	
Angelika Beer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .	3154 B	Bundesverfassungsgericht (Drucksachen 14/300, 14/622).....	3186 D
Günther Friedrich Nolting F.D.P.	3156 C	Hans Jochen Henke CDU/CSU	3186 D
Hildebrecht Braun (Augsburg) F.D.P.	3156 D	Carsten Schneider SPD.....	3188 D
Jürgen Koppelin F.D.P.....	3157 B	Rainer Funke F.D.P.	3191 A
Angelika Beer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .	3157 C	Hans-Christian Ströbele BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3192 A
Dr. Winfried Wolf PDS	3157 D	Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin BMJ	3193 D
Dietrich Austermann CDU/CSU.....	3159 D	Hans Jochen Henke CDU/CSU	3195 B
Dr. Ludger Volmer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3160 C	Norbert Geis CDU/CSU	3196 B
Dr. Winfried Wolf PDS	3161 A	Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin BMJ	3198 A
Rudolf Scharping, Bundesminister BMVg.....	3162 A	Nächste Sitzung.....	3198 C
Jürgen Koppelin F.D.P.....	3162 D	Anlage 1	
Ulrich Irmer F.D.P.	3164 B	Liste der entschuldigten Abgeordneten	3199 A
Dietrich Austermann CDU/CSU.....	3166 B	Anlage 2	
Paul Breuer CDU/CSU	3167 C	Erklärung der Abgeordneten Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag Fraktion CDU/CSU (Drucksache 14/890)	3199 B
Volker Kröning SPD.....	3168 D	Anlage 3	
Günther Friedrich Nolting F.D.P.	3169 C	Zu Protokoll gegebene Rede zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1999;	
Günther Friedrich Nolting F.D.P.	3171 A	hier: Einzelplan 07 – Bundesministerium der Justiz (Tagesordnungspunkt I. 16).....	3199 B
Paul Breuer CDU/CSU	3171 C	<i>Sabine Jünger PDS</i>	3199 C
Angelika Beer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Erklärung nach § 30 GO)	3171 D		
Namentliche Abstimmung.....	3172 B		
Ergebnis.....	3173 D		
Einzelplan 23			
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Drucksachen 14/618, 14/622).....	3172 C		
Michael von Schmude CDU/CSU	3172 C		
Dr. Emil Schnell SPD	3176 B		

(A)

(C)

38. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 5. Mai 1999

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

(B) Heute vor 50 Jahren, am 5. Mai 1949, wurde in London der **Europarat** gegründet. Seine Gründungsmitglieder waren Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich. Nur wenige Monate später, im August 1949, traten ihm auch Griechenland und die Türkei bei. Sämtliche an der Gründung beteiligte Staaten erfüllte der Gedanke, Europa müsse sich nach den Schrecken des zweiten Weltkrieges und angesichts einer neuen, in seinem östlichen Teil erstarkenden totalitären Bedrohung enger zusammenschließen, um den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen gewachsen zu sein. Dabei wußten sich die Gründungsstaaten einig, daß ein solcher Zusammenschluß nur auf der Grundlage von Menschenrechten, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie des Strebens nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt möglich sei.

Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Europarat 1950 zunächst als assoziiertes, 1951 als Vollmitglied bei – eine Entscheidung, die in der Öffentlichkeit nicht unumstritten war. Einige fürchteten – wie Kurt Schumacher –, die Mitgliedschaft im Europarat könne die Einheit Deutschlands erschweren. Der Eintritt in den Europarat war der erste Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu einer internationalen politischen Organisation nach dem zweiten Weltkrieg, und er hat den Weg frei gemacht für die verantwortliche Mitwirkung und Einbindung der Bundesrepublik bei der politischen Gestaltung eines freiheitlichen und demokratischen Europa, dem heute ganz Deutschland angehört.

Ich bin sicher, daß es nicht zuletzt diese Erfahrung der Integration und der verantwortlichen Beteiligung der Bundesrepublik war, die unser Land nach dem Ende des Kommunismus bestärkt hat, die ebenfalls nicht unumstrittene rasche politische Erweiterung des Europarats nach Kräften mit voranzutreiben. Den neuen Demokratien Mittelost- und Südosteuropas wurde die Chance eröffnet, sich über den Europarat aktiv in die europäische Wertegemeinschaft zu integrieren und zugleich

entscheidende politische Unterstützung beim Aufbau ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen zu erfahren. Für den schwierigen Prozeß der Transformation war dies unerlässlich.

Trotz mancher Kritik an der unzureichenden Umsetzung eingegangener Verpflichtungen durch einzelne Staaten hat sich die Erweiterung als der, wie ich meine, einzig richtige und auch erfolgreiche Weg erwiesen. Wer heute Bilanz zieht, wird erkennen müssen, daß sich der Europarat nicht nur bei der Bewältigung der neuen Aufgaben bewährt, sondern auch seine Fähigkeit zur rechtlich-institutionellen Weiterentwicklung bewiesen hat.

(D) Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die wohl wichtigste Neuerung der vergangenen Jahre, die Schaffung eines einheitlichen und ständigen **Gerichtshofs für Menschenrechte**, der im November des vergangenen Jahres seine Arbeit aufgenommen hat und an den sich nunmehr jeder der 770 Millionen Bürger der Mitgliedstaaten des Europarates direkt wenden kann. Vergessen wir auch nicht, daß bereits die **Europäische Menschenrechtskonvention** von 1953, jenes grundlegende Dokument des Europarates, das Recht der Individualbeschwerde vorsah, das an sich schon einen Durchbruch in der Geschichte des Völkerrechts darstellt.

Mehr als 170 Konventionen hat der Europarat in den vergangenen fünf Jahren verabschiedet, darunter die Europäische Sozialcharta, die als eine Art Pendant zur Menschenrechtskonvention den Schutz wirtschaftlicher und sozialer Grundrechte sichert, dann die Europäische Konvention zum Schutz vor Folter und unmenschlichen oder erniedrigenden Strafen; ebenso die Rahmenkonvention zur Bioethik.

Besondere Aufmerksamkeit verdient das unermüdliche Eintreten des Europarates für die Rechte nationaler Minderheiten und Volksgruppen, das seinen Niederschlag in der 1994 verabschiedeten Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und der Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen gefunden hat. Kaum etwas vermag die Aktualität und bleibende Bedeutung des Europarates besser vor Augen zu führen als gerade dieses Engagement zugunsten ethnischer

Präsident Wolfgang Thierse

- (A) Gruppen und bedrohter Minderheiten. Vergessen wir nicht, daß es die gemeinsam entwickelten und von allen Mitgliedstaaten anerkannten völkerrechtlichen Normen und menschenrechtlichen Standards des Europarates sind, die wir heute gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien einfordern und verteidigen.

Der Minderheitenschutz und die Situation in Kosovo haben gerade auch in den Debatten der **Parlamentarischen Versammlung** des Europarates eine wichtige Rolle gespielt. Man kann daher auch nicht vom Europarat sprechen, ohne die Bedeutung seiner Parlamentarischen Versammlung hervorzuheben. Mit Delegationen aus 40 Ländern – mit der vor wenigen Tagen vollzogenen Aufnahme Georgiens in den Europarat wird eine weitere hinzukommen – bildet die Parlamentarische Versammlung nicht nur das größte parlamentarische Forum Europas, sondern auch eine der wichtigsten Stätten der Auseinandersetzung über Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft. Ich denke, wir haben daher allen Grund, den Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates waren und sind, für ihre Arbeit zu danken und ihnen auch weiterhin unsere ausdrückliche Unterstützung zuzusichern.

(Beifall im ganzen Hause)

Ein halbes Jahrhundert nach seiner Gründung ist der Europarat nach wie vor Hüter des gemeinsamen europäischen Erbes von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Seine in 50 Jahren erworbene große Autorität, seine weitreichende Erfahrung und die immer wieder unter Beweis gestellte Fähigkeit zur Anpassung an neue Herausforderungen bleiben unverzichtbar, wenn es darum geht, am Ende dieses Jahrhunderts gemeinsam mit anderen europäischen Institutionen, wie der OSZE, den europäischen Regionalorganisationen und nicht zuletzt der Europäischen Union, die Beziehungen zwischen den Staaten der europäischen Völkerfamilie zu festigen und auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen und Wertvorstellungen weiterzuentwickeln.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir setzen nun die Haushaltsberatungen fort:

- I. Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1999

(Haushaltsgesetz 1999)

– Drucksachen 14/300, 14/760 –

Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft

– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung (C)

Finanzplan des Bundes 1998 bis 2002

– Drucksachen 14/350, 13/11101, 14/272 Nr. 79, 14/625 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dietrich Austermann

Hans Georg Wagner

Oswald Metzger

Dr. Günter Rexrodt

Dr. Christa Luft

Ich rufe den Einzelplan 04 auf:

12. Einzelplan 04**Bundeskanzler und Bundeskanzleramt**

– Drucksachen 14/604, 14/622 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Adolf Roth (Gießen)

Klaus Hagemann

Manfred Hampel

Lothar Mark

Antje Hermenau

Oswald Metzger

Dankward Buwitt

Steffen Kampeter

Dr. Günter Rexrodt

Jürgen Koppelin

Dr. Uwe-Jens Rössel

Es liegen je zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. vor. Die PDS hat einen Änderungsantrag eingebracht. (D)

Die Fraktion der CDU/CSU hat außerdem einen Entschließungsantrag eingebracht, über den am Donnerstag nach der Schlußabstimmung abgestimmt wird.

Ich weise darauf hin, daß wir im Anschluß an die Aussprache über diesen Einzelplan namentlich abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache vier Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Michael Glos, CDU/CSU-Fraktion.

Michael Glos (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kaum ist diese Bundesregierung ein halbes Jahr im Amt, schon pflegt sie einen unerträglichen Umgang mit dem Parlament.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich finde es unmöglich, daß wir in dieser Woche, in der der Haushalt im Mittelpunkt stehen muß, dazu gezwungen werden – weil Sie Ihre Mehrheiten brutal mißbrauchen –,

(Widerspruch bei der SPD)

Michael Glos

- (A) gleichzeitig auch über das Staatsbürgerschaftsrecht zu diskutieren und es zu verabschieden, und daß wir gleichzeitig über eine sehr ernste Angelegenheit, nämlich den Einsatz weiterer deutscher Soldaten in Albanien und Mazedonien, entscheiden müssen. Den Druck auf das Parlament, dies alles in der Haushaltswoche tun zu müssen, empfinde ich als schlimm. Er hätte nicht sein müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich das die Herren Struck und Schlauch oder die Frau Müller gefallen lassen, dann ist das ihre Sache. Das spricht eigentlich nicht dafür, daß sie überzeugte Parlamentarier sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die SPD – und die grüne Fraktion machen sich zum Abnickverein dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Zum Abnickverein!)

Herr Gysi und seine Fraktion sind demokratische Gepflogenheiten ohnedies nicht gewohnt. Hier braucht einen überhaupt nichts zu wundern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Barbara Höll [PDS]: Weil Sie uns nicht demokratisch behandelt haben!)

- (B) Herr Bundeskanzler, wenn Sie die Dinge mit Ihrer unerträglichen Arroganz, die oft durchbricht, so weiter betreiben, müssen Sie sich nicht wundern, wenn wir in eine Stimmung geraten, die letztendlich auch Ihnen nicht zugute kommt. Ich kann verstehen, daß Herr **Lafontaine** auch vor dieser Art und Weise des Umgangs miteinander geflohen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

Er hat bei seiner Flucht ins saarländische Exil seinen Oberbremsler leider nicht mitgenommen. Im Gegenteil, er hat den Oberbremsler der Steuerreform, Herrn Eichel, in den Führerstand hineingesetzt. Das war wohl auch ein Stück seines letzten Streiches, den er hier gespielt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn wir die Leistungen und das Erscheinungsbild dieser Regierung betrachten, dann ist eine Chaoskombo dagegen eine geordnete Veranstaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das kann man wohl sagen!)

Was Sie dem Parlament in dieser Woche zumuten, ist ohne Beispiel.

(Zuruf von der SPD: Sie sind eine Zumutung, Herr Glos!)

(C) Ich sage noch einmal: Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments, und Sie wollen verhindern, daß über den Haushalt und Ihre wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fehlleistungen diskutiert wird, die sich inzwischen verheerend auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Regierung Schröder/Fischer ist in der Tat mit großen Verheißungen angetreten. Nicht nur im Wahlkampf hat man den Bürgerinnen und Bürgern viel zugesagt. Ich zitiere die Regierungserklärung vom 10. November. Darin haben Sie, Herr Bundeskanzler, versprochen:

Wir machen dieses Land wieder zu einem Bewegungs-Ort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

Bei diesen Versprechungen haben sich die Leute nicht nur Fischers abgelegte Turnschuhe vorgestellt, sondern sie haben sich auch vorgestellt, daß Bewegung letztendlich zugunsten von mehr Arbeitsplätzen entsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben das Land in der Tat zu einem Bewegungs-ort gemacht. Jeden Tag bewegt sich die Regierung in eine andere Richtung: Wirrwarr, Chaos und Verunsicherung auf allen Feldern der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Die Wirtschaft bewegt sich in den Abschwung. Betriebe und Arbeitsplätze bewegen sich leider ins Ausland. Selbständige und Kleinverdiener bewegen sich aus dem Arbeitsmarkt heraus und werden in Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit gedrängt. Die Preise für Benzin, Heizöl, Gas und Strom bewegen sich nach oben, und die Ökosteuer bewegt für die Umwelt überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Rentner bewegt die Angst vor ständig neuen Vorschlägen der Koalition über Rentenkürzungen, und alles bewegt sich – Herr Eichel, wir möchten von Ihnen und vom Bundeskanzler etwas dazu hören – in Richtung einer **Mehrwertsteuererhöhung** zum 1. Januar 2000.

Wie steht es mit dem Arbeitsmarkt? Herr Bundeskanzler, Sie haben versprochen – ich zitiere –:

Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

In der „Wirtschaftswoche“ tickt wöchentlich die Schröder-Uhr. Sie zeigt die Bewegungen des Arbeitsmarktes seit dem Amtsantritt. Es gibt 323 112 Arbeitslose mehr und 337 000 Erwerbstätige weniger.

Die Bundesregierung bewegt auch ihre Wachstumsprognose, sie bewegt sie nach unten. 2,8 Prozent Wachstum waren es 1998. Im Jahreswirtschaftsbericht sind noch 2,0 Prozent Wachstum angekündigt worden. Jetzt werden es allenfalls noch 1,5 Prozent Wachstum bleiben.

(D)

Michael Glos

- (A) Unbeweglich ist allein die Bundesregierung – wenn man sieht, was inzwischen unsere wichtigen Wettbewerberländer, mit denen wir konkurrieren müssen, bewegt haben. Die Auswirkungen der internationalen **Wirtschafts- und Finanzkrisen** werden als Ausrede mißbraucht. Auch hier ist die Tatsache richtig, daß zum Beispiel die USA wesentlich mehr als wir in Südostasien und in Südamerika engagiert sind. Trotzdem ist dort die Wachstumsdynamik ungebrochen. Das zeigt, daß die deutsche Konjunkturschwäche nicht nur auf die internationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen zurückzuführen ist. Sie ist zu einem gut Teil leider hausgemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Politik Ihrer Regierung, Herr Bundeskanzler, hat Menschen und Betriebe in Deutschland verunsichert. Sie bewirkt derzeit ein Abwarten bei Investitionen. Es ist ganz klar, daß die lahmende Investitionstätigkeit in Deutschland sehr viel mit der Signalwirkung Ihrer sogenannten Steuerreform zu tun hat, die Sie auf den Weg gebracht haben. Hier wird in einem sogenannten Steuerentlastungsgesetz etwas vorgelegt, was die Betriebe in Wirklichkeit um 10 Milliarden DM mehr belastet. Das ist Etikettenschwindel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Herr Eichel, Sie waren zwar damals noch nicht im Amt, aber Sie haben dieses Gesetz erst möglich gemacht. Sie waren von der hessischen Bevölkerung nicht mehr legitimiert, im Bundesrat zuzustimmen, und haben es dennoch getan.

- (B) (Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Herr Bundeskanzler, eines haben Sie in dem Herrn Eichel: Er war ein williger Erfüllungsgehilfe von Oskar Lafontaine. Ich wünsche Ihnen, daß er auch ein Erfüllungsgehilfe Ihrer Politik ist. Nur wünsche ich dabei ein bißchen mehr Erfolg und Sachverstand als unter Oskar Lafontaine und bei ihm selbst in Hessen.

Obwohl die Bürger in Hessen Sie, Herr Eichel, wie gesagt, abgewählt haben, haben Sie dies alles möglich gemacht. Das alles bewegt natürlich die Menschen in Deutschland. Ich brauche mir nur die neuen Meinungsumfragen anzusehen: Danach hat Ihre Regierung längst die Mehrheit in der Bevölkerung verloren, und zwar ausschließlich aus diesen innenpolitischen Gründen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie bewegen auch Arbeitsplätze; das ist schon richtig. Mehr Arbeitsplätze bekommen wir nur bei Kontrolleuren und Steuerprüfern und möglicherweise in der Folge auch bei Richtern und Staatsanwälten.

(Zuruf von der SPD: Auch die sind wichtig!)

Das kann nicht der Sinn einer vernünftigen Regierungspolitik sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Als Sie noch Regierungschef in Niedersachsen waren, haben Sie die Verantwortung für die Konjunktur

und für Arbeitsplätze stets nach Bonn geschoben. Nun sind Sie in Bonn, und nun tragen Sie hier die Verantwortung. Jetzt versuchen Sie diese Verantwortung wieder abzuschieben, zum Beispiel auf das „**Bündnis für Arbeit**“ – eine nebulöse Veranstaltung – oder vielleicht nach Brüssel auf einen sogenannten europäischen Beschäftigungspakt. Herr Bundeskanzler, Sie sind gewählt, um zu regieren, und nicht, um zu moderieren. Sie tragen die Verantwortung. Bündnisse und Beschäftigungspakte dürfen nicht zu einer Alibiveranstaltung werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Herr Bundeskanzler, es sind auch Ihre Arbeitslosen, mit denen wir es mittlerweile zu tun haben. Es ist ein Trauerspiel, wenn ich als Beispiel nur einmal diese ganzen Orgien – hätte ich beinahe gesagt – um die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nehme: Erst wollten Sie die **630-DM-Jobs** auf höchstens 10 Prozent in einem Unternehmen begrenzen. Dann wollten sie die Grenze für geringfügige Beschäftigung auf 300 DM senken. Im nächsten Akt sollte die Pauschalsteuer entfallen und durch eine Sozialversicherungspflicht ersetzt werden. Jetzt sollen die meisten Menschen sowohl Steuern als auch Sozialabgaben bezahlen.

Wir haben einen einmaligen Vorgang: Der Präsident des Bundes der Steuerzahler ruft zum erstenmal zum Steuerwiderstand in diesem Land auf, weil die Steuergesetze nicht praktikabel sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Joachim Poß [SPD]: Bund der Nichtsteuerzahler!)

Selbst die Finanzämter blicken nicht mehr durch, Herr Struck. Für viele Menschen geht diese Entscheidung an die eigene Substanz. Sie haben vielen Menschen den 630-DM-Job kaputtgemacht, und damit nehmen Sie diesen Menschen dringend benötigtes Geld weg.

Dieses sinnige Gesetz hat zum Beispiel folgendes bewirkt: Bäckerhandwerk: 25 000 Kündigungen; Einzelhandel: 150 000 Kündigungen; Gebäudereiniger: 140 000 Kündigungen; Zeitungsverlage finden keine Zusteller mehr; die Volkshochschulen müssen teilweise schließen, weil sie keine Dozenten mehr finden;

(Lachen bei der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Stimmt doch! Gibt nichts zu brüllen!)

sogar das Erzbistum Köln hat angegeben, die Gehälter im April nicht zahlen zu können, weil die neue Regelung so kompliziert ist.

(Lachen bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man selbst mit Gottes Hilfe nicht mehr durchblickt, dann muß es doch ein elendes Gesetz sein, mit dem wir es zu tun haben!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

Es besteht eine weitere Gefahr: Sie machen unser Land immer mehr zu einer Dienstleistungswüste. Ich

Michael Glos

- (A) habe einmal die Leute in meinem eigenen Wahlkreis gebeten, mir ihre Erfahrungen zu schildern, und habe eine Hotline geschaltet.

(Lachen bei der SPD)

– Sie lachen darüber. Wissen Sie, warum Sie lachen, meine Damen und Herren von der SPD? Weil Sie weit weg von den Problemen der Menschen im Land sind

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. –
Lachen bei der SPD)

und weil Sie weit von den sogenannten kleinen Leuten weg sind, für die Sie vorgegeben haben, angetreten zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. –
Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Sie mögen darüber lachen, Frau Kollegin. Mich rührt es schon eigenartig an, wenn Frauen mit Tränen in den Augen kommen

(Lachen bei der SPD)

und sagen: Ich habe dieses Geld, das ich mit dem 630-DM-Job verdient habe und das ich jetzt nicht mehr bekomme, dringend benötigt. – Hören Sie sich doch einmal in der Wirklichkeit um! Die Menschen wären dankbar, wenn sie die Sorgen bei denen abladen könnten, denen sie bei der Wahl offensichtlich ein Stück mehr vertraut haben als uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Sie tauchen vor diesen ganzen Problemen weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie können doch nur noch inkognito in eine Gastwirtschaft gehen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P. –
Lachen bei der SPD)

Gehen Sie doch einmal dort hin und fragen Sie, wie das mit den Bedienungen und dem Service jetzt noch läuft – jetzt, wo die Ausflugslokale öffnen, nachdem das Wetter wieder schön wird.

(Zurufe von der SPD)

Der Gipfel des Zynismus und der Volksverdummung – so hätte ich beinahe gesagt – der SPD ist das Verhalten einzelner Ministerpräsidenten.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich nehme als Beispiel einmal den hochgelobten Herrn **Clement**. Der bringt es fertig, am vergangenen Freitag diesen Gesetzen zuzustimmen und damit eine Mehrheit im Bundesrat dafür zu schaffen und sich währenddessen in einem Gespräch mit dem „Focus“, der montags erscheint, aber samstags schon auf die Agenturen geht, schon von den Gesetzen zu distanzieren und Nachbesserungen zu fordern.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen von der SPD, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wird Ihnen das auf die Dauer nicht durchgehen lassen. (C)

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und
der F.D.P.)

Herr Bundeskanzler, Sie haben versprochen – ich zitiere Ihre Regierungserklärung, diesmal nicht die „Bild“-Zeitung –:

Wir werden die Verwaltung schlanker und effizienter machen, und wir werden hemmende Bürokratie rasch beseitigen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P. –
Zuruf von der SPD)

– Jetzt kommt die Praxis; ich höre den Zwischenruf, Herr Kollege. Bei den 630-DM-Jobs sind beispielsweise An- und Abmeldungen, Unterbrechungsabmeldungen, Jahresmeldungen, Änderungsmeldungen usw. notwendig. Die Krankenkassen und Rentenversicherer werden zu Hilfspolizisten der Schröder-Gesetze. Die Arbeitsämter müssen für jeden, der für wenige Stunden eine Putzhilfe beschäftigt, eine eigene Betriebsnummer vergeben. Die Kommunen müssen 2 Millionen neue Lohnsteuerkarten ausstellen. Wo sind denn da die Verschlangung der Verwaltung und die Beseitigung der Bürokratie, verdammt noch mal?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: So ist es!)

Deswegen hat Herr Dr. Martin recht, der heute in der „Bild“-Zeitung schreibt: (D)

Die deutsche Steuerpolitik – hoffnungslos verheddert und verstrickt. Jetzt hat der Kanzler Korrekturen angekündigt.

Wir sind sehr gespannt, ob Sie dürfen, Herr Bundeskanzler.

Der Herr Riester hat Ihnen heute in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ wieder die rote Karte gezeigt. Ich bin mal gespannt, wer stärker ist: Sie oder dieser Gewerkschaftsfunktionär, der jetzt Sozialminister ist. Die Richtlinienkompetenz in unserem Land liegt nicht beim Deutschen Gewerkschaftsbund, sondern sie liegt laut Verfassung nach wie vor beim Bundeskanzler.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der
F.D.P.)

Ich darf aber noch einen Satz vorlesen. Es heißt in dem Kommentar weiter:

Löblich. Doch worin besteht der Unterschied zwischen dem Mann, der morgens Zeitungen austrägt, dem, der mittags eine Schülermannschaft trainiert, und dem, der abends Pizzas ausfährt?

Ich kann, wenn Sie wieder korrigieren, nur raten: Machen Sie es so, daß es praktikabel und letztendlich verfassungsfest ist! Bis Ihnen etwas Richtiges einfällt, nehmen Sie dieses unsinnige Gesetz ebenso wie das Gesetz gegen die sogenannte Scheinselbständigkeit rasch wieder zurück!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Michael Glos

- (A) Ich sage es noch einmal: Lassen Sie sich dabei weder von Herrn Riester noch von Herrn Struck beeindrucken! Angeblich hat ja die SPD-Fraktion einen kleinen Aufstand gegen Sie gemacht. Ihre Meinung über Herrn Struck ist weidlich bekannt; Sie haben sie vorher öffentlich immer wieder geäußert,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

ich will das deswegen an dieser Stelle nicht tun. Nur, Herr Bundeskanzler, kriechen Sie dann nicht zu Kreuz, sondern erklären Sie klipp und klar: Ich stehe hinter diesen Dingen, will, daß sie so praktiziert werden – oder setzen Sie die Änderungen durch!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ein weiteres Beispiel dafür, daß es nicht weitergeht, ist die sogenannte **Unternehmensteuerreform**. Herr Eichel, da wartet ein schwieriges Geschäft auf Sie. Die Kommission, die eingesetzt worden ist, hat jetzt einen Vorschlag vorgelegt, der so nicht zu verwirklichen ist. Er ist untauglich, er ist nicht verfassungsfest, und es zeigt sich immer mehr, daß die Petersberger Vorschläge, die wir intensiv erarbeitet, beraten, eingebracht und im Deutschen Bundestag verabschiedet haben und die von Ihnen aus parteitaktischen Gründen torpediert und kaputtgemacht worden sind,

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: So ist es!)

der richtige Weg gewesen wären.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (B) Sie haben gestern in bezug auf die Bundesschulden mit Unflätigkeiten und Taschenspielertricks, mit windigen Berechnungen für Klein-Moritz draußen – dabei haben Sie die deutsche Wiedervereinigung weggelassen –,

(Widerspruch bei der SPD)

Theo Waigel in Zweifel zu ziehen versucht. Herr Eichel, Sie werden sich an Theo Waigel letztendlich messen lassen müssen, und dann wird es heißen: Gewogen und zu leicht befunden!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. –
Zurufe von der SPD)

Theo Waigel hat als erster Finanzminister Deutschlands das Gesetz von den ständig steigenden Staatsausgaben durchbrochen. 1998 waren die Ausgaben im Bundeshaushalt um 3 Prozent niedriger als vier Jahre zuvor. – Wie es beim hessischen Haushalt gewesen ist, können Sie dann anschließend sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Bundeskanzler hat wörtlich gesagt: „Wir wollen nicht, daß der **Euro** deutsch spricht.“ – Damit haben Sie für Deutschland und für Europa einen verheerenden Kurswechsel eingeleitet, denn das wird als Abschied von der Stabilitätspolitik verstanden.

(Lachen bei der SPD)

Die Politik von Kohl und Waigel war eine Politik für Stabilität der Währung. Die internationalen Devisenmärkte haben auf Ihre neuen Signale leider reagiert. Glauben Sie nicht, daß Ihnen ein billiger Euro auf die

Dauer die Aufgabe abnimmt, die strukturellen Probleme dieses Landes zu lösen! (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich könnte jetzt Professor Jochimsen zitieren, ich tue es aus Zeitgründen nicht. Ich will nur sagen: Bei Ihrem Amtsantritt als Bundeskanzler haben Sie versprochen, in der EU einen gerechteren Beitrag für Deutschland durchzusetzen, nachdem das, was Theo Waigel erreicht habe, Ihrer Ansicht nach immer weniger ein Weg in die richtige Richtung gewesen sei.

Seit dem **Berliner EU-Gipfel** ist klar: Alle anderen Nationen haben ihre nationalen Interessen rigoros durchgesetzt. Der britische Beitragsrabatt bleibt erhalten. Sie hätten einmal mit Ihrem Freund Tony sprechen sollen, damit er Ihnen ein Stückchen entgegenkommt. Die französische Landwirtschaft bleibt ungeschoren. Die finanziellen Hilfen für Spanien und Portugal steigen sogar noch an. Die Kohäsionsfonds bleiben offen, obwohl sie reduziert und geschlossen werden sollten, nachdem die Empfängerländer Mitglied in der Europäischen Währungsunion sind. Die Folge ist: Nur die Nettobelastung Deutschlands wird im Jahre 2006 nach Angaben der EU-Kommission um 300 Millionen DM höher sei als 1999. Auch hier gibt es also nur leere Versprechungen.

Der elende Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der uns besorgt macht – ich möchte diesen Krieg auch einmal von der finanziellen Seite her betrachten –, wird den deutschen Steuerzahlern, die nach wie vor die Hauptzahler in der EU sind, neben anderen Sorgen auch noch viele finanzielle Sorgen bereiten. Ich möchte jetzt Herrn Hänsch zitieren. (D)

(Georg Pfannenstein [SPD]: Golf-Krieg!
18 Milliarden DM!)

– Herr Kollege, Sie sollten mehr auf Ihre Genossen hören, die im Gegensatz zu anderen noch einen guten Ruf haben. Herr Hänsch hat noch einen seriösen Ruf. Er spricht bereits von 30 Milliarden Euro – das sind fast 60 Milliarden DM –, die Deutschland für die Folgen des Kosovo-Krieges aufbringen soll.

Sicherlich müssen wir alle an einer Stabilisierung des Balkan interessiert sein. Aber wir dürfen nicht nur an den Verbrecher Milosevic und an die unerträglichen Vorgänge denken, die gegenwärtig im **Kosovo** passieren; wir müssen vielmehr die Auswirkungen sehen, die dieser Krieg auf die dortigen Nachbarländer hat, zum Beispiel auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Wir wissen auch, daß wir die Menschen in diesem Teil Europas nicht alleine lassen dürfen, nur weil Milosevic und seine Clique schreckliche Verbrechen zu verantworten haben. Im Gegenteil: Wir können in Westeuropa nur in Frieden und Sicherheit leben, wenn auch in diesem Teil Europas wieder die Verhältnisse in Ordnung gebracht werden, wenn also Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dort herrschen.

(Beifall des Abg. Dr. Peter Ramsauer
[CDU/CSU])

Michael Glos

- (A) Weil wir die Voraussetzungen dafür durchsetzen wollen, sind wir letztendlich bereit – wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen –, auch die nötigen Maßnahmen mitzutragen. Das haben wir als Opposition getan. Dies war durchaus nicht selbstverständlich, insbesondere nicht selbstverständlich für eine Opposition, die so behandelt wird, als ob man sie überhaupt nicht bräuchte. Aber jetzt haben Sie unsere Zustimmung wohl wieder ganz gerne, weil Sie nicht wissen, wie es in Ihren eigenen Reihen aussieht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Herr Bundeskanzler, Sie haben heute hier Gelegenheit, an das Mikrophon zu treten und uns mitzuteilen, wie die Mehrheiten in Ihren Reihen aussehen.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Gut! – Hans Georg Wagner
[SPD]: Auch in der Bevölkerung sehr gut!)

- Okay, das ist prima. – Sie haben auch Gelegenheit, wieder einmal das deutsche Parlament zu unterrichten. Sie können nicht nur Ausschüsse unterrichten, eventuell noch mit dem Schild „Vertraulich“ an der Saaltür. Sie müssen auch hier eine ganze Reihe von Fragen beantworten. Sie haben bisher die Opposition außen vor gelassen. Die Opposition ist nicht mehr unterrichtet worden. Am Anfang hatte es noch Gespräche gegeben, dann nicht mehr. Ich möchte Ihnen ein paar Fragen stellen, auf die ich von Ihnen gerne Antworten gehört hätte: Wie weit soll die Nothilfe der deutschen Soldaten im Ernstfall gehen? Wie wird die Sicherheitslage unserer Soldaten, die wir nach Albanien schicken, eingeschätzt? Wo werden sie stationiert? Wie werden sie bewaffnet sein?

(B)

(Zuruf des Bundesministers Joseph Fischer)

– Herr Fischer, ich weiß schon, was Sie sagen wollen. Es geht nicht, daß alles nur in den Ausschüssen diskutiert wird. Nicht alle Parlamentarier können Mitglieder des Verteidigungsausschusses oder des Auswärtigen Ausschusses sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es müssen hier Beschlüsse gefaßt werden, die letztendlich für unser Land von großer Tragweite sind. Viele Menschen machen sich zu Recht Sorgen über diese Entwicklung im Kosovo und über die Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen. Sagen Sie, Herr Fischer, doch einmal, was sich in den letzten fünf oder sechs Wochen verändert hat. Warum muß noch in dieser Woche – quasi im Eilverfahren – der Beschluß über den Einsatz von weiteren deutschen Soldaten gefaßt werden? Wir sind grundsätzlich bereit mitzustimmen. Aber sagen Sie, warum es vor zwei Wochen, als wir Sie aufgefordert haben, dies zu tun, nicht notwendig war und warum es jetzt notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wollte man über die Feierlichkeiten zum 1. Mai hinwegkommen?

Es gibt Menschen, die haben an diesem Tag Schlüsselerlebnisse gehabt. Herr Trittin hat auf einer Veranstaltung erfahren, wie es ist, wenn man gestört wird. Er kommt aus einem Lager, das früher selbst immer nur gestört hat.

(C)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

So hat er nur die halbe Zeit reden können. Das sind alles neue Erlebnisse für ihn. Die Herren, die sich früher über die Staatsmacht mokiert haben, repräsentieren sie heute selber.

Wir wollen wissen, warum dieser Beschluß erst jetzt gefaßt wird und warum dies letztendlich so schnell passiert.

(Zuruf der Abg. Ingrid Holzhüter [SPD])

– Ich kann nur sagen, daß ich darauf eigentlich nicht eingehen wollte. Aber da ich permanent Zwischenrufe von der linken Seite dieses Hauses bekomme, muß ich darauf hinweisen: Nach dem Leitantrag für den Parteitag der Grünen ist das Vorgehen der NATO durch schwerwiegende völkerrechtliche Einwände in Frage gestellt. Bundestagsabgeordnete der Grünen haben die NATO-Aktionen im Kosovo mittlerweile als Angriffskrieg gebrandmarkt. Mitglieder des SPD-Parteivorstandes haben in Unterschriftenlisten ein Ende der NATO-Aktionen gefordert. Höhepunkt war der Auftritt von Herrn Klimmt bei „Sabine Christiansen“. Sein Auftreten war unsäglich und unerträglich. Oskar Lafontaine – nicht irgendwer – und Ministerpräsident Stolpe haben sich für eine sofortige Feuerpause ausgesprochen, ebenso der bayerische Landesverband der SPD unter der grandiosen Führung von Renate Schmidt.

(D)

Noch eines in dieser Stunde: Unsere Soldaten brauchen jetzt keine Grundsatzdiskussionen oder überflüssige Strukturkommissionen, auch wenn diese von einem ehemaligen Bundespräsidenten geleitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Unsere Soldaten haben Anspruch auf nachhaltige und nachdrückliche Rückendeckung für ihren schwierigen Auftrag, den sie ausführen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie des Abg. Jörg Tausch [SPD])

Notwendiger als eine Strukturkommission ist ein Ehrschutz für unsere Soldaten; denn man beginnt wieder, sie als Mörder zu beschimpfen. Das kann man ungestraft tun. Deswegen werden wir den Gesetzentwurf, mit dem diese Beschimpfungen unter Strafe gestellt werden – er war im Ausschuß abschließend beraten worden –, in der nächsten Sitzungswoche erneut einbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Soldaten sind keine Mörder; sie leisten Dienst für Frieden und für Menschlichkeit. Ohne den Dienst unserer Soldaten wäre die schlimme humanitäre Katastrophe noch größer.

Michael Glos

- (A) Herr Bundeskanzler, Sie sind derzeit EU-Ratspräsident. Sorgen Sie dafür, daß auch unsere europäischen Partner ihre Verpflichtungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen erfüllen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir brauchen auch in diesem Bereich eine gerechte Lastenverteilung in Europa. Sorgen Sie dafür, daß nicht wieder solche Dinge wie gestern geschehen! Ich glaube, es war der Kollege Schmidt, der die 5 Millionen Menschen verunglimpft hat, die an Unterschriftenständen ihre Sorge über das Staatsangehörigkeitsrecht und ihr Eintreten für bessere Integration zum Ausdruck gebracht haben. In einer solch schwierigen Zeit muß man versöhnen, nicht spalten, so hat es einmal Willy Brandt gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

Dieses neue **Staatsbürgerschaftsrecht**, das so viele Fragen offenläßt – das wurde auch in den Expertenanhörungen deutlich –, soll jetzt im Eilverfahren durchgepaukt werden, weil Sie Ihre linken Partner bei Laune halten wollen – das ist der einzige Grund. Sie sollten in dieser schweren Zeit lieber einen Konsens suchen. Es hat niemals den Versuch gegeben, einen Konsens mit uns zu suchen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den haben Sie vier Jahre blockiert!)

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, all das zeigt: Die Sorgen der Bürger werden von Rotgrün nicht ernst genommen. Diese Bundesregierung hat auf die großen Herausforderungen unseres Landes keine Antwort. Deswegen brauchen wir einen Politikwechsel in allen Bereichen.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU sowie Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, dem Kollegen Peter Struck.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Gott sei Dank wird das Kabarett jetzt beendet! Keine weiteren Büttensreden mehr!)

Dr. Peter Struck (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Glos, Ihr Niveau kennen wir. Ich denke aber, es wäre der Situation in unserem Lande angemessener gewesen, wenn Sie hier heute etwas weniger kleinkariert und primitiv gesprochen hätten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Es geht in dieser Debatte um die **Grundlinien der Politik:** Schaffung von Arbeit, Steuerreform, Gesund-

heitsreform, Rentenreform. Das waren und sind die dringendsten Projekte, die wir uns vorgenommen haben. Sie werden aber im Augenblick von den besorgten Fragen der Menschen, wie es im Kosovo und in Jugoslawien weitergeht, überlagert. Wenn Sie, Herr Kollege Glos, im Zusammenhang mit diesem Thema nur die Frage stellen, wieviel Geld das denn wohl kosten wird, dann zeigt das Ihre Geisteshaltung in diesen Fragen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Wochen erfahren müssen, daß die Schwerpunkte der von dieser Koalition vertretenen politischen Grundlinien nicht mehr allein von uns bestimmt werden. Der mörderische Vertreibungskrieg des Diktators Milosevic hat uns allen drastisch vor Augen geführt, daß sich die Politik nicht in jedem Fall vorausplanen läßt. Das Morden im **Kosovo** und die dort stattfindenden Vertreibungen haben uns allen Entscheidungen abverlangt, die treffen zu müssen wir in einem zivilisierten Europa nicht mehr für möglich gehalten hätten.

Mehr als 1,1 Millionen Menschen sind inzwischen von der Soldateska aus ihrer Heimat gehetzt worden. Sie werden gejagt, ermordet, vergewaltigt, verstümmelt. Wir sehen die Bilder der Flüchtlingslager und wollen nicht wahrhaben, daß dies wirklich in Europa, wirklich vor unserer Haustür geschieht. Wir wiegen uns beim Betrachten dieser Bilder häufig in der Hoffnung, als sähen wir im wahrsten Sinne des Wortes fern. Lange genug haben wir uns darüber hinaus in der Hoffnung gewiegt, die Probleme des Balkans irgendwie fern von uns halten zu können. Wir können es nicht. Wir dürfen die Blutspur, die Milosevic auf dem Balkan zieht, nicht noch größer werden lassen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen eine weitere Destabilisierung dieser europäischen Region nicht zulassen. Es kann nicht sein, daß es dort brennt und der Rest Europas darüber hinwegschaut.

Die Idee von einem **vereinten westlichen Europa** bekam nach dem zweiten Weltkrieg doch deshalb einen solchen Aufwind, weil man Lehren aus der Barbarei Hitlers ziehen wollte. Ein vereintes, freies Europa als Antwort auf Völkermord, Vertreibung und Krieg – das war der Ursprung, das war die Vision. Hinter einem vereinten Europa steckt mehr als ein gemeinsamer Markt und Euro-Land. Nicht immer sind wir uns dessen bewußt, welch großer Wurf uns mit der Umsetzung dieser europäischen Idee gelungen ist. Bei manchem geht das in der Brüsseler Routine unter. Deshalb ist es hilfreich, daß UN-Generalsekretär Kofi Annan uns Europäer in der letzten Woche in Berlin noch einmal an die Einzigartigkeit dieser europäischen Integration erinnert hat, als er sagte:

In der Geschichte gibt es wenig Beispiele für eine Aussöhnung, die so vollkommen war wie die Versöhnung zwischen den Nationen Westeuropas, nach dem langen und brutalen Konflikt, der 1945 sein Ende fand.

Dr. Peter Struck

- (A) Wir können uns aber auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen. Die Einigung Westeuropas ist gelungen. Es geht jetzt um die Einigung ganz Europas. Polen, Tschechien, Ungarn, Estland und Slowenien sind schon auf dem Weg; andere werden folgen. Aber wenn wir „ganz Europa“ sagen, dann geht es auch darum, die jetzt noch nicht befriedete Balkanregion heranzuholen, und dafür brauchen wir den gleichen Mut, die gleiche Weitsicht und den gleichen Willen zur Versöhnung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Angriffe der NATO sind nach einer vielleicht zu ausgiebigen Phase der Langmut die Antwort auf Vertreibung und Völkermord, auf schlimmste Verstöße gegen Menschenrechte. Europa kann diese Fußtritte von Milosevic gegen die Menschlichkeit nicht hinnehmen, wenn es andererseits stolz darauf ist, die höchsten Standards für Menschenrechte in der Gemeinschaft zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, Kofi Annan hat in Berlin beschrieben, wie eine **Lösung des Kosovo-Konflikts** aussehen muß. Sie muß sich daran messen lassen, ob die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen rasch und sicher in ihre Heimat zurückkehren können. Wenn das der Fall ist, wenn die Bewohner des Kosovo in Frieden und Sicherheit unter voller Wahrung der politischen und bürgerlichen Rechte aller leben können, wird das ein Sieg für Europa. – So hat es Kofi Annan gesagt.

- (B) Ich tue mich schwer, die Vokabel „Sieg“ zu gebrauchen; denn es darf nicht der Eindruck entstehen, als ginge es der NATO um einen Sieg, gar um einen militärischen. Nein, es geht darum, dem Diktator Milosevic die Einhaltung der elementarsten Menschenrechte, des Rechts der Kosovaren auf Leben, Freiheit und Sicherheit in ihrer Heimat abzutrotzen. Das ist unser einziges Ziel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Und es scheint, daß die Aussicht, dies auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, wieder gewachsen ist.

Auf Initiative der deutschen Regierung werden die Außenminister der G 7 gemeinsam mit Rußland morgen noch einmal ihre Vorstellungen konkretisieren. Natürlich hoffen wir, daß dann auch Milosevic endlich wieder konstruktiv darauf eingeht. Ich danke Ihnen, Herr Außenminister Fischer und Herr Bundeskanzler Schröder, für die Initiative, die Sie gerade in diesem Bereich ergriffen haben, und wünsche Ihnen und uns allen großen politischen Erfolg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Akzeptanz für das Vorgehen der NATO ist in der Bevölkerung konstant. Dennoch werden mit jedem weiteren Tag der Luftangriffe, mit jedem weiteren zivilen Opfer auf serbischer Seite die Fragen nach dem Ende der Aktion lauter. Die Antwort lautet: Milosevic muß mit dem Morden aufhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (C) Milosevic muß der Rückkehr der Flüchtlinge ins Kosovo zustimmen. Er muß mit dem Rückzug seiner Truppen beginnen und eine Absicherung des Kosovo durch internationale Truppen bejahen.

Nach dem Beitrag des Kollegen Glos und nach Informationen, die ich gerade eben erhalten habe, scheint es so zu sein, daß wir möglicherweise nicht mehr in dieser Woche über den **Einsatz weiterer Soldaten** entscheiden wollen, weil die CDU/CSU-Fraktion Fristeinrede geltend macht; dann möge es so sein. Wir werden ausführlich beraten. Ich sage Ihnen aber klipp und klar, um das klarzustellen: Wir werden dem, was die Bundesregierung vorgeschlagen hat, als SPD-Fraktion hier im Deutschen Bundestag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern sind Ihre Bemerkungen, Herr Kollege Glos, auch völlig neben der Sache.

Bundespräsident Herzog hat die Entscheidung der EU-Regierungschefs als den Beleg dafür gewertet, daß der europäische Zug wieder ins Rollen gekommen ist; denn sie bedeutet nach Meinung des Präsidenten nicht mehr und nicht weniger, als daß die Europäer Seite an Seite Gefahren für Leib und Leben ihrer Soldaten auf sich nehmen, um Menschenrechte und damit Demokratie als gemeinsame Werte durchzusetzen und zu verteidigen.

Präsident Wolfgang Thierse: Kollege Struck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glos?

(D)

Dr. Peter Struck (SPD): Ja, bitte sehr.

Michael Glos (CDU/CSU): Herr Kollege Struck, ich wollte Sie nur fragen, welche Passage in meiner Rede Sie veranlaßt hat zu sagen, wir würden Fristeinrede geltend machen?

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Völlig falsch! Frei erfunden!)

Das ist völlig falsch, das hat niemand vor. Wir wollen lediglich, daß alle Fragen, die im Raum stehen, geklärt werden, damit wir in Kenntnis der Tatsachen entscheiden. Wenn Fragen offenbleiben, dann muß man die Ausschußberatungen bis zu deren Beantwortung fortführen.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Sie wollen sich drücken, sonst gar nichts!)

Wir sind selbstverständlich bereit, auf die Fristeinrede zu verzichten, wenn Sie begründen können, warum Sie jetzt, in dieser Woche, diesen Beschluß brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Hans Georg Wagner [SPD]: Also doch!)

Dr. Peter Struck (SPD): Ihre Erklärung ist schon recht hilfreich. Herr Kollege Glos, ich will aber noch auf einen Punkt hinweisen – vielleicht kann ihn Herr Schäuble in seinem Redebeitrag klarstellen –: Mir ist

Dr. Peter Struck

- (A) mitgeteilt worden, die CDU/CSU-Fraktion wolle am morgigen Donnerstag noch einmal beraten.

(Brigitte Baumeister [CDU/CSU]: Das ist unser gutes Recht!)

– Ja, natürlich; das bestreite ich überhaupt nicht.

Herr Kollege Rühle, ich darf Sie einmal ansprechen: Der Bundesverteidigungsminister und die Mitglieder der Bundesregierung haben einen Beschluß im Hinblick darauf gefaßt, den Flüchtlingen in Mazedonien und in Albanien möglichst schnell zu helfen. Wir wollen humanitäre Hilfe leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das heißt selbstverständlich auch: Nachdem die Fragen, die berechtigterweise gestellt werden müssen – ich habe keine Schwierigkeiten mit diesen Fragen; auch in meiner Fraktion werden sie gestellt –, von der Bundesregierung in den Ausschüssen beantwortet worden sind, müssen wir in der Tat so schnell wie möglich noch in dieser Woche entscheiden. Sollten wir uns in diesem Punkt einig sein, nehme ich diese Tatsache zufrieden zur Kenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir Europäer müssen selbstkritisch festhalten, daß unsere **Balkan-Politik** in den vergangenen zehn Jahren kurzatmig war. Wir müssen einräumen, daß das Dayton-Abkommen Bosnien-Herzegowina zwar geholfen, aber das Kosovo-Problem bewußt ausgeklammert hat. Europa muß sich mit aller Macht einschalten – auch mit militärischer Macht. Wenn das Ziel erreicht ist, den Völkermord an den Kosovaren zu stoppen, muß sich Europa erst recht engagieren, um diese Region stärker an die Gemeinschaft heranzuführen. Albanien und Mazedonien brauchen unsere Hilfe in stärkerem Umfang. Aber auch das serbische Volk muß die Gewißheit haben, daß der Westen es nicht auf den Trümmern des Milosevic-Regimes sitzen läßt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Engagement des Außenministers, Joschka Fischer, für einen Stabilitätspakt in dieser Region ist richtig und verdient alle Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Europäische Union muß diesen Ländern das Gefühl geben, nicht an der Tür des Westens abgewiesen zu werden. Das muß unser Ziel sein.

Kurzfristig bedarf es noch größerer Unterstützung für Mazedonien und Albanien, damit diese Länder weiter zur Aufnahme der Flüchtlinge bereit und fähig sind. Wir begrüßen es, daß sich die NATO, aber auch andere Länder wie Norwegen und Österreich entschlossen haben, die humanitäre Hilfe in diesen Ländern zu intensivieren, und daß wir uns an dieser Hilfe beteiligen, wie der Bundestag wohl in dieser Woche beschließen wird. Neue Flüchtlingslager müssen gebaut, die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt und Epidemien verhindert werden. Die Bundeswehr soll sich deshalb mit weiteren 600

- Soldaten an diesem rein auf Hilfe für die Flüchtlinge ausgerichteten Einsatz beteiligen. (C)

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist groß. Die Hilfsorganisationen spüren die große Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Mark und Pfennig. Viele Menschen bieten sich als freiwillige Helfer an. In vielen Orten entstehen spontane Initiativen: Schülergruppen engagieren sich; Kirchengemeinden organisieren Hilfstransporte; Studenten sammeln, um ihren Kollegen aus dem Kosovo Überbrückungssemester in Deutschland zu ermöglichen.

Ich habe von dieser Stelle aus schon oft den Soldaten für ihren Einsatz gedankt. Ich möchte auch allen anderen Menschen, die hier helfen, dafür danken, daß sie uns mit ihrem Engagement die Bestätigung für unsere Entscheidung geben, entschieden gegen Völkermord und Vertreibung auf unserem Kontinent einzutreten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung und die Länderregierungen haben bereitwillig Flüchtlinge aus dem Kosovo in Deutschland aufgenommen. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit. Es ist aber auch die Aufforderung an unsere europäischen Partner, endlich auch ihren Aufnahmezusagen in vollem Umfang nachzukommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Frage der Solidarität mit den Betroffenen, aber auch eine Frage der gerade jetzt notwendigen europäischen Solidarität. (D)

Ich begrüße das Angebot des Bundesinnenministers, über die Familienzusammenführung mehr Menschen zum Beispiel aus dem Kosovo in Deutschland eine Bleibe zu geben. Ich weise aber darauf hin, daß der Beitrag, den der Kollege Repnik gestern in der Geschäftsordnungsdebatte gebracht hat, mich allerdings zu der Befürchtung veranlaßt, daß die CDU- und CSU-regierten Länder diese Bereitschaft offenbar nicht haben. Ich sage deutlich: Die Situation der Menschen im Kosovo verlangt auch, daß wir bereit sind, mehr Menschen als bisher aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Angesichts der Leiden der Menschen, aber auch angesichts der Besorgnis vieler unserer Mitbürger, wie es denn nun weitergeht, habe ich es – im Gegensatz zu meinem Vorredner – für richtig gehalten, diesem beherrschenden und bedrückenden Thema breiteren Raum zu geben. Aber natürlich geht es in dieser Debatte auch um den Haushalt dieser Koalition.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Tatsächlich!)

Der Kurs unseres **Haushalts 1999** – das hat die beeindruckende Rede des Bundesfinanzministers, für die ich Ihnen noch einmal herzlich danken möchte, Herr Minister Eichel,

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rezzo
Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Peter Struck

- (A) gezeigt – ist: mehr Investitionen und weniger Schulden. Dieser Kurs bleibt. Ich weiß, daß wir hinsichtlich des Haushalts 2000 darüber intensive Debatten führen werden, auch in meiner Fraktion. Es ist überhaupt kein Geheimnis, daß wir, wenn wir über Sparen reden müssen, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Fraktion darüber diskutieren müssen, ob diese oder jene Sparmaßnahme richtig ist. Aber im Gegensatz zu der Vorgängerregierung und dem Schuldenmacher Waigel nehmen wir diese Verantwortung ernst. Das werden Sie im Haushalt 2000 auch sehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Haushalt 1999 ist übrigens der erste Haushalt seit 1994, in dem die Ausgaben für die Zukunftsaufgaben dieses Landes aufgestockt und nicht gesenkt worden sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

1 Milliarde DM mehr investieren wir in Forschung und Innovation.

Dies ist der erste Haushalt dieser Republik, der einer Energiewende Rechnung trägt und auf erneuerbare Energieträger statt auf das Risiko Atomstrom setzt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dafür haben wir fast 300 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung gestellt.

- (B) Dies ist ein Haushalt, der sich trotz knapper Kassen Luft geschaffen hat, um soziale Fehlentwicklungen bei den Renten und bei der Familienförderung zu korrigieren.

Dies ist ein Haushalt, der es ernst meint mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir haben ein 2-Milliarden-Programm für 100 000 Jugendliche aufgelegt, von dem schon 60 000 Jugendliche Gebrauch gemacht und einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden haben. Das kann sich sehen lassen; darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie, Herr Kollege Glos, über das „**Bündnis für Arbeit**“ gesagt haben, spottet nun wirklich jeder Beschreibung.

(Beifall des Abg. Lothar Mark [SPD])

Ich darf Sie daran erinnern, daß auch Herr Kohl schon einmal ein „Bündnis für Arbeit“ versucht hat, und damals haben Sie das nicht so abqualifiziert wie eben. Er ist allerdings gescheitert, weil er sich einseitig auf die Seite der Arbeitgeber geschlagen hat. Das werden wir nicht tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen auch, daß dieser Tage, allen Querschüssen der Verbandsfunktionäre zum Trotz, mit **Mark**

Wössner, dem Aufsichtsratsvorsitzenden von Bertelsmann, einer der führenden Vertreter der deutschen Wirtschaft unmißverständlich klargestellt hat, daß er ausdrücklich hinter dem Primat der Regierungsarbeit steht, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In „Capital“ erklärte Wössner:

Für den Kampf gegen dieses Karzinom der deutschen Gesellschaft verdient und bekommt der Bundeskanzler die Unterstützung der Wirtschaft.

Das ist ein erfreuliches, ein ermutigendes Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere aus einer heutigen Meldung, was ein weiterer nicht unbekannter Vertreter der deutschen Wirtschaft, Herr **Kopper**, gesagt hat.

(Lachen des Abg. Dr. Helmut Kohl [CDU/CSU])

– Da müssen Sie nicht lachen, Herr Kollege Kohl. Ich verstehe das gar nicht.

(Dr. Helmut Kohl [CDU/CSU]: Da muß ich lachen!)

– Das ist Ihre Sache.

(Joachim Poß [SPD], an Abg. Dr. Helmut Kohl [CDU/CSU] gewandt: Er wurde von Ihnen beauftragt!)

Hilmar Kopper, der Beauftragte der Bundesregierung für Auslandsinvestitionen in Deutschland, hat die Wirtschaft zur Mäßigung im Umgang mit der rot-grünen Koalition aufgerufen. Drohungen aus Strom- und Versicherungskonzernen, Unternehmensteile ins Ausland zu verlegen, seien nicht glücklich, sagte Kopper dem Hamburger Magazin *stern* ... Auch die wohlfeile Kritik des BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel im *Wall Street Journal* am Standort Deutschland habe ausgewogener sein können.

Er hat recht, der Herr Kopper.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kristin Heyne [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In den letzten Wochen hatte man bei den Themen **Scheinselbständigkeit** und **630-Mark-Jobs** – Herr Kollege Glos hat sich dem auch in aller Breite und auf niedrigem Niveau gewidmet –

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sie sind ja Spezialist für hohes Niveau!)

mitunter den Eindruck, hier gehe es gar nicht mehr um die Sache, sondern es solle von einigen mit einer Kampagne ausgelotet werden, wer die Macht im Staate hat.

Für meine Fraktion sage ich hier klipp und klar: Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Wir machen keine Politik gegen die Wirtschaft, sondern wir wollen eine Politik mit der Wirtschaft zum Wohle des Landes. Aber Dialog darf nicht Diktat bedeuten. Politik

Dr. Peter Struck

- (A) wird nicht in den Verbandsspitzen gemacht, sondern immer noch im Parlament und in der Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der sogenannte Bund der Steuerzahler jetzt zu einem **Steuerboykott** aufruft, dann ist das eine Ungeheuerlichkeit. Die seriöse Wirtschaft sollte sich von solchen Rattenfängermethoden distanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Es kann für das Wohl dieses Landes nicht gut sein, wenn inzwischen 20 Prozent der Erwerbstätigen keine Beiträge mehr zur **Sozialversicherung** zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch Sie von der Union, allen voran Norbert Blüm, haben diese Entwicklung beklagt. Aber Sie haben nichts getan und damit die Aushöhlung der Sozialsysteme in Kauf genommen. Wir dagegen wollen nicht einer Entwicklung zusehen, in der immer mehr Menschen auf einer Basis arbeiten, die ihnen keinerlei soziale Sicherheit gewährleistet.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie machen Kahlschlag! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Nehmen Sie das berühmte Beispiel von der Kellnerin – auch Kollege Glos hat von den Biergärten gesprochen –, die für einen Restaurantbesitzer als freie Unternehmerin arbeitet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie hat inzwischen gekündigt!)

(B)

– Quatsch! – Sie kauft bei ihm an der Theke Speisen und Getränke, die sie dann an den Gast weiterverkauft. Wenn das dann so weit geht, daß sie regreßpflichtig wird, weil sie an der Theke zuwenig gekauft hat, da sie an den Tischen zuwenig verkaufen konnte, dann ist das tiefster Frühkapitalismus. Das wollen wir nicht; so einfach ist das.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch nicht, daß Speditionen ihre Fahrer entlassen und als Scheinselbständige wieder beschäftigen. Dagegen gehen wir vor.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich räume aber ein, daß es in der Computerbranche, im Beratungsbereich und in der Versicherungswirtschaft Fälle gibt, bei denen Unterscheidungen schwierig sind. Wir müssen die Handhabung auf jeden Fall einfacher machen. Wir müssen prüfen, ob wir Einkünfte aus einer nebenamtlichen Lehr- bzw. Übungsleitertätigkeit im Sport steuerlich besser behandeln können. Ich habe das angekündigt. Meine Fraktion steht dazu.

(Dr. Dieter Thomae [F.D.P.]: Nachbessern!)

Wir sprechen über die sogenannte **Übungsleiterpauschale**. Daran arbeiten wir. Das ist Konsens zwischen den Koalitionsfraktionen, dem Kanzleramt, dem Ar-

beitsministerium und dem Wirtschaftsministerium. Eine Expertenkommission wird zügig prüfen, wie man mit Grenzfällen umgehen kann. (C)

(V o r s i t z : Vizepräsidentin Anke Fuchs)

Es geht hier nicht um Nachbessern. Es geht auch nicht darum, daß irgend jemand einknickt. Es geht darum, ein Gesetz für eine komplizierter gewordene Arbeitswelt kompatibel zu machen. Um nicht mehr und um nicht weniger geht es.

(Dr. Dieter Thomae [F.D.P.]: Warum nicht vorher?)

Zur Diskussion über die **630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse** sage ich nur: Diese Diskussion ist seltsam. Da wird im Augenblick ausgerechnet von Großunternehmen mit Krokodilstränen darauf abgehoben, daß man doch für die Kleinverdiener Verständnis haben müsse. Dieses Argument gebrauchen diejenigen, die in großem Stil normale Arbeitsverhältnisse aufgelöst und die Menschen zu Kleinverdienern gemacht haben!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So geht es nun wirklich nicht. Es kann nicht sein, daß ein VW-Arbeiter, der Überstunden macht, für den Lohn aus diesen Überstunden Steuern und Sozialabgaben zahlt, daß sein Kollege aber, der nach Feierabend nebenher kellnert, dafür vom Fiskus nicht belangt werden kann. Das kann man keinem Menschen erklären. Das ist auch verfassungsrechtlich nicht verantwortbar.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Das wollten wir mit unserem 630-Mark-Gesetz ändern. Wir haben dies getan. Wir sind von der Richtigkeit dieses Ansatzes weiterhin überzeugt.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Ihr seid unbelehrbar!)

Arbeitsminister Riester darf sich auf diesem Wege der besonderen Solidarität der SPD-Bundestagsfraktion gewiß sein.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Aber nicht des Kanzlers! – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Es lebe der DGB!)

Im übrigen sollten Sie als Christdemokraten sich mit selbstgefälligen Erklärungen zurückhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was sich Ihr Vorsitzender auf diesem Feld leistet, ist

(Jörg Tauss [SPD]: Unglaublich!)

schon Dialektik vom Feinsten. Auf dem Parteitag in Erfurt hat Herr Schäuble für sich in Anspruch genommen, schon seit Jahren vor einer unbremsten Umwandlung regulärer Beschäftigungsverhältnisse in versicherungsfreie gewarnt zu haben. – Es ist ja wunderbar, wenn Sie nicken, Herr Schäuble. Aber unseriös ist das trotzdem, da Sie uns nie konkret sagen, wie Sie es denn machen wollen. Mein Vorredner, Herr Glos, hat gesagt: Wir müssen das alles wieder abschaffen. Sie müssen mir

Dr. Peter Struck

- (A) schon erklären, wie diese beiden Positionen miteinander zu vereinbaren sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Glos [CDU/CSU]: Ich habe gesagt, daß es bessere Lösungen gibt!)

Sie überlassen uns die Arbeit bei der Regelung der 630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Wer regiert denn?)

– Ja, klar: Wir regieren, wir machen die Arbeit auch.

Ich möchte auf folgendes hinweisen: Gestern ist in einer sehr interessanten Episode von Herrn Eichel und Herrn Solms ein Vorgang in die Öffentlichkeit gebracht worden, an dem auch ich beteiligt war, so daß ich bestätigen kann, daß sowohl die Aussagen von Herrn Solms als auch die von Herrn Eichel richtig waren.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das muß etwas Schlimmes gewesen sein!)

Wir haben im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens, das an den Vermittlungsausschuß überwiesen wurde, über die Frage diskutiert, ob es denn wirklich angeht oder ob man es ändern muß, daß 630-Mark-Nebenbeschäftigungsverhältnisse nicht voll in die Steuer- und Versicherungspflicht einbezogen werden – so, wie wir es dann gemacht haben. Es gab in diesem Kreis Zustimmung von dem damals zuständigen Minister Norbert Blüm;

- (B) (Zuruf von der SPD: Aha!)

es gab Zustimmung von dem damaligen und heutigen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das habe ich gerade erzählt! Was soll das?)

– Moment. – Es gab auf die Frage von uns Sozialdemokraten: „Können wir das dann nicht machen?“ – Herr Solms hat das gestern dankenswerterweise wörtlich zitiert – die klare Antwort von Herrn Schäuble: Da müssen Sie Herrn Solms fragen.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Oder Herrn Stoiber!)

Mit anderen Worten: Sie wollten; wir wollten. Was wir jetzt machen, ist eigentlich nur das, was wir damals besprochen haben. Erinnern Sie sich einmal an Ihre eigenen Reden und Taten, bevor Sie hier derartig herumpolemisieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von Union und F.D.P., dieser Haushalt ist ein Haushalt gegen Ihr altes „Weiter so“. Wir haben den Ansatz für zukunftsträchtige und sozial befriedend wirkende Investitionen anheben können, obwohl wir gezwungen sind zu sparen, wie Hans Eichel das gestern dargestellt hat. Sie haben uns ein **strukturelles Haushaltsdefizit** von 30 Milliarden DM als Erblast hinterlassen. Ihnen müßte doch die Schamröte ins

Gesicht steigen angesichts der Watschen, die die **obersten Bundesgerichte** für die von Ihnen verantwortete Politik in den letzten Jahren permanent austeilen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich halte mich auch wegen eines Gespräches, das die Fraktionsvorsitzenden gestern mit den Richtern des Bundesverfassungsgerichts gehabt haben, mit Richterschele zurück. Aber ich will doch sagen: Es ist schon auffällig, wie Sie auch nach Ihrer Abwahl die Verfassungsgerichte immer noch mit Ihrer verfehlten Politik beschäftigen.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Arbeitsbeschaffung!)

Theo Waigel war es erlaubt, mit den Familien Schlitten zu fahren, obwohl die Klage gegen die Ungerechtigkeit des bisherigen **Familienlastenausgleichs** Anfang der 90er Jahre in Karlsruhe eingereicht worden ist und dort also anhängig war. Es waren dann wir, die aufgefordert wurden, das zu korrigieren. Wir werden das natürlich tun, auch deshalb, weil wir schon immer der Meinung waren, daß Familien steuerlich bessergestellt werden müßten. Das haben wir übrigens auch im Deutschen Bundestag immer gesagt. Wir haben dafür aber nie bei Ihnen die Mehrheit gefunden. Es ist schon abenteuerlich, daß ich mir manche Kritik aus Ihren Reihen zu unseren Vorstellungen über Familienentlastung anhören muß. Sie haben in 16 Jahren die Familien systematisch steuerlich benachteiligt, und jetzt vergießen Sie Krokodilstränen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Das Verfassungsgericht rennt bei uns offene Türen ein.

Theo Waigel konnte übrigens auch bei den **DDR-Sonderrenten** sparen, obwohl auch in diesem Fall seit Anfang der 90er Jahre eine Klage anhängig war. Wir werden das – das will ich hier für die Koalitionsfraktionen sagen – nach dem Karlsruher Spruch korrigieren. Wir müssen es korrigieren.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das ist ein unsinniges Urteil gewesen!)

– Herr Kollege Glos, ich will der Bevölkerung Ihren Zwischenruf mitteilen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Ja, wiederholen Sie es!)

Sie haben gesagt, das sei ein unsinniges Urteil.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Richtig!)

Mein Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht hindert mich daran, solch unsinnige Äußerungen zu tun, Herr Kollege Glos.

(Beifall bei der SPD)

Theo Waigel und die Regierungen Kohl haben jahrelang mit einer **Spreizung zwischen den Steuersätzen** auf private Einkünfte und auf unternehmerische Einkünfte gearbeitet. Jetzt äußert der Bundesfinanzhof Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung.

Dr. Peter Struck

- (A) Wir müssen das in Ordnung bringen. Fast schon im Monatstakt werden uns im Namen des Volkes die Erblasturteile Ihrer Politik serviert.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das alles bei der künftigen Finanzplanung zu berücksichtigen macht die Arbeit des Finanzministers und der Bundesregierung natürlich nicht einfacher. Er hat gestern klargemacht, daß mit ihm der von Ihnen beschrittene Weg weiter hinein in den Verschuldungsstaat nicht zu machen ist. Sie, Herr Minister Eichel, haben dabei unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen eine **Unternehmensteuerreform** aus einem Guß – eine Reform, die den Namen wirklich verdient. Daran arbeiten unsere Experten, daran arbeitet das Ministerium. Es ist wichtig, daß die Wirtschaft vernünftige Rahmenbedingungen bekommt, mit denen sie mittelfristig planen kann. Das ist wichtiger als die Frage, ob wir die Reform noch in diesem Jahr verabschieden. Wichtiger ist – wenn wir sie Anfang 2000 verabschieden –

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sankt-Nimmerleins-Tag!)

Klarheit für die deutsche Wirtschaft zu haben. Das ist das, was sie braucht, und dies wird sie von uns auch bekommen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Eckwerte der Steuerreform wie etwa die Spitzensteuersätze können nur im Rahmen einer finanzpolitischen Gesamtschau festgelegt werden. Steuerreform, Haushalt 2000, Familienentlastungsgesetz und die weiteren Stufen der Ökosteuer müssen im Zusammenhang gesehen werden wie kommunizierende Röhren. Wir werden dazu im Frühsommer ein Konzept vorlegen. Diejenigen, die sich heute unterbieten in den Forderungen nach immer geringeren Steuersätzen für Unternehmen, müssen gewillt sein, bei der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, bei dem Schließen von Steuerschlupflöchern und bei dem Abbau von Subventionen ebenso aktiv wie kreativ mitzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit diesem Haushalt die ersten Steine aus dem Weg geräumt. Es war ein Anfang. In der Debatte zur ersten Regierungserklärung Gerhard Schröders – damals konnten wir noch nicht ahnen, daß wir uns vor allen Dingen mit außenpolitischen Fragen beschäftigen müssen – habe ich ein chinesisches Sprichwort zitiert, das lautet: „Jede noch so lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt.“ Wir haben diese ersten Schritte jetzt getan und werden unseren Weg fortsetzen, beharrlich und mit dem Ziel vor Augen: mehr Beschäftigung, mehr Innovation, mehr Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich erteile nun das Wort Herrn Dr. Wolfgang Gerhardt, F.D.P.-Fraktion. (C)

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Struck hat zu Beginn seiner Rede gesagt, es gehe in dieser Debatte um die Grundlinien der Politik. Darauf will ich mich einlassen; aber dann geht es um die Grundlinien der Politik nach innen wie nach außen.

Die erste Grundlinie der Politik muß die Kenntnisnahme der Wirklichkeit sein: Die **Arbeitswelt** hat sich geändert. Die Industriegesellschaft hat sich gewandelt. Die alten, festen wöchentlichen Arbeitszeiten bestehen in großen Unternehmen so nicht mehr. Die **Einheitsbeschäftigungsverhältnisse** wandeln sich. Nur die Koalition steckt fest. Die Koalitionsvereinbarung gilt; sie nimmt die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die sozialen Sicherungssysteme sind unbeweglich geworden – das weiß der Bundeskanzler wie auch wir –: Die Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten sind geschwunden; die Möglichkeit, persönliche Verantwortung ungebremst ins Kollektiv, in staatliche Regelungen zu überführen, ist vorbei.

Beginnen wir mit einem Thema, das bei Ihnen in der Koalition derzeit diskutiert wird. Seit zwei Jahrzehnten versucht man, die Probleme der **gesetzlichen Krankenversicherung** durch Kostendämpfungsgesetze zu kurieren. Wir alle kennen den begrenzten Erfolg. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kassen werden jetzt wieder verengt. Die Transparenz für die Inanspruchnahme von Leistungen wird beseitigt. Alles wird budgetiert, alles wird verriegelt, alles wird verbürokratisiert. Der freie Arzt wird nach Ihrem Vorhaben in Zukunft eine Art Scheinselbständiger.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Früher galt der Spruch: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den dazugehörigen Verstand. – Diese Hoffnung hat Rotgrün gründlich enttäuscht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt:

Es ist der große Irrtum der politischen Linken, daß sich Solidarität und Wettbewerb nicht vereinbaren lassen und daß deshalb auf Wettbewerb in einem solidarischen Gesundheitswesen verzichtet werden müsse.

Sie fügen hinzu:

Es mag manchem Politiker unbequem sein, aber es gibt keine Alternative zu mehr Wettbewerb, wenn das solidarische Gesundheitswesen erhalten bleiben soll.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das ist die politische Grundrichtung, die eingeschlagen werden muß. Darüber streiten wir.

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) Diese Haltung setzt sich nahtlos fort. Lafontaine ist zwar ab durch die Neue Mitte, aber sein Nachlaßverwalter, der Bundesarbeitsminister, ist noch da. Er läßt jetzt das Prinzip „Ordnung vor Arbeit“ auf den deutschen Arbeitsmarkt niederregnen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei geht Ordnung so vor Arbeit, daß Arbeit verschwindet. Der deutsche Arbeitsmarkt leidet doch nicht, wie der frühere Bundesfinanzminister uns weismachen wollte, unter der Zinspolitik von Wim Duisenberg. Der deutsche Arbeitsmarkt leidet unter strukturellen Problemen, die Sie bis heute nicht zur Kenntnis nehmen und die Sie mit dem Vorschlag „Mit 60 in Rente“ zu kurieren versuchen, als stünden nahtlos Arbeitslose zur Verfügung, um auf vorhandene Arbeitsplätze nachzurücken.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Diese mechanische Vorstellung vom Arbeitsmarkt wird von den noch vorhandenen Bodentruppen Oskar Lafontaines wider bessere Erkenntnis verteidigt, auch in Ihrer eigenen Partei.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die Frage 630-Mark-Jobs oder Scheinselbständige; es geht vielmehr um die Geisteshaltung, die hinter Ihren Vorhaben steckt. Hinter dem Vorhaben, **630-Mark-Jobs** zu regulieren, steckt das Denken von SPD und Grünen, daß es die nicht geben darf, die sich anders verhalten, als es in sozialdemokratischen und grünen Parteiprogrammen beschlossen wurde. Das ist der Anschlag auf die Lebenswirklichkeit.

- (B)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt sagen Sie: Da muß eine Kommission eingerichtet werden, die das noch einmal überprüft. – Sie und die Kommission haben ja Zeit. Aber bis die Kommission mit der Überprüfung fertig ist, haben Tausende von Menschen in Deutschland ihren Job verloren!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler – dafür mache ich Sie persönlich verantwortlich –, Sie betreiben unter Ihrer Verantwortung einen einzigartigen Anschlag auf bestehende Arbeitsverhältnisse in Deutschland. Sie vernichten Beschäftigung! Das kulminiert in diesem Punkt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Im übrigen – das sage ich jetzt auch der deutschen Öffentlichkeit, und zwar im Nachgang zu vielen Erlebnissen, die ich im Bundestagswahlkampf hatte – hätte man das erkennen können. Die Anzeigen, die die Zeitungsverleger heute schalten, verwundern mich doch etwas. Ich begegnete **Zeitungsverlegern** an einem Tag ihres jüngsten Treffens in Goslar, an dessen Vorabend der jetzige Bundeskanzler in seiner früheren Eigenschaft als niedersächsischer Ministerpräsident anwesend war. Da wurde mir mit strahlenden Augen erklärt, gestern sei Herr Schröder da gewesen, habe zu den berufsständi-

chen Versorgungswerken positive Aussagen gemacht und erklärt, daß man die Verlage bei einer möglichen Regelung gegen den Mißbrauch der 630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse selbstverständlich ausnehmen werde. (C)

(Zurufe von der CDU/CSU: Was?)

Ich kann den Zeitungsverlegern und vielen anderen in unserer Gesellschaft, die hohe Verantwortung haben, nur sagen: Es stehen genügend Informationen zur Verfügung, den Wahrheitsgehalt solcher Aussagen abzuklären – nicht zuletzt das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei. Das hätte man vorher abklären können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Jetzt bleiben viele kleine, freie Journalisten auf der Strecke, die für verschiedene Lokalredaktionen arbeiten. Jetzt bleiben viele Frauen – im übrigen auch Männer – auf der Strecke, die morgens Zeitungen austragen. Sie von den Regierungsfractionen vernichten die Leistungsbereitschaft in unserer Gesellschaft; denn viele sind bereit, früh aufzustehen, etwas neben dem Hauptjob zu machen, sich etwas dazuzuverdienen.

(Waltraud Lehn [SPD]: Das wären die auch heute noch, wenn sie anständig bezahlt würden!)

Damit zeigen sie eigene Leistungsbereitschaft, ehe sie Ansprüche an Dritte stellen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dann geht es mir noch um eine dritte Abteilung, die der Kollege Glos schon angesprochen hat. Es ist allmählich unerträglich, (D)

(Zurufe von der SPD: Das stimmt!)

daß der Ministerpräsident von Niedersachsen, Herr Glogowski, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Herr Clement, der Chef des Kanzleramtes und viele andere aus der Fraktion der SPD – Herr Struck eben noch – dauernd Nachbesserungen, Veränderungen und Entgegenkommen ankündigen, das in Interviews streuen, aber nicht zu ihrem Wort stehen. Das sind Schwätzer. Das ist die Glaubwürdigkeitsfrage, die gestellt werden muß.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Deshalb darf man das auch emotionalisieren. Ich wundere mich ohnehin schon darüber, wie lange die deutsche Öffentlichkeit bereit ist, hinzunehmen, daß namhafte Sozialdemokraten an jedem Wochenende in führenden deutschen Magazinen und Tageszeitungen anderes sagen, als sie in Abstimmungen bekunden. Das wollen wir diese Woche im Deutschen Bundestag auf die Probe stellen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Es geht nicht um eine etwaige Verbesserung. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, Beschäftigung in Deutschland sichern wollen, müssen Sie in dieser Woche mit uns abstimmen. Die Gesetze müssen weg! Das ist die einzige Alternative.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) Sie haben in Ihrer Rede – das konnte ich nachlesen – vor Ihrer Wahl zum Parteivorsitzenden einige Passagen zu den sozialen Sicherungssystemen nicht vorgetragen, die in Ihrem Redetext vorhanden gewesen sein müssen. Möglicherweise wollten Sie Ihren eigenen Genossinnen und Genossen die Wahrheit, die Sie und ich kennen, nicht zumuten. Wenn Sie aber Ihren eigenen Genossinnen und Genossen die Wahrheit über die **Unfinanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme** verschweigen, dann betrügen Sie nicht nur Ihre Genossinnen und Genossen, sondern auch die junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist das kein Vorgang, der nur einen SPD-Parteitag beschäftigen könnte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich werfe Ihnen nicht vor, daß Sie eine falsche Politik machen, wenn ich anderer Meinung als Sie bin. Mein Vorwurf trifft Sie in einem Punkt: Sie wissen genauso gut wie ich, daß das, was Sie machen, falsch ist. Sie haben nur nicht die Courage, das zu ändern, und das muß angesprochen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Sie wissen, daß die sozialen Sicherungssysteme so nicht mehr bestehen können. Damit wir uns nicht mißverstehen und damit kein falscher Zungenschlag in die Diskussion kommt:

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Aha!)

Wer wünschte sich nicht, daß die Rente auf gleichem Niveau bleiben könnte, während die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt werden? Die Wahrheit ist aber,

(B) daß bei späterem Eintreten ins Berufsleben, bei früherem Ausscheiden aus dem Berufsleben und bei höherer Lebenserwartung der älteren Generation Adam Riese nicht widerlegt werden kann.

Ihr Versuch, Adam Riese zu widerlegen, wird die Steuerzahler erheblich Geld kosten und am Ende sowohl die ältere als auch die jüngere Generation betrügen, weil Sie die jüngere so lange in unvermeidlich höhere Rentenversicherungsbeiträge treiben, bis das System explodiert und damit auch die ältere Generation verliert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Der Vorwurf gegenüber Ihrer Amtsführung, Herr Bundeskanzler, richtet sich nicht nur auf das, was Sie an chaotischen Gesetzgebungsverläufen angerichtet haben. Nein, der Vorwurf gegen Ihre Amtsführung besteht darin, daß Sie ein Bundeskanzler sind, der die Wähler bei der Bundestagswahl mit einem Modernisierungsanspruch gröblich getäuscht und die Neue Mitte, gebunden an Ihre Person, in die Verantwortung gebracht hat und jetzt das Programm der Regierungswut der alten Linken auflegt. Selbst jetzt, nachdem Oskar Lafontaine weg ist, haben Sie nicht die Courage, Ihre Partei auf einen modernen Kurs zu bringen. Dafür bezahlt Deutschland! Das ist der Punkt, der hier angesprochen werden muß.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß die Arbeitsmärkte flexibilisiert werden müssen. Sie wissen wie ich, daß die sozialen Sicherungssysteme reformiert werden

müssen. Sie wissen wie ich, daß die alten Finanzierungsgrundlagen im Gesundheitswesen nicht mehr tragen. Sie wissen auch, daß es ein Bockmist ist, was Sie im Hinblick auf die 630-Mark-Verträge und die Scheinselbständigkeit angerichtet haben. Sie sind aber nicht als irgend jemand gewählt worden. Wenn Sie Ihr Amt nicht mit Courage ausführen können, müssen Sie es verlassen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie müssen Ihre Fraktion in Kenntnis setzen über die Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es geht auch um den innenpolitischen Teil. Herr Kollege Struck, es ist bemerkenswert, wie Sie immer wieder den Versuch unternehmen, mit dem Thema **Kosovo** einen Mantel über nahezu alle Streitigkeiten nach dem Motto „Es wäre besser, wir diskutierten über das Problem; denn da sind wir uns einiger“ zu legen. Nein, meine Damen und Herren, die deutsche Opposition findet auch zu Zeiten statt, da sich Deutschland zum erstenmal in einer so schwierigen Situation wie der im Kosovo befindet.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Eine solche Aufgabe muß die Opposition wahrnehmen.

(Hans Georg Wagner [SPD]: Das merkt nur niemand!)

Man kann doch nicht immer über den Kosovo diskutieren und dabei innenpolitisch einen bleibenden Flurschaden hervorrufen. Sie werden in die Wirklichkeit zurückkommen, wenn hoffentlich das Problem im Kosovo gelöst ist, die Menschen dort in ihre Heimat zurückkehren können und Sie dann auf das Elend zurückgeworfen werden, das Sie in Deutschland im Bereich der Innen-, der Rechts- und der Wirtschaftspolitik angerichtet haben.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nein, das ist kein Weg.

Sie haben vor wenigen Tagen eine Anzeige geschaltet und darauf aufmerksam gemacht, daß es wohl ganz gut sei, in der jetzigen Situation das Thema Kosovo nicht zum Gegenstand parteipolitischer Erörterungen zu machen.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Ja, das war eine prima Anzeige!)

Als ich die Anzeige las, habe ich mir vorgestellt, wie Sie und der Bundesaußenminister reagiert hätten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

wenn die Bundesregierung Kohl/Kinkel oder wir als F.D.P. in alter Regierungsverantwortung oder die CDU eine solche Anzeige geschaltet hätten. So wahr wie das Amen in der Kirche ist: Sie hätten sich nicht nur nicht danach gerichtet, sondern Sie wären schon die ganze Zeit mit Ihren Bodentruppen im Bonner Hofgarten gewesen und hätten gegen die NATO-Politik protestiert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) Bemerkenswerterweise ist die Erkenntnis mit der Übernahme von Ämtern gekommen. Ich bezweifle nur, ob die Erkenntnis ohne die Übernahme von Ämtern gekommen wäre. Die Frage der Glaubwürdigkeit ist aber nicht an ein Amt gebunden, sondern an Erkenntnisfortschritt – egal, in welchem Amt man ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Deshalb sage ich Ihnen zum Thema Kosovo ganz offen, was neben Übereinstimmungen jetzt notwendig ist: Uns reichen die täglichen Briefings über die Fernsehschirme nicht mehr aus.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Das reicht auch einem großen Teil der Bevölkerung nicht mehr aus. Sie gewinnt genauso wie ich allmählich den Eindruck, daß die notwendige Kombination von Militärstrategie und Diplomatie so glücklich nicht mehr ist, daß sie ein Stück Zusammenhalt verloren hat, daß nach dem Einstieg hier jetzt Erklärungsprobleme auftreten. Die mögen Sie mir in Briefings oder Ausschlußberatungen erklären können. Entscheidend ist aber, ob die Gesellschaft die Erklärungen, die sie bekommt, akzeptiert und ob diese Erklärungen akkurat, gut verständlich sind und klar wahrgenommen werden.

Deshalb sage ich Ihnen: Angesichts Ihrer Ratspräsidentschaft möchte ich für die Fraktion der F.D.P. mehr wissen, als ich gegenwärtig in Erklärungen im Deutschen Bundestag erhalten habe und als ich den Zeitungen entnehmen kann. Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie, je länger militärische Aktionen andauern, in den nächsten Schritten politisch agieren wollen. Denn Problemlösungskompetenz nach außen und die Frage der militärischen Behandlung im Innern gehören zusammen. Die NATO hat als Charakterbild nicht nur das Militärbündnis, sondern sie will immer auch die politische Grundfestigkeit nach außen ausstrahlen.

- (B)

Sie wissen ebenso wie der Bundesaußenminister – darin stimmen wir überein –, daß Probleme nicht allein militärisch zu lösen sind, daß aber **militärische Entschlossenheit** dazugehört. Wir möchten allerdings beschrieben haben, und zwar nicht nur im Nachklapp zu Pressekonferenzen, wie aus Ihrer Sicht konstitutiv Problemlösungen aussehen können, welche Qualität die deutsche Bundesregierung in sie hineinlegt, mit wem sie über Lösungen verhandelt und zu welchen Ergebnissen sie in welchen Zeitabschnitten kommen will.

Wir haben übereinstimmend festgestellt, daß **Rußland** eine große Verantwortung hat. Wir haben gemeinsam ausgedrückt: Wir wollen sogar, daß Rußland diese Verantwortung wahrnimmt. Rückblickend betrachtet muß ich sagen: Äußere Zeichen sind manchmal auch Symbole für innere Eindrücke. Unter diesem Gesichtspunkt waren der Empfang, der Umgang und die Kühle im Bundeskanzleramt, als der russische Ministerpräsident Primakow hier zu Besuch war, nicht in Ordnung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wir spüren doch, daß eine linke Koalition in einem Krieg ein Paradoxon ist. Wir merken das an Ihren Haltungen und auch an Ihrem Vokabular. Daß Sie in

dieser Frage stark mit sich ringen müssen, das ist jedem klar. (C)

(Detlev von Larcher [SPD]: Das wäre ja auch noch schöner!)

Aber deshalb können Sie nicht sozusagen den Wunsch haben, es möge keine Opposition stattfinden, nur weil Sie damit Probleme haben. Vielleicht hätte die frühere Bundesregierung nicht den dauernden Nachweis für ihre Bündnisfähigkeit in der Weise erbringen müssen, wie Sie es müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vielleicht hätte eine andere Bundesregierung sogar eher eigene Initiativen voranbringen können. Man merkt, daß Sie eine deutsche Schlüsselrolle spüren; man merkt aber auch, daß Sie sie nicht klar genug wahrnehmen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir reicht eben nicht aus, was bis heute erklärt worden ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Jetzt möchte ich eine Frage stellen, die den Einsatz von Bodentruppen betrifft.

(Ernst Schwanhold [SPD]: Unglaublich! – Hans Georg Wagner [SPD]: Ein echter Liberaler!)

– Ich will im Plenum des Deutschen Bundestages von der deutschen Bundesregierung die notwendigen Auskünfte über ihr zukünftiges Verhalten in der Mixtur von militärstrategischen Schritten und politischen Initiativen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wenn das von der Mehrheitsfraktion als Zumutung empfunden wird, wie die Zurufe zeigen, dann muß das der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde, daß gerade sehr kritische Situationen im Parlament besprochen werden müssen.

Was den Einsatz von **Bodentruppen** anbetrifft – eine Diskussion, die wir in der ganzen deutschen Medienlandschaft haben und die viele von uns als Fragesteller im Plenum oder untereinander führen –, möchte ich für die Fraktion der F.D.P. erklären, daß er in den bisher mandatierten NATO-Strategien für uns nicht in Frage kommt.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für die Fraktion der F.D.P. erkläre ich – auch weil Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten bevorstehen –, daß eine Mandatierung für deutsche Soldaten im Kosovo selbst nur im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen oder, wie im Abkommen von Rambouillet vorgesehen, im Rahmen eines von allen Kon-

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) fliktparteien unterzeichneten Abkommens nach Zustimmung im Bundestag in Frage kommt.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau so steht es im Antrag!)

– Ja, das steht in Ihrer Vorlage. Deshalb möchte ich wissen, ob Sie das auch so sehen,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ob Sie das vorgreiflich unseren Bündnispartnern mitteilen und ob der Bundeskanzler das zum Gegenstand des Gesprächs mit dem amerikanischen Präsidenten zu machen gedenkt. Das ist doch keine Nebenfrage, die an dieser Stelle erörtert werden muß.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kurzum: Ich will einfach wissen, welche Aktivitäten in der Sache gelten und welche Sie inhaltlich wahrnehmen. Es ist die Pflicht einer Opposition, das abzufragen; anders würden wir unserer Aufgabe nicht gerecht. Natürlich gilt der Appell: Keine Parteipolitik! Das kann aber nicht bedeuten, sich mit spärlichen Auskünften zu begnügen. Wir wollen schon wissen, um was es geht.

(Beifall bei der F.D.P. sowie des Abg. Hans Michelbach [CDU/CSU] – Hans Georg Wagner [SPD]: Spalter!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege, denken Sie an Ihre Redezeit?

(B)

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Ich komme zu einem bemerkenswerten Schluß,

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. – Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Kaum möglich!)

weil bei der Wahrnehmung der Oppositionsrolle aus den Reihen der SPD der Zwischenruf „Spalter“ kommt.

(Rainer Brüderle [F.D.P.]: Unglaublich!)

Wissen Sie, meine Damen und Herren Kollegen, die Opposition im Deutschen Bundestag läßt sich von den Sozialdemokraten nicht den Mund verbieten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Schon gar nicht von einer Partei, die sich, als wir in der Verantwortung waren, noch nicht einmal so solidarisch mit unseren Entscheidungen verhalten hat, wie das die Opposition heute tut.

Nein, meine Damen und Herren, wir werden nicht zulassen, worauf Sie hinauswollen. Sie wollen eine Kosovo-Debatte führen und damit verdecken, was Sie im Innern des Landes mit Ihren nicht erledigten Hausaufgaben anrichten.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Es ist Ihr gutes Recht, das zu versuchen. Die Opposition wird das aber nicht zulassen. Sie suchen nach einem

Mäntelchen, das über alles gedeckt werden soll, erledigen aber in Deutschland Ihre Hausaufgaben nicht. (C)

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist zynisch!)

Sie schweifen ab. Das lassen wir nicht zu und werden es auch nicht zulassen.

Die Opposition hat einen breiten, klaren demokratischen Auftrag der Kontrolle von Macht. Den nehmen wir sowohl bei den strategischen Überlegungen im Kosovo wie in der innen-, wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Debatte wahr.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P. – Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich erteile das Wort der Kollegin Kerstin Müller, Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat eine außerordentlich schwierige Situation, in der wir hier den Haushalt beraten. Mir ist das in der vergangenen Woche – es wird einigen von Ihnen ähnlich gegangen sein –, bei den Kundgebungen am 1. Mai zum Tag der Arbeit, noch einmal sehr bewußt geworden. Dort gab es nämlich fast kein anderes Thema als den Krieg im Kosovo. Ich kann das gut verstehen. Uns alle beschäftigt dieser Krieg mehr als jedes andere Thema.

Herr Gerhardt, daß Sie ausgerechnet dieser Bundesregierung und ausgerechnet dem Außenminister Fischer vorwerfen, sie hätten nicht wirklich alles versucht, um zu einer politischen Lösung zu kommen und die Spielräume auszuschöpfen, das ist wirklich völlig absurd. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Hans Georg Wagner [SPD]: Das ist Spaltung!)

Reden Sie doch einmal mit den Verbündeten; sie alle werden Ihnen das bestätigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich werde später auf das Thema Kosovo zurückkommen.

Zunächst will ich den Vorwurf aufgreifen, wir würden nur deshalb so ausführlich darüber diskutieren, um bestimmten innenpolitischen Debatten auszuweichen. Ich muß ganz klar sagen: Das ist natürlich nicht der Fall. Kommentare und angebliche – anonyme – Zitate haben mich sehr geärgert, die besagen, daß der Krieg dieser Koalition nutze oder ihr eine zweite Chance biete. Herr Gerhardt, Sie haben das ja soeben auch unterstellt. Ich sage hier ganz klar: Solche Beurteilungen sind nicht nur absurd, sie sind schäbig und auch zynisch. Diese Koalition braucht keinen Krieg. Er bietet auch keine Chance, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Wir sind angetreten, um den ungeheuren Reformstau in diesem Land zu überwinden. Es geht darum, die Zukunftsfähigkeit zurückzugewinnen. Wir haben damit begonnen, und wir werden diesen Weg fortsetzen, konsequent und aller Polemik zum Trotz; denn zu diesem Weg gibt es keine Alternative.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wir brauchen eine umfassende Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen eine Modernisierung, die ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Die von Ihnen, von der alten Regierung geschaffenen Ungerechtigkeiten sind doch mehr als zahlreich. Damit haben wir es heute bei den sozialen und wirtschaftlichen Reformen zu tun, mit den Ungerechtigkeiten zwischen den sozial Schwachen und den Besserverdienenden, zwischen den Familien mit und ohne Kinder, zwischen Männern und Frauen, aber auch zwischen Einheimischen und Fremden. Es gibt keine Gerechtigkeit mehr zwischen den Generationen. Wir haben doch von Ihnen nicht zuletzt ein zutiefst ungerechtes Steuersystem übernommen, das wir jetzt modernisieren und reformieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

- (B) Um die Gerechtigkeitslücke zu beseitigen, um die Zukunftsfähigkeit zurückzugewinnen, brauchen wir eine entschlossene Reformpolitik. Wir müssen und werden dabei verkrustete Strukturen überwinden, eingefahrene Denkbahnen verlassen und neue Lösungen finden. Wir werden gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im „Bündnis für Arbeit“ neue Wege für Beschäftigung und Ausbildung gehen. Wir entlasten mit unserer Steuerreform untere Einkommen, Familien mit Kindern und eben auch kleine und mittlere Unternehmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist doch nicht wahr!)

Wir werden mit einem neuen Generationenvertrag mehr Generationengerechtigkeit schaffen. Wir werden mit unserer Gesundheitsreform endlich den Patienten in den Mittelpunkt stellen und werden mit einer neuen Energiepolitik auf ökologische Nachhaltigkeit setzen – alles Dinge, die Sie in der Vergangenheit versäumt haben und die wir jetzt anpacken werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Michael Glos [CDU/CSU]: Wo denn? Das glaubt doch kein Mensch! Das glaubt nur Herr Schlauch, und der muß das ja!)

Zentrales Anliegen der Koalition ist die Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit. Deshalb hat für uns der Erfolg des „**Bündnisses für Arbeit**“ auch höchste Priorität. Daß das für Sie, Herr Glos, eine – wie haben Sie gesagt? – „nebulöse Veranstaltung“ ist, wundert mich überhaupt nicht. Denn Sie haben den Erfolg des „Bündnisses für Arbeit“ ja nie gewollt. Sie haben 1995 durch eine völlig nutzlose Konfrontation die damaligen Gespräche zum Scheitern gebracht. Wir greifen sie wieder auf; denn wir wollen gemeinsam – und nur gemeinsam

wird das gehen – alle Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit nutzen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Natürlich sind die Gespräche nicht immer einfach. Sie werden auch sicherlich nicht in allen wichtigen Fragen zu schnellen Ergebnissen führen. Wir müssen uns alle darüber klar sein: Wir werden hier einen sehr langen Atem brauchen. Aber die Gespräche haben begonnen. Schon das allein ist ein wichtiger Erfolg. Alle Beteiligten, die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und die Regierung, müssen und werden in dem „Bündnis für Arbeit“ ihren konkreten Beitrag leisten.

Man kann aber schon jetzt festhalten, daß das **Programm für 100 000 Ausbildungsplätze** ein voller Erfolg ist. Ich rate Ihnen: Gehen Sie in Ihre Wahlkreise, und reden Sie mit den zuständigen Sachbearbeitern der dortigen Arbeitsämter. Dort wird man Ihnen genau das bestätigen. Das Programm ist ein echter Renner. Die Nachfrage ist wesentlich größer als das Angebot. Es gelingt erstmals – das ist der entscheidende Punkt –, Jugendliche zu erreichen, zu qualifizieren und zu vermitteln, zu denen jahrelang keine staatliche Stelle einen Zugang hatte. Das liegt daran, daß wir den Jugendlichen mit unserem Programm signalisieren: Ihr gehört zu unserer Gesellschaft, ihr habt hier euren Platz, wir werden euch eine Lebensperspektive schaffen. Deshalb wird dieses Programm – dessen bin ich mir sicher – nicht nur Signalwirkung für 100 000 Jugendliche, sondern darüber hinaus auch für weitere Jugendliche und Unternehmen haben. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt, der über die ursprüngliche Zielsetzung hinausgeht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Einen weiteren großen Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit gehen wir mit dem Einstieg in eine nachhaltige **Energiepolitik**. Wir setzen auf Energieeinsparung. Hier setzen wir auf einen neuen zukunftsfähigen Energiemix, und zwar ohne Atomenergie. Wir werden auch auf die verstärkte Nutzung von regenerativen Energien setzen. Anreize hierfür wird – ich weiß, das ist sehr umstritten; aber ich bin mir sicher, daß wir am Ende der Legislaturperiode klare Ergebnisse haben werden – der Einstieg in die ökologische Steuerreform schaffen. Sie ist und bleibt der entscheidende Schlüssel, um die Wirtschaft ökologisch zu modernisieren. Energie wird schrittweise teurer und Arbeit billiger.

Der Kollege Struck hat eben schon darauf hingewiesen: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben am Ende des letzten Monats – erstmals seit Jahren – eine konkrete Verbesserung auf ihrem Gehaltszettel feststellen können, weil wir die Lohnnebenkosten um 0,8 Prozent gesenkt haben. Hier muß ich Sie, verehrte Damen und Herren von der Opposition, fragen: Wo ist denn Ihr Vorschlag zu einer sozialverträglichen Senkung der Lohnnebenkosten? Bei Ihnen herrscht doch nur Sende-pause.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Wir wollen und werden umsteuern. Deshalb werden – das kann ich Ihnen versprechen – die zweite und dritte Stufe der ökologischen Steuerreform in Kraft gesetzt werden.

Wir haben ein 100 000-Dächer-Programm auf den Weg gebracht, um eine verstärkte Nutzung der Solarenergie zu fördern. Es ist weltweit das größte Programm dieser Art.

Wir haben ein Förderprogramm für erneuerbare Energien beschlossen, mit dem vor allem die Nutzung von Biogas, Solarenergie und geothermischen Energien gefördert werden soll. Wir stellen zusätzliche Forschungsmittel für diese Bereiche bereit. Wir bereiten jetzt auch eine entsprechende Energiesparverordnung vor.

Wirtschaftsminister Müller hat die Industrie, die Umweltverbände und die Gewerkschaften zu einem breitangelegten **Energiedialog** über die Konsensgespräche hinaus eingeladen, um gemeinsam nach neuen Wegen für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Energiepolitik zu suchen. Ich sage ganz klar: Meine Fraktion begrüßt das nachdrücklich. Wir brauchen einen solchen Energiedialog, damit sich umweltschonende Formen der Energieerzeugung langfristig im globalen Wettbewerb behaupten können. Deshalb muß man schon heute den deutschen Markt für diese Technologien erschließen, damit am Energiestandort Deutschland zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesen Bereichen geschaffen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Zu unseren Zielen gehört auch untrennbar der vereinbarte **Ausstieg aus der Atomenergie**. Wir werden ihn – das sage ich hier auch ganz deutlich – in dieser Legislaturperiode nicht vollziehen können, aber wir werden ihn umfassend und unumkehrbar regeln. Wir wollen ihn, wenn es irgendwie geht – das betone ich besonders für meine Fraktion –, im Konsens vereinbaren. Wir sind dazu bereit. Nur, für einen Konsens braucht man natürlich auch Partner. Einen Kompromiß zu schließen bedeutet Geben und Nehmen. Wenn ich mir dagegen die Spielchen, die die Atomindustrie in den letzten Monaten getrieben hat, anschau, habe ich den Eindruck, daß manche in der Industrie zwar gerne nehmen, aber den Sinn des Gebens nicht ganz verstanden haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Moment spielt die Atomindustrie nur noch auf Zeit. Bis heute verweigert sie die Einsicht in die Verträge über die Wiederaufarbeitung mit Frankreich und Großbritannien. Bis heute versucht sie mit allen Tricks, ihre tatsächlichen Lagerkapazitäten in den Reaktoren im dunkeln zu halten. Jetzt sollen auch noch überflüssige Atomtransporte quer durch die Republik erzwungen werden. Monatelang wurden völlig überzogene Zahlen über steuerliche Rückstellungen verbreitet. Für meine Fraktion möchte ich ganz klar sagen: Mit Taschenspielertricks und mit Verschleppung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag wird man nicht zum Konsens kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es im Konsens nicht geht, dann haben wir die Verantwortung, den Willen der Bevölkerung zum Atomausstieg, der auch im Wahlergebnis zum Ausdruck gekommen ist, per Gesetz zu regeln. Ich möchte daher auch von dieser Stelle aus an die Vernünftigen in den Reihen der Industrie appellieren: Stellen Sie Ihre Blockadepolitik ein! Verhandeln Sie mit uns im Konsens! Ein Konflikt würde beide Seiten, den Gesetzgeber, aber auch die Industrie, teuer zu stehen kommen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Leitbild der Nachhaltigkeit gilt für uns nicht nur in der Wirtschaftspolitik. Es muß auch in der **Finanzpolitik** gelten. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben seinerzeit den finanziellen Spielraum zerstört, den man heute zur Lösung der Probleme dringend braucht. Schauen wir uns die Zahlen an – der Finanzminister hat sie gestern vorgetragen –: Der vorliegende Entwurf umfaßt Ausgaben von knapp 486 Milliarden DM. Fast jede vierte Mark der Steuereinnahmen wird heute allein für Zinsen ausgegeben. Dieses Geld fehlt eben. Es fehlt für dringend notwendige Investitionen und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zukunftsfähigkeit bedeutet für uns deshalb auch, zunächst einmal diesen finanzpolitischen Spielraum zurückzugewinnen, um die Gesellschaft modernisieren zu können.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist zwar ein Übergangsentwurf, und dennoch – darauf sind wir stolz – leiten wir die Wende zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik ein. Der Regierungsentwurf wurde quer durch alle Ressorts noch einmal um insgesamt 2,3 Milliarden DM gekürzt. Das ist – das sage ich ganz klar – ein wichtiger Erfolg der Haushaltspolitiker der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Nettokreditaufnahme wurde um fast 3 Milliarden DM vermindert, während die investiven Ausgaben sogar um mehr als 1 Milliarde DM erhöht wurden. Bildung und Wissenschaft fördern wir mit zusätzlich fast 1 Milliarde DM. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung.

Zukunftsfähigkeit und Gerechtigkeit, das bedeutet insbesondere auch: Wir ergreifen Partei für die nächste Generation. Bei unserer Einkommensteuerreform steht deshalb die Entlastung der Menschen mit Kindern und damit die Zukunft der Kinder im Mittelpunkt. Sie haben zwar 16 Jahre lang von **Familie** geredet; der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts hat aber gezeigt: Das waren alles Sonntagsreden. Das hat Ihnen das Bundesverfassungsgericht doch ins Abschlußzeugnis geschrieben. Ihre Politik hat den Familien geschadet. Das werden wir jetzt ändern. Wir werden eine familien- und kinderfreundliche Politik machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Lauter leere Ankündigungen!)

Mit der Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes haben wir damit bereits begonnen. Wir entlasten

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Familien mit zwei Kindern bereits in diesem Jahr um bis zu 1 200 DM. Wir werden sie mit der Umsetzung des Familienurteils weiter entlasten. Die Fachabgeordneten meiner Fraktion haben dazu einen guten Vorschlag gemacht. Die Richter des Verfassungsgerichts haben gestern in einem Gespräch gesagt, der Gesetzgeber solle Phantasie bei der Umsetzung zeigen. Wir haben das getan. Wir schlagen einen Kindergrundfreibetrag vor. Ein Kindergrundfreibetrag, also ein steuerfreies Existenzminimum für Kinder, das würde jedes Kind endlich gleich behandeln.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Sie sind nicht mehr auf der Höhe der Zeit, Gnädigste!)

– Ich sehe, daß Sie, was die Umsetzung solcher Urteile betrifft, mit Phantasie nicht viel am Hut haben. Ich finde es wichtig, daß wir neue finanzpolitische Instrumente entwickeln. Mir ist sehr wohl bekannt, daß es verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine solche gerechte Lösung gibt. Ich hoffe, daß wir sie ausräumen können. Aber wenn dies nicht möglich ist, dann muß im ersten Schritt – das ist klar – der Erhöhung des Kindergeldes eine ganz besondere Bedeutung zukommen.

(Dr. Hermann Kues [CDU/CSU]: Das ist doch abgelehnt worden!)

Entlastungen der Familien heißt für uns Nettoentlastungen der Familien. Für uns kommt bei der Finanzierung der Reform weder eine ausschließliche Umverteilung von Leistungen für Kinder noch die Anhebung der Mehrwertsteuer in Frage. Meine Fraktion hält es für sehr viel vernünftiger, das Ehegattensplitting in ein Realsplitting umzuwandeln, wie es bereits heute für Geschiedene gilt. Wir wollen das Leben mit Kindern und nicht den Trauschein finanziell fördern. Dieser Gedanke soll sich durch unsere Familien- und Finanzpolitik ziehen. Das ist gerecht und auch zukunftsfähig.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die anstehende **Unternehmensteuerreform**. Wir wollen und werden mit ihr fairen Wettbewerb ermöglichen. Wie ist es denn heute um die kleinen und mittleren Betriebe bestellt? Sie tragen nicht nur den Löwenanteil der Ausbildungskosten, sie finanzieren mit ihren Steuern auch noch die Subventionen für die Großindustrie und die Konzerne. Das wollen wir ändern. Damit haben wir bei unserer Steuerreform angefangen: Um jährlich mehr als 5 Milliarden DM haben wir die kleinen und mittleren Betriebe bereits im ersten Schritt entlastet. Wir streichen auch – damit beginnen wir – ungerechte Vergünstigungen für Großunternehmen und Konzerne. Das wird auch im Gesamtkonzept der Steuerreform fortgesetzt werden.

Unser Ziel ist ein Steuersatz von 35 Prozent. Das ist richtig.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wann?)

– Es geht nicht um das Wann, sondern wir werden ihn schrittweise umsetzen. Die zentrale Frage ist, ob und wie wir ihn finanzieren können. Für uns ist völlig klar: Wir müssen ihn unter anderem durch den Abbau von **Subventionen** finanzieren.

(C) Wir unterstützen ganz klar und mit allem Nachdruck die Initiative des Wirtschaftsministers Müller; das Kirchturmsdenken mancher Lobbyisten muß endlich überwunden werden.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wo ist da die Logik?)

Ich weiß nicht, wie oft ich in den letzten Wochen gehört habe: Subventionen streichen, sicher; nur bitte nicht bei mir. Ich sage ganz klar, daß es in Deutschland nicht so laufen wird, wie sich das Herr Henkel vom BDI oder andere Verbandsvertreter vorstellen, nämlich amerikanische Steuersätze zu deutschen Konditionen, das heißt mit deutschen Subventionen, einzuführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Bei Ihnen läuft überhaupt nichts!)

Eine echte Nettoentlastung für alle wird es nicht geben. Man müßte dann nämlich sagen, wer dafür die Zechen bezahlt. So etwas würde eine unfaire und einseitige Belastung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit sich bringen, die Lage der kleinen und mittleren Unternehmen verschärfen und neue Löcher in die öffentlichen Haushalte reißen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Die haben Sie doch belastet!)

Wir sind der Meinung: Jede Subvention muß auf den Prüfstand.

(D) Sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, die Ergebnisse Ihrer Wirtschafts- und Steuerpolitik sind einfach niederschmetternd. Ein Gesetz nach dem anderen wird von den Gerichten für verfassungswidrig erklärt. Der Grund ist immer der gleiche – wir haben das auch gestern abend noch einmal klar erläutert –: Ihre Gesetze sind grob ungerecht und verletzen ein ums andere Mal das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes. Hiervon zeugt auch das Urteil des Bundesfinanzhofes aus der letzten Woche. Wir müssen jetzt eine große Altlast bewältigen; aber wir werden auch dieses umsetzen.

An Hand der am vergangenen Freitag vorgelegten Thesen der Kommission zur Reform der Unternehmensteuerreform werden wir noch vor der Sommerpause ein solides und vernünftiges Stufenkonzept erarbeiten. Die Ziele dafür sind klar: Kleine und mittlere Unternehmen müssen entlastet werden. Wir müssen niedrige Steuersätze bei privaten und gewerblichen Einkommen erreichen. Dafür müssen Subventionen und steuerliche Vergünstigungen und Sonderregelungen abgebaut werden. Vor allem müssen alle Einkünfte künftig gleich behandelt werden. Das schafft Transparenz, Gerechtigkeit, ein für Investitionen günstiges Klima, eine Stärkung des Mittelstandes und Arbeitsplätze. Wir werden das umsetzen. Ich bin mir sicher, daß eine an diesen Zielen ausgerichtete Steuerreform auch die Zustimmung der Menschen in diesem Lande finden wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Was für eine Reform denn? Was haben Sie denn zum 1. April gemacht?)

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Die alte Regierung ist in den vergangenen Jahren dem Irrglauben gefolgt, man könne Arbeitsplätze nur schaffen, wenn man das soziale Netz unseres Landes systematisch zerstört. Begründet wurde das mit dem Anpassungsdruck, der wesentlich höhere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erfordert. Natürlich brauchen wir in sehr vielen Bereichen der Wirtschaft höhere Flexibilität. Entscheidend aber ist doch, daß Menschen, die sich auf einen flexiblen Arbeitsmarkt einstellen sollen, Risiken eingehen sollen und häufig ihre Arbeitsstelle wechseln müssen, im Gegenzug mehr Vertrauen in das soziale Netz setzen können. Deshalb ist für uns die Modernisierung der Wirtschaft untrennbar mit der notwendigen Modernisierung unserer Sozialsysteme, etwa des **Gesundheitswesens**, verknüpft.

Die in den kommenden Wochen zu beratende Reform soll endlich gravierende strukturelle Defizite im vorhandenen System beseitigen. Ich kann hier der Gesundheitsministerin nur zustimmen, wenn sie sagt: Wir Deutsche geben zwar das meiste Geld für unser Gesundheitssystem aus,

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das stimmt ja gar nicht!)

aber das gesündeste Volk sind wir deshalb noch lange nicht. Deshalb sehe ich das ganz klar so wie sie: Wir brauchen auf diesem Gebiet grundlegende Reformen, und diese werden wir auch anpacken.

- (B) Im Zentrum stehen für uns die Patientinnen und Patienten. Wir wollen ihre Rechte stärken und die Qualität des Gesundheitssystems durch die Stärkung der Rolle der Hausärzte sichern und verbessern. Wir wollen mit einem Globalbudget die Handlungsfähigkeit der Ärzte sichern und gleichzeitig die Kostenexplosion stoppen. Nur so, nur durch beide Maßnahmen im Zusammenhang, werden wir erreichen, daß die Beiträge stabil bleiben und die Kosten nur im Rahmen der Lohnentwicklung steigen.

Die Reform ist sorgfältig vorbereitet worden. Jetzt muß sie auch wie geplant umgesetzt werden. Dieser Weg – das sage ich hier auch – ist nicht einfach. Wir haben es bei dieser Reform mit ganz mächtigen Lobbyisten zu tun, die eben nicht ohne Zeter-und-Mordio-Geschrei bereit sind, auf ihre lieb gewordenen Pfründen zu verzichten.

An dieser Stelle sage ich aber auch: Wer die dringend notwendige Modernisierung durchsetzen will, der kann nicht den Weg des geringsten Widerstands gehen, der muß eben manchmal auch solchen Lobbyisten auf die Füße treten. Deshalb braucht die Gesundheitsministerin bei dieser Auseinandersetzung die volle Unterstützung der Grünen und der sozialdemokratischen Fraktion.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich betone, daß sie ebenso wie Arbeitsminister Walter Riester bei der Auseinandersetzung um die **630-DM-Jobs** mit unserer Unterstützung rechnen kann.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das nützt auch nichts mehr!)

Ich finde, insbesondere Sie, Herr Gerhardt, und Ihre Kollegen sollten bei diesem Thema besser schamhaft schweigen, (C)

(Zuruf von der SPD: Scham kennen die nicht!)

denn das Problem, das wir mit diesem Gesetz lösen wollen, haben Sie verursacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Ich sehe da kein Problem!)

Sie haben über Jahrzehnte zugelassen, daß Unternehmen systematisch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichten. Das konnte nicht so weitergehen. Die Sozialklassen werden geleert, sie werden ausgetrocknet.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Da kommt doch nichts rein!)

Über dieses Problem haben wir in der letzten Legislaturperiode hier immer wieder diskutiert. Die Lasten werden von immer weniger Arbeitnehmern getragen. Für die Betroffenen heißt das eben allzuoft Altersarmut, weil sie später in der Sozialhilfe landen.

Es gibt mit der Neuregelung, insbesondere bei der Scheinselbständigkeit, Übergangsschwierigkeiten. Wir werden diese Probleme bei der Anwendung des Gesetzes lösen. Aber für uns ist klar: An der Zielrichtung, an der Grundlage des Gesetzes halten wir fest. Die Mißstände, die Sie produziert haben, werden und müssen in jedem Fall beseitigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Tosender Beifall!) (D)

Es geht nicht nur um die ökologische Nachhaltigkeit und um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – nicht nur damit wird die Zukunftsfähigkeit wiederhergestellt –, sondern wenn wir modernisieren wollen, dann brauchen wir auch mehr Demokratie, dann brauchen wir mehr Weltoffenheit. Deshalb müssen wir endlich auch das überkommene **Staatsbürgerschaftsrecht** modernisieren. Hierzu wird Ihnen am Freitag ein Gesetzentwurf, der auch von der F.D.P. getragen wird, vorliegen. Künftig soll danach eben nicht mehr die Abstammung allein darüber entscheiden, ob jemand Inländer ist und damit zu dieser Gesellschaft gehört. Künftig werden alle Kinder, auch die ausländischer Eltern, mit der Geburt Deutsche sein, wenn diese in Deutschland erfolgt.

Meine Damen und Herren, das ist ein historischer Schritt. Mit dieser Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes verabschiedet sich die Bundesrepublik vom völkischen Abstammungsrecht und findet endlich den Anschluß an Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will nicht verschweigen, daß wir gern mehr erreicht hätten, etwa daß wir den Mut zum Brückenschlag für die erste Generation der Einwanderer durch die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft gehabt hätten. Aber die Reform, die wir am Freitag verabschieden, ist ein erster, ein entscheidender Schritt; denn sie signali-

Kerstin Müller (Köln)

- (A) siert zumindest den hier geborenen Kindern: Ihr gehört zu dieser Gesellschaft. Das wird – dessen bin ich ganz sicher – das entscheidende Angebot zur Integration dieser Kinder, aber auch ihrer Familien sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir stellen uns damit der Tatsache, daß die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden ist und daß wir dieses Einwanderungsland gestalten wollen. Um so beschämender finde ich es, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, daß Sie noch nicht einmal in der Lage sind, diesen ersten Reformschritt mitzugehen. Schlimmer noch – Herr Glos hat das heute noch einmal angekündigt –: Sie halten an Ihrer unsäglichen Kampagne fest. Das heißt, Sie wollen die Gesellschaft weiter spalten, obwohl der geänderte Gesetzentwurf die doppelte Staatsbürgerschaft – zum Bedauern meiner Fraktion – gar nicht mehr enthält. Die Kinder müssen sich nämlich mit 18 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann ist spätestens jetzt klargeworden, daß es Ihnen nie um die doppelte Staatsbürgerschaft gegangen ist. Sinn und Zweck der Kampagne war ganz einfach parteipolitische Stimmungsmache auf dem Rücken der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich fordere Sie auf, daß Sie vor dem Hintergrund dieses Gesetzes Ihre Kampagne einstellen.

- (B) Ich frage mich vor allem – ich bin auf die Debatte am Freitag gespannt –, was eigentlich diejenigen Abgeordneten aus Ihren Reihen, 150 an der Zahl, zu diesem Gesetzentwurf sagen werden, die in der letzten Legislaturperiode eine Initiative zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts eingebracht haben. Dieser Vorschlag war fast identisch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf. Ich frage mich also, ob sich Ihre Kampagne auch gegen Ihre eigenen Abgeordneten richtet. Das wäre eine interessante und ganz neue Variante von Oppositionsarbeit: Die CDU/CSU-Fraktion macht eine Diffamierungskampagne gegen ihre eigenen Abgeordneten. Sie sind offensichtlich nicht bereit, diese Kampagne einzustellen oder wenigstens – das wäre ja das Minimum – die Abstimmung in Ihrer Fraktion freizugeben. Wahrscheinlich liegt es daran, daß der heimliche Vorsitzende aus Bayern, Herr Stoiber, das Ende der Kampagne nicht abgenickt hat.

Ich kann nur an die Abgeordneten appellieren, die seinerzeit den Reformaufruf unterzeichnet haben: Sie haben die einmalige Chance, am Freitag das Anliegen Ihres Aufrufes in die Realität umzusetzen, indem Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen. Ich sage auch: Sie tragen damit eine große Verantwortung; denn mit Ihrer Zustimmung fände diese historische Reform nicht nur eine breitere Unterstützung im Parlament, sondern damit könnte der unsäglichen Unterschriftenkampagne der Boden entzogen werden. Dann könnten wir in Deutschland, wie sonst überall in Europa, endlich gemeinsam über das reden, was notwendig ist, nämlich wie wir Integration gestalten wollen, anstatt die Augen zu verschließen. Deshalb fordere ich Sie im Namen von SPD

- und Grünen noch einmal auf: Stimmen Sie dieser Reform des Staatsbürgerschaftsrechts am Freitag zu! (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte zum Schluß noch auf das Thema eingehen, das uns alle in den letzten Wochen am meisten bewegt hat, nämlich auf den **Krieg im Kosovo**. Im Kosovo wird nicht nur über die Zukunft der Menschen in der Region entschieden, sondern auch ein Stück weit über die Zukunft Europas. Unser Ziel kann nur ein gemeinsames, friedliches und demokratisches Europa sein. Das Eingreifen in Jugoslawien ist deshalb auch eine Verpflichtung. Wir müssen zukünftig rechtzeitig mit allen nichtmilitärischen Mitteln einschreiten, wenn Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten werden. Die Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung müssen weiterentwickelt werden. Vor allem muß man sie einsetzen, solange sie noch Erfolg versprechen.

Wie damals, als wir vor der Entscheidung standen, fragen wir uns in diesen Wochen dennoch: Wenn die nichtmilitärischen Mittel zur Konfliktlösung versagen und wenn wir nur wählen können, einem zweiten Bosnien hilflos zuzusehen oder mit militärischem Einsatz den Versuch zu unternehmen, Völkermord und Vertreibung zu verhindern, dürfen wir dann die Ultima ratio, das heißt den Einsatz militärischer Gewalt, verweigern? Ich meine, wie die Mehrheit dieses Hauses: Nein, das dürfen wir nicht.

In diesem Hause und in meiner Fraktion und Partei wird über diese Frage eine meist sehr nachdenkliche und ernsthafte – Herr Glos, ich finde diese Haltung sehr angemessen – Debatte geführt. (D)

(Michael Glos [CDU/CSU]: Bei uns auch, Frau Kollegin!)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle hinzufügen: Es ist richtig und notwendig, daß es gerade in Deutschland eine starke pazifistische Stimme gibt, die uns immer wieder mahnt, dem Militär nicht das Handeln zu überlassen. Denn es ist ja richtig, daß Krieg immer mit der großen Gefahr verbunden ist, daß das Primat der Politik verlorengelht. Zu Frieden und Demokratie kommen wir letztlich immer nur über einen politischen Weg, für den ja gerade die deutsche Bundesregierung, insbesondere der Außenminister, alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um im Rahmen des Rambouillet-Prozesses und auch jetzt zu einer politischen Lösung zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen nach sechs Wochen Bombardierung aber auch nüchtern bilanzieren, daß die Ziele der Luftangriffe bisher nicht erreicht worden sind,

(Angela Marquardt [PDS]: Dann kann man doch aufhören!)

daß der fortgesetzte Massenmord und die Vertreibung der albanischen Bevölkerung im Kosovo leider nicht verhindert oder beendet werden konnten. Milosevic konnte bisher nicht zum Einlenken gezwungen werden. Das Bitterste ist: Die Rückführung der Flüchtlinge in ihre Heimatorte ist völlig ungewiß.

Dr. Gregor Gysi

- (A) Es gibt natürlich auch viele innenpolitische Gründe dafür, daß wir uns mit der Bundesregierung kritisch auseinandersetzen müssen. Sie haben im Dezember viele Gesetze in den Bundestag eingebracht, denen wir zugestimmt haben: als es um die Verbesserung des Kündigungsschutzes ging, um die Reduzierung der Zuzahlung zu Medikamenten, um das Programm für 100 000 Jugendliche, die eine Ausbildung bekommen sollen. Dem haben wir zugestimmt. Aber seit Beginn dieses Jahres ist eine Menge Murks produziert worden. Das hängt, so glaube ich, in erster Linie damit zusammen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, sich nicht entscheiden können, wessen Interessen Sie durchsetzen wollen.

(Beifall der Abg. Dr. Ruth Fuchs [PDS])

Sie wollen es gerne allen recht machen. Das Ergebnis ist, daß Gesetze herauskommen, mit denen alle unzufrieden sind. Das kann aber nicht die Lösung sein.

Die Inkonsequenz sieht man am Gesetz gegen Scheinselbständigkeit genauso wie beim 630-Mark-Gesetz. Aber am schlimmsten – auch das will ich deutlich sagen – ist die **ökologische Steuerreform**. Sie ist nicht ökologisch, sie ist für die Wirtschaft ungerecht, und sie ist extrem unsozial. Wenn Frau Müller sagt, jetzt hätten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das erste Mal wieder eine Abrechnung bekommen, nach der sie netto mehr in der Tasche hätten als im Vormonat, muß sie hinzufügen, was sie jetzt für Elektrizitätsrechnungen, was sie für Heizkostenrechnungen bekommen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Das können Sie doch nicht leugnen. Sie können doch nicht an der einen Stelle etwas günstiger machen, aber dann die Gegenrechnung nicht zulassen – zumal Sie Siemens die Gegenrechnung zubilligen: Wenn es für Siemens denn teurer als 1 000 DM im Jahr wird, wird der Rest über das Zollamt erstattet. Diese Möglichkeit der Erstattung hätten Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner auch gerne. Aber denen ist solch ein Weg nicht eröffnet worden.

(Beifall bei der PDS)

Auch innerhalb der Wirtschaft ist die Ökosteuern extrem ungerecht. Wieso muß der Dienstleistungsbereich voll bezahlen und das industrielle Gewerbe – gerade der Sektor, der die meiste Energie verbraucht – nicht? Damit verzichten Sie ja geradezu auf die ökologische Wirkung. Genauso könnte ich anführen, daß die Regelung auch innerhalb der Industrie ungerecht ist: Ich habe vor kurzem ein Kleinunternehmen besucht, das Heizkörper herstellt. Für diesen Unternehmer kann der Betrag von 1 000 DM, den er auf jeden Fall zu entrichten hat, schon fast den Ruin bedeuten. Siemens und dieses winzige Unternehmen gleich zu behandeln hat mit Wettbewerbsgerechtigkeit überhaupt nichts zu tun. Auch in der Landwirtschaft können die 1 000 DM für manche Betriebe, insbesondere für Schweinezuchtbetriebe, schon den Ruin bedeuten. Nein, das ist wirklich höchst ungerecht gestaltet. Wenn man das erkennt, muß man es dringend reformieren und darf nicht stur darauf beharren.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Herr Bundeskanzler, Sie haben gesagt, der **Osten** werde Chefsache. Irgendwie habe ich den Eindruck, daß dieser Vorgang unbearbeitet auf Ihrem Schreibtisch verstaubt. Es wird höchste Zeit, sich seiner anzunehmen. Natürlich, das Programm für 100 000 Jugendliche wirkt sich auch im Osten positiv aus. Wahr ist ebenfalls, daß die Verstärkung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch in den neuen Bundesländern positive Wirkungen entfaltet.

Aber wo sind die wirklich durchgreifenden Ansätze? Wann machen Sie wirkliche Regional- und Strukturpolitik? Wo bleibt die Investitionszuschüsse für Kommunen? Wann endlich werden die Abschlüsse aus der DDR wirklich anerkannt? Und wann gehen wir – auch Sie haben auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gewartet – daran, Rentengerechtigkeit für die neuen Bundesländer herzustellen? Nein, da passiert viel zu wenig. Nach wie vor werden die Leute mit Wasser-, Abwasser- und Straßenbaubeteiligungsgebühren so abgezockt, daß sie ihre Grundstücke verlieren. In all diesen Bereichen müßte etwas unternommen werden.

Beim **Bündnis für Arbeit** wird es darum gehen, ob letztlich ein Mehr an Arbeitsplätzen herauskommt. Bisher gibt es einen Abbau von Arbeitsplätzen. Sie werden um grundlegende Reformen wie den Abbau von Überstunden, Arbeitszeitverkürzungen, Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nicht herumkommen. Die Lohnnebenkosten müssen endlich nach der Wertschöpfung und nicht nach der Zahl der Beschäftigten und der Höhe der Bruttolöhne berechnet werden,

(Beifall bei der PDS)

damit die Einstellung von Arbeitskräften nicht, wie heute, auch noch bestraft und die Entlassung von Arbeitskräften nicht, wie heute, auch noch belohnt wird.

Weil das zur Zeit so ist, steigen die Aktienkurse immer dann, wenn ein Unternehmen Entlassungen ankündigt. Genau das muß geändert werden, wenn man Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik zu einer Einheit verhelfen will.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege, denken Sie an die Redezeit, bitte.

Dr. Gregor Gysi (PDS): Danke schön, Frau Präsidentin. – Dann sage ich zum Schluß noch, daß wir auch alle Maßnahmen zur **Entschädigung von Verfolgten der DDR** unterstützen werden. Das haben wir schon in der Volkskammer gemacht. Wir haben immer gesagt: Man erreicht Gerechtigkeit nicht, indem man manchen die Rente kürzt; man erreicht Gerechtigkeit nur, indem man den einen die Rente beläßt und die anderen dafür entschädigt, daß sie solche Renten nicht beziehen können. Das ist der Weg, um diesbezüglich Ausgleich zu schaffen. Das war auch immer unser Anspruch.

Wir erwarten, Herr Bundeskanzler, daß Sie irgendwann einmal einen Terminplan vorlegen, der besagt, wie es mit der **Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West** weitergeht. Es gibt nämlich ein Problem:

Dr. Gregor Gysi

- (A) 80 Prozent Lohn kann man zwar machen, aber nicht, wenn man Preise von 100 bis 120 Prozent hat. Das aber ist die Situation in den neuen Bundesländern. Deshalb brauchen wir hier einen klaren Fahrplan.

(Beifall bei der PDS)

Ein letzter Satz: Das alles umspannende Problem ist und bleibt der Krieg. Ein völkerrechtswidriger Krieg, der die vorgegebenen Ziele vollständig verfehlt, der immer unverhältnismäßiger wird,

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein Satz!)

der die europäische Integration um Jahre zurückwirft, der Haß, Feindschaft und Brutalität gerade auch gegen die Kosovaren erzeugt, muß sofort gestoppt werden. Träumen Sie nicht vom Sieg oder von bedingungsloser Kapitulation, sondern von einer politischen Lösung.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das mit dem einen Satz ist immer problematisch. Es war auf jeden Fall ein langer Satz.

Zu einer Kurzintervention hat die Kollegin Antje Hermenau das Wort.

Antje Hermenau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich beziehe mich auf die Ausführungen des Kollegen Gysi, vor allen Dingen auf die zur Rolle der NATO und auf seine, sagen wir, merkwürdige Auswahl pazifistischer Grundpositionen.

- (B) Herr Gysi, es ist nicht das erste Mal, aber in dieser Rede ist es mir besonders stark aufgefallen: Sie bedienen sich in einer gewissen Art und Weise eines Eklektizismus des **Pazifismus**, stellen das hier vor. Sie sagen uns: Natürlich können wir als ehemalige DDR-Bürger – wir sind beide aus der ehemaligen DDR – nicht einem Krieg der NATO zustimmen. Sie bauen hier ein Haßbild im Hinblick auf Amerika und die NATO auf, das Sie am Montagabend, 21 Uhr, von Karl-Eduard von Schnitzler übernommen haben. Wir zwei wissen, wovon ich rede.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich verlange und erwarte nicht, daß wir jetzt alle die **NATO** lieben. Aber ein bißchen kritische Annäherung, ein bißchen kritischen Verstand hätte ich schon erwartet.

Sie ergehen sich in demselben geballten Kleinbürgertum, das die Russen 1968 dazu bewogen hat, zur NVA – die Sie inzwischen zu einer Friedensarmee ertaufen wollen, was ich für eine Perfidie halte – zu sagen:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir können die NVA gar nicht zum Einmarsch in die Tschechoslowakei hinzuziehen, weil die NVA unzuverlässig ist. – Das, was Sie hier vortragen, ist geballtes Kleinbürgertum, aber keine differenzierte Position dazu, wie Sie sich verhalten wollen.

Sie haben damals zum Beispiel **militärische Aktionen** in Nicaragua unterstützt. Die waren für Sie völlig

Rechens. Sie haben militärische Aktionen in anderen (C) Ländern der dritten Welt unterstützt, wo Befreiungskriege herrschten. Die waren für Sie völlig Rechens. Daß jetzt ein Volk unterdrückt wird – ich rede nicht von den Serben; Sie wissen das –, ist Ihnen völlig egal. Das stellen Sie hier – es entspricht Ihrem Feindbild, das Sie übernommen und nicht differenziert aufgearbeitet haben – so eklektizistisch zur Debatte, weil wir in fünf neuen Ländern Landtagswahlen haben. Das, Herr Gysi, ist heute deutlich geworden.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der PDS)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege Gysi, möchten Sie antworten? – Bitte sehr.

(Zurufe von der CDU/CSU: Muß das sein?)

Dr. Gregor Gysi (PDS): Frau Kollegin, ich will unser unterschiedliches Verhältnis zum Kleinbürgertum nicht weiter definieren. Dazu könnte ich eine Menge sagen.

(Beifall der Abg. Dr. Ruth Fuchs [PDS])

Ich glaube, daß meine Entfernung davon etwas größer ist als Ihre.

Aber davon abgesehen: Ich habe nie behauptet, Pazifist zu sein. Ich habe auch gar keine pazifistischen Argumente benutzt. Ich sage gar nicht, daß jede **Gewaltanwendung** zu jeder Zeit völlig unrechtmäßig ist. Ich hätte immer akzeptiert, wenn die chilenische Bevölkerung Pinochet mit Gewalt davongejagt hätte. Ich würde übrigens auch der serbischen Bevölkerung durchaus zubilligen, Milosevic mit Gewalt davonzujagen. Aber wir beide sind dafür nicht zuständig. Das ist Sache der jugoslawischen Bevölkerung. Das zu akzeptieren fällt Ihnen offensichtlich schwer. (D)

(Beifall bei der PDS)

Zweiter Punkt. Hier geht es um einen **Angriffskrieg**.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer greift denn wen an?)

Ich habe das übrigens schon in meiner letzten Rede gesagt: Der Angriff der Sowjetunion gegen Afghanistan war genauso völkerrechtswidrig. Der Angriff der fünf Staaten auf die CSSR war ebenso völkerrechtswidrig. Daraus aber zu schlußfolgern, daß gerade Sie einem völkerrechtswidrigen Angriff der NATO auf Jugoslawien zustimmen müssen, halte ich für abenteuerlich und perfide. Das gleiche gilt für den Wandel der Positionen, auf deren Grundlage Sie entscheiden.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Jetzt erteile ich das Wort dem Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Der zweite Punkt betraf die **Rückkehr der Flüchtlinge** – zum einen, um keiner weiteren Destabilisierung Mazedoniens und Albaniens Vorschub zu leisten, aber auch, weil sonst wirklich die Gefahr besteht, daß Westeuropa in großem Umfang die Flüchtlinge aufnehmen muß. Wir haben ein eigenes Interesse daran, daß die Menschen dort, in ihrer Heimat, leben können und nicht bei uns Zuflucht suchen müssen – was sie jetzt tun und wobei wir alle zusammen ihnen auch helfen.

Der dritte Punkt war: Damit die Flüchtlinge zurückkehren können, muß es eine **internationale militärische Schutztruppe** geben, und zwar deshalb eine militärische, weil sie in der Lage sein muß, diese Menschen zu schützen; denn diese haben schrecklichste Erfahrungen gemacht, was es heißt, ohne Schutz zu sein.

Deshalb ist, bezogen auf die Schutztruppe, eines wirklich abenteuerlich: Zu glauben, mit ein paar Blauhelmen – wie vielen auch immer –, die nach internationalem Recht bestenfalls in der Lage sind, sich selber und vielleicht in Nothilfe jemanden, der neben ihnen steht, zu verteidigen, den Schutz für die Flüchtlinge, die ihre Heimat wiederhaben wollen, garantieren zu können, das ist abenteuerlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Das widerspricht im übrigen auch allen Erfahrungen, die in **Bosnien** gemacht worden sind. Niemand weiß das so gut wie der Kollege Rühle, der damals zuständig war. Wir haben dort die Erfahrung machen müssen, daß von den gleichen Leuten die **Blauhelmsoldaten der UNO** an Pfähle gekettet worden sind, als Geiseln benutzt wurden und zynisch und höhnisch zur Schau gestellt worden sind. Wollen Sie das im Kosovo wieder haben? Oder wie stellen Sie sich das vor, meine Damen und Herren?

- (B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es geht kein Weg daran vorbei, daß man dort eine gut ausgerüstete Truppe, die logistisch auch handeln kann, braucht, um die Flüchtlinge zu schützen. Diese Truppe ist aber kein Selbstzweck; das muß man den Menschen, die sich Sorgen machen und auf diese Debatten schauen, immer wieder klarmachen. Wir wollen sie dort nicht haben, weil uns nichts anderes einfiel oder weil wir irgendein Land besetzen wollten. Nein, diese Schutztruppe dient ausschließlich dazu, zurückkehrenden Flüchtlingen Schutz zu gewähren und damit Frieden in der Region zu garantieren. Das ist ein Motiv für diese Truppe,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

und das muß sie können, aber ohne einen Kern der NATO kann sie es eben nicht.

Warum, glauben Sie denn, sagt die Belgrader Führung vor dem Hintergrund der Bosnien-Erfahrung: unbewaffnete – ja, bewaffnete – nein?

(Dr. Gregor Gysi [PDS]: Das ist aber nicht mein Punkt!)

– Ich sage es doch nur, weil Sie – mir ist das jedenfalls so aufgefallen – als eine Art Strafverteidiger aufgetreten sind und weil Sie den Versuch gemacht haben, aus Opfern Täter zu machen. Deswegen muß ich das betonen. (C)

Ich sage noch einmal: Das sind die Motive. Jetzt wird gesagt, wir hätten mit unseren Maßnahmen politisch nichts erreicht. Ich habe deutlich gemacht, wie die Situation am Anfang war: Wo stand die Staatengemeinschaft? Auf den Standpunkten, die ich genannt habe. Wo stand Milosevic? Da, wo er bedauerlicherweise immer noch steht. Wo stand Rußland? **Rußland** – ich sage das mit allem Respekt vor der russischen Führung – hatte sich am Beginn dieses Konfliktes nicht in der Lage gesehen, im Sicherheitsrat einer Resolution nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zuzustimmen, und hat diese Position über ganz lange Zeit beibehalten. Rußland hat sich zum Beispiel nicht in der Lage gesehen, zunächst als eigene Position und dann in der Vermittlerrolle, das deutlich zu machen und zu übernehmen, worum es geht, nämlich daß die Flüchtlinge Schutz durch eine Truppe brauchen, über deren Ausrüstung ich mich geäußert habe.

In der NATO hatten wir zudem Diskussionen über die Notwendigkeit, **Bodentruppen** einzusetzen. Das sind die Debatten, die Sie alle kennen – insbesondere in der Öffentlichkeit Großbritanniens, aber auch in anderen Ländern; ich will keine weiteren besonders nennen. Was ist in der Zwischenzeit als Ausfluß der verfolgten Doppelstrategie geschehen? Die NATO debattiert nicht über Bodentruppen. Ich betrachte das – nicht nur, aber auch – als Erfolg unserer Diskussionen und Bemühungen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe deutlich gemacht – gleichgültig, wo: in Amerika ebenso wie in anderen westlichen Hauptstädten; in Amerika übrigens in Übereinstimmung mit dem Kollegen Dr. Kohl –, daß und warum Deutschland keine Bodentruppen einsetzen wird. Insofern gibt es gar nichts kritisch zu hinterfragen – es sei denn, man fragt nur, weil man in der Frage den Eindruck nahelegen will, es gäbe eine andere Position der deutschen Bundesregierung. Die gibt es aber nicht. Wir haben uns deutlich dazu geäußert, daß und aus welchen Gründen wir keine Bodentruppen wollen. Das hat außenpolitische Gründe, das hat innenpolitische Gründe, das hat aber auch den Grund, daß wir wirklich davon überzeugt sind, daß die NATO – wie es gestern der französische Präsident gesagt hat – keinen Anlaß hat, ihre Strategie zu ändern, weil diese Strategie zu greifen beginnt. Sie können das an den Bewegungen, die es in der letzten Zeit gegeben hat, erkennen. Dabei sind die Veränderungen der russischen Position natürlich das Wichtigste.

Ich habe der Presse entnommen und bin dankbar dafür, daß Sie, Herr Dr. Kohl, ebenso wie viele andere mit Jelzin geredet haben. Ich sage ausdrücklich: Jeder Gesprächskontakt, der insbesondere mit Mitgliedern der russischen Führung aufgenommen wird und der dem Ziel dient, auf einer rationalen Basis zu einer politischen

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Lösung zu kommen, ist der deutschen Bundesregierung und ist, glaube ich, uns allen hochwillkommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU und der F.D.P.)

Es hat also nicht zuletzt durch die Erfolge der Tschernomyrdin-Mission, hinter der der Wille des russischen Präsidenten steht, Annäherung in der Sache und in zentralen politischen Positionen gegeben. Was wir noch hinbekommen müssen und woran gearbeitet wird, ist, die Frage zu beantworten, wie das eigentlich mit dem Zeitpunkt ist. Die nachvollziehbare und klare Position der westlichen Staatengemeinschaft ist immer gewesen und ist noch: Wir müssen verifizierbar sehen können, daß mit dem Rückzug begonnen wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der früher übrigens auch nicht so hieß. Der Rückzug muß also begonnen werden, nicht beendet sein, ehe die Bombardements ausgesetzt werden können. Aber begonnen! Dann kann man über eine Aussetzung reden. Ich denke, man kann spüren, kann sehen, daß sich die Positionen auch in dieser Frage anzunähern beginnen.

Vielleicht kann man dazu kommen, die Frage zu beantworten: Wie definiert man „beginnen“? Gibt es einen fixierbaren Zeitpunkt, zu dem das eine und das andere passiert? Ist das eine Möglichkeit weiterzukommen? Ich finde, daß es lohnt, solche Diskussionen in das Bündnis hineinzutragen. Ich sage auch mit Freude, daß ich dem Außenminister, der sich wirklich krummgelegt hat, um zu diesen Erfolgen zu kommen, dafür sehr dankbar bin.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die politischen Direktoren der G 7 haben zusammen mit Rußland eine Position fixiert, die vor vier Wochen so noch nicht denkbar gewesen wäre. Daß sich die G-7-Staaten auf Außenministerebene morgen in Bonn mit Rußland treffen werden, war vor vier Wochen nicht möglich, ist aber jetzt geleistet.

Ich denke, meine Damen und Herren, dies alles zeigt zweierlei: einmal, daß es ganz schrecklich falsch wäre, der Bundesregierung zu unterstellen, sie hätte nur auf die militärischen Maßnahmen gesetzt, was leider gelegentlich geschieht, und zum anderen, daß es falsch wäre, zu glauben, es hätte sich als Folge der militärischen Maßnahmen nichts bewegt. Von einem bin ich nach wie vor fest überzeugt: Ohne die militärischen Maßnahmen wären wir noch dort, wo wir am Anfang waren. Das gilt es zu erkennen. Auf diesem Hintergrund muß man dann die Frage bewerten: War das richtig? War es angemessen?

(Zuruf von der PDS)

– Da ist es wieder! Sie erliegen immer wieder der Versuchung, aus Opfern Täter zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie verwechseln immer wieder Ursache und Wirkung. Ich befürchte, Sie verwechseln es nicht, weil Sie zu

dumm wären, das anders zu begreifen, sondern Sie wollen es nicht begreifen. Das ist der eigentliche Punkt. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Michael Glos [CDU/CSU]:
Warum koalieren Sie denn mit denen?)

Ich glaube also, daß die Bemühungen, die wir unternommen haben, wirklich Bewegung gebracht haben – Herr Glos, übrigens Bewegung in die richtige Richtung, nicht in die falsche.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Er hat Sie nur gefragt, warum Sie mit solchen Leuten koalieren!)

Sie sollten gelegentlich – ich sage das bei aller meiner Freude, bayerischer Polemik, in diesem Fall fränkischer Polemik, zuzuhören – bei Ihrer Argumentation auch Wahrhaftigkeit nicht völlig außen vor lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Dr. Peter Ramsauer [CDU/
CSU]: Sie koalieren mit diesen Kommunisten!
– Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das ist
die Wahrheit!)

Meine Damen und Herren, wir haben aber durch die politischen Aktivitäten noch ein bißchen mehr erreicht. Es ist am Anfang nicht so gewesen, daß die Rolle der **Vereinten Nationen** in diesem Prozeß unumstritten gewesen wäre. Es ist nicht so gewesen, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, ausgestattet mit der Unterstützung der gesamten Europäischen Union, eingeschlossen natürlich die Unterstützung der Bundesregierung, zu seinem Teil für die politische Bewegung hat sorgen können. Nein, das ist am Anfang nicht so gewesen. Es war schon so, daß die deutsche Bundesregierung, daß der Außenminister, daß auch ich dazu beigetragen haben, und zwar dadurch, daß wir in Brüssel die Staats- und Regierungschefs mit dem Generalsekretär zusammengebracht haben. Damit haben wir dazu beigetragen, daß die UN mehr und mehr die ihr auch nach unserer festen Überzeugung zukommende Rolle spielen kann. Auch das war am Anfang keine Selbstverständlichkeit. Ich denke also, wenn man einen Strich darunter zieht und fair ist, muß man sehen, daß diese Doppelstrategie politisch ohne Alternative war und zu greifen beginnt. (D)

In dem Zusammenhang noch ein Punkt: Es war vor diesem Hintergrund nicht in Ordnung, von blinder Gefolgschaftstreue zur NATO zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Peter
Struck [SPD]: Sehr wahr!)

Diejenigen, die diesen Vorwurf erhoben haben und meinen, ihn weiter aufrechterhalten zu müssen, sollten sich doch einmal mit der Entwicklung auseinandersetzen und danach ihren Vorwurf überdenken; denn das ist eine Art und Weise der Auseinandersetzung, die fehlgeleitet ist und die auch Narben hinterläßt.

Vielmehr verhält es sich genau umgekehrt: Ohne die politische Festigkeit, mit der wir den militärischen Teil begleitet haben, und ohne die völlige Unbezweifelbarkeit der **Solidarität der Deutschen im Bündnis** hätte

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Er kommt insbesondere den jungen Menschen im Osten Deutschlands zugute.

Wir haben das **100 000-Ausbildungsplätze-Programm** aufgelegt.

(Zuruf von der CDU/CSU: So wenig erfolgreich!)

– „So wenig erfolgreich“. Es ist interessant, daß ausge-rechnet Sie das sagen. Wann haben Sie denn jemals in den 16 Jahren, in denen Sie regiert haben, ein solch er-folgreiches Programm aufgelegt? Sie haben die jungen Leute doch alleine gelassen. Die haben Sie doch gar nicht interessiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben dieses Programm auf den Weg gebracht. Nach den Zahlen für Mai 1999 sind 100 000 junge Men-schen mehr in Ausbildung und/oder Beschäftigung.

(Zuruf von der F.D.P.)

– Wir werden einmal sehen, wie lange. Sie werden sich wundern, was uns noch einfällt, um diesen jungen Leu-ten Möglichkeiten zu geben. Seien Sie sich da ganz si-cher. Eine Pennerei, wie Sie sie in dieser Frage an den Tag gelegt haben, hört jedenfalls auf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordne-ten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Glos [CDU/CSU]: Lug und Trug!)

- (B) Was Sie zu den **Wachstumswahlen** gesagt haben, wundert mich sehr. Es ist richtig: Die Institute rechnen für das erste Halbjahr mit weniger Wachstum. Sie sagen ganz deutlich, womit das zu tun hat: mit den internati-onalen Einflüssen, die insbesondere auf den Export Wir-kungen gezeitigt haben, die zu den verminderten Wachstumswahlen führen.

(V o r s i t z : Vizepräsidentin Petra Bläss)

Aber die gleichen Institute sagen – noch sehr vorsichtig, man kann nur hoffen, daß sie recht behalten –, daß es in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit dem Wachstum nach oben geht. Sie prognostizieren für das nächste Jahr ein Wachstum von 2,6 Prozent. Statt sich darüber zu freuen und mitzuhelfen, daß sich hier die psychologi-schen Wirkungen entfalten können, stellen Sie sich ins mosernde Abseits und kritikastern nur. Wir brauchen und wir wollen dieses Wachstum!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist übrigens wahr, daß die Zahlen nur zum Teil aus den wirtschaftlichen Antriebskräften erklärbar sind. Keine Frage, insbesondere im Osten des Landes sind sie auch aus dem erklärbar, was die Bundesregierung über die Bundesanstalt für Arbeit auf dem zweiten **Arbeitsmarkt** tut. Es macht Sinn, einmal zu erklären, warum es diesen zweiten Arbeitsmarkt geben muß. Es ist doch nicht so, daß es hier einen einzigen unter uns gibt, der einen zweiten Arbeitsmarkt als Selbstzweck betrachtet, der sich ihn wünscht. Jeder, der im ersten Arbeitsmarkt sein Einkommen und Auskommen findet, ist uns lieb.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir wissen, daß der ständige Strukturwandel, nirgendwo so dramatisch sichtbar wie im Osten unseres Landes, Ungleichzeitigkeiten produziert. Es sind Un-gleichzeitigkeiten, die damit zu tun haben, daß die Ver-nichtung alter Arbeitsplätze ein ständiges Merkmal die-ses Strukturwandels ist, den im übrigen niemand auf-halten kann und aufhalten darf. Wir wissen, daß durch den Strukturwandel auch neue Arbeitsplätze entstehen, aber bedauerlicherweise nicht zur gleichen Zeit, nicht am gleichen Ort und nicht für alle Qualifikationen. Hier setzen unsere Bemühungen an, in Zusammenarbeit mit den Ländern im Rahmen von Strukturpolitik, auch re-gionaler Strukturpolitik, und durch Qualifizierungsmaß-nahmen, die die Leute fit machen, Beschäftigung auch auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Natürlich sind für die Zeit zwischen der Vernichtung alter und dem Aufwuchs neuer Arbeitsplätze Arbeitsbeschaf-fungsmaßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt nötig. Der Grund für deren Existenz ist, diese Ungleichzeit-keit zu überwinden.

Früher, als Sie noch regierten, gab es pünktlich vor Wahlen immer einen enormen Aufwuchs der Arbeitsbe-schaffungsmaßnahmen. Infolgedessen veränderten sich dann auch die Arbeitsmarktzahlen positiv. Leider war es nur so, daß man unmittelbar nach den Wahlen vergaß, wie dieser Aufwuchs zustande gekommen war, und ihn auch nicht weiterführte.

(Zuruf von der SPD: Glos und Konsorten!)

Das ist die Erfahrung, die die Menschen im Osten unse-res Landes mit Ihnen gemacht haben: vor Wahlen immer mehr Arbeitsplätze, nach Wahlen pünktlich ein Ende der Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Interessante ist nun, daß die Menschen im Osten jetzt eine andere Erfahrung machen, nämlich die, daß wir die Arbeitsmarktmaßnahmen, die Sie vor Wahlen initiiert haben, unabhängig von Wahlterminen versteti-gen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das glaubt doch keiner mehr!)

Wir werden, meine Damen und Herren, 6,3 Milli-arden DM mehr für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen spe-ziell im Osten ausgeben. Das hilft den Menschen, Arbeit zu finden, sich zu qualifizieren und sich Chancen im er-sten Arbeitsmarkt zu suchen und zu eröffnen. Wir wol-len das und werden es deshalb weiterführen. Diese Poli-tik ist eine fundamental andere Arbeitsmarktpolitik, als Sie sie gemacht haben. Diesen Unterschied – seien Sie sich dessen sicher – werden wir den Menschen deutlich machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden dann auch verstehen, daß das Geld kostet, aber daß es besser ist, Arbeit zu bezahlen, als Arbeitslosig-keit bezahlen zu müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Ich will ein paar Bemerkungen zu den hier heiß diskutierten Fragen der Scheinselbständigkeit, der arbeitnehmerähnlichen Selbständigkeit und den 630-Mark-Arbeitsverhältnissen machen. Worum geht es dabei überhaupt? Es ist von einigen Rednern – ich habe genau zugehört – zu Recht darauf hingewiesen worden, daß sich diese ganzen Probleme auf den Bereich konzentrieren, den man Dienstleistungssektor nennt. Das ist wahr. So hatten wir im Dienstleistungssektor das interessante Phänomen, daß sich dieser wachsende Sektor des ersten Arbeitsmarktes anders ausfächerte als der Sektor der Produktion. Dies hatte Folgen für die arbeitenden Menschen, für die Rentenversicherung, die Sozialversicherung und die Krankenversicherung.

Ich habe den Satz, die **Sozialsysteme** hätten kein Ausgaben-, sondern nur ein Einnahmenproblem, immer für einen törichteren Satz gehalten. Ich sage ohne Abstriche: Das ist ein törichter Satz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben da natürlich auch Ausgabenprobleme. Aber umgekehrt ist es genauso töricht, angesichts der Entwicklungen auf dem Dienstleistungssektor zu verschweigen, daß wir ein Einnahmenproblem bekommen, wenn wir es so weiterlaufen lassen. Alle unsere sozialen Sicherungssysteme werden nämlich auf absehbare Zeit so bleiben. Man kann zwar Ergänzungen vornehmen; man wird das sogar tun müssen. Aber sie sind an Vollerwerbsarbeitsverhältnisse gekoppelt. Für diese werden Beiträge in die Sozialkassen gezahlt, von denen wiederum Renten, Leistungen der Krankenkassen und andere Sozialleistungen finanziert werden.

- (B) Wenn wir, meine Damen und Herren, jetzt nicht politisch darauf reagieren und gestatten, daß sich der dynamischere Teil des Arbeitsmarktes völlig anders als unser bisheriges System entwickelt, dann ist doch völlig klar, daß die Sozialkassen riesige Schwierigkeiten bekommen und es dort zu Erosionen kommt. Das kann doch niemand wollen.

Ich vermute, das war auch der Hintergrund jener Botschaft, die gestern der Bundesfinanzminister und heute der Fraktionsvorsitzende der SPD an die Adresse der Union, mit der das diskutiert worden ist, gerichtet haben, daß nämlich bei einer Volkspartei, die nicht nur einen Teil der Bevölkerung vertritt und auch nicht nur auf einen Teil von Wählerschaft sieht, die Sensibilität für dieses Problem, das es objektiv gibt, natürlich größer ist als bei einer Klientelpartei. Das ist ja klar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben mich die Differenzen zwischen CDU und F.D.P. insoweit auch gar nicht verwundert, denn sie haben etwas mit unterschiedlichen Funktionen zu tun.

Wenn das aber so ist, meine Damen und Herren, daß wir aufpassen müssen, daß sich der dynamischere Teil des Arbeitsmarktes, der Wirtschaft nicht in Richtung auf die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme entwickelt – damit würde Solidarität in der Gesellschaft zu existieren aufhören –, dann müssen wir handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es stellt sich allenfalls die Frage nach dem Wie des Handelns. (C)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Ich komme ja dazu; machen Sie sich mal keine Gedanken. Mir ist schon klar, daß Sie über ernsthafte Fragen ungern diskutieren,

(Lachen und Widerspruch bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

aber glauben Sie nicht, daß Ihre Dölmerei draußen verfängt. Das werden Sie schon noch erleben.

Es geht also um die Frage nach dem Wie. Erstens geht es um die Frage, wie diejenigen zu behandeln sind, die als Selbständige erscheinen, obwohl sie nach allem, was man tatsächlich weiß, in Wirklichkeit Arbeitnehmer sind. Es geht also um die sogenannten **Scheinselbständigen**. Hier muß man Regelungen finden. Ich denke, daß das, was im Streit ist und überprüft werden muß, insbesondere der Zeitpunkt ist, in dem festgestellt wird, ob sie selbständig oder scheinselbständig sind und zu welchem Zeitpunkt die Folgen sowohl für den betroffenen Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber einsetzen.

Wird Scheinselbständigkeit festgestellt – das war früher übrigens schon genauso –, besteht die Pflicht des Arbeitnehmers zur Versicherung und die Pflicht des Arbeitgebers zur Beitragszahlung. Ich halte es nicht für gerechtfertigt, diese Pflicht auf einen früheren Zeitpunkt als den der Feststellung zu beziehen.

(Zuruf von der F.D.P.: Warum schreibt ihr es dann ins Gesetz?) (D)

Ich denke, das wird einer der Punkte sein, über den ernsthaft geredet werden muß.

(Zuruf von der CDU/CSU: Neuer Vorschlag!)

– Das ist überhaupt kein neuer Vorschlag. Es ist einfach ein Gebot der Fairneß, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

daß man jemanden mit den Konsequenzen eines Gesetzes erst dann belastet, wenn die entsprechenden Feststellungen verbindlich getroffen worden sind.

Der zweite Punkt betrifft ein schwieriges Problem, das Problem der Abgrenzung zwischen Sozialversicherungsrecht und Arbeitsrecht. Also hat die Feststellung, daß Scheinselbständigkeit statt Selbständigkeit vorliegt, auch eine Konsequenz in arbeitsrechtlicher Hinsicht. Hier muß man zu besseren Abgrenzungen kommen. Das betrifft sehr viele Menschen, die im Medienbereich arbeiten. Ich finde, angesichts der Tatsache, daß weit mehr als zehn Jahre in diesem Sektor nichts, aber auch gar nichts getan worden ist – es ist doch Ihr Versagen, mit dem wir es hier zu tun haben, meine Damen und Herren –,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

- (A) **Uta Titze-Stecher** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, daß zum Einzelplan 05 bisher keine Anträge vorliegen, kennzeichnet das große Einvernehmen, das im Haushaltsausschuß zumindest bei diesem Etat geherrscht hat.

Im Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes sind für das laufende Haushaltsjahr 1999 insgesamt 3,641 Milliarden DM etatisiert. Dies bedeutet gegenüber dem zweiten Regierungsentwurf der neuen Regierung eine Absenkung um rund 18 Millionen DM oder 0,5 Prozent. Dies war das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen im Haushaltsausschuß.

Das Volumen des Einzelplans 05 verteilt sich, grob gesagt, auf drei große Bereiche.

Der erste Bereich umfaßt die **Betriebskosten**, die sich auf das Ministerium selbst und die 223 Auslandsvertretungen des Bundes beziehen.

(Zuruf des Abg. Ulrich Irmer [F.D.P.] – Heiterkeit)

– Also, Herr Irmer. Am besten sind immer diejenigen Gags, die einem spontan einfallen. – Auf den Bereich Betriebskosten entfallen 42,6 Prozent des Gesamtetats des Auswärtigen Amtes. In Ziffern sind dies 1,549 Milliarden DM. Dem in bundeseigener Verwaltung geführten Auswärtigen Dienst sind insbesondere folgende Aufgaben zugewiesen: Vertretung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, Pflege und Förderung der auswärtigen Beziehungen, Information der Bundesregierung über die Verhältnisse und Entwicklungen im Ausland.

- (B) Herr Außenminister – ich drehe mich vom Mikro nicht weg; wenn ich das täte, dann würden mich die Abgeordneten, die Adressaten meiner Rede, nicht hören –: Ich bedanke mich bei Ihnen ausdrücklich dafür, daß das Auswärtige Amt die Lageberichte zum Kosovo, auf deren Grundlage bis zuletzt Abschiebeurteile von Gerichten gefällt worden sind, zurückgezogen hat. Es war höchste Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Auswärtige Dienst leistet Hilfe und Beistand für Deutsche im Ausland. Er arbeitet mit bei der Gestaltung der internationalen Rechtsbeziehungen, beispielsweise bei der Arbeit an der Reform der UNO. Er koordiniert im Rahmen der Politik der Bundesregierung alle die außenpolitischen Beziehungen betreffenden Vorhaben staatlicher und anderer öffentlicher Einrichtungen. Angesichts der Fülle der genannten Aufgaben denken wir, daß das dafür vorgesehene Finanzvolumen ausreichend ist.

Überproportionale Zuwächse bei den Betriebskosten sind auf den **Berlin-Umzug** zurückzuführen. Für die Neuausstattung des Dienstgebäudes in Berlin – Herr Minister, für diese Entscheidung können Sie nichts; wir Haushälter hätten es gern anders gehabt – stehen 48,7 Millionen DM zur Verfügung. Für dieses Jahr sind davon 35 Millionen DM etatisiert. Der Rest wird über Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt. Die Be-

triebskosten des Dienstes sind fast vollständig flexibilisiert. (C)

Die **Personalkosten** sind zwar ausreichend veranschlagt. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß es bei einer außergewöhnlichen Steigerung des Dollarkurses zu Risiken kommen kann, die aber nicht nur dieses Haus, sondern alle Häuser betreffen können, die im Ausland Personal haben.

Weil ich gerade beim Thema Personal bin: Ich bitte das Haus dringend, dafür Sorge zu tragen, daß für die verbleibenden 85 **Mitarbeiter des einfachen Dienstes**, für die eine Zusage besteht, am derzeitigen Dienstort zu verbleiben, Arbeitsplätze durch eine großzügige Ausstattung der in Bonn verbleibenden und unter Personalnot leidenden Arbeitseinheiten gefunden werden. Wir müssen uns im Haushaltsausschuß fraktionsübergreifend darüber verständigen, ob wir Stellen aus dem Personalüberhang mit dem kw-Vermerk „Wegfall mit Ausscheiden des Stelleninhabers“ versehen und auf die sicherlich auch für das Haushaltsjahr 2000 zu erbringende Einsparquote anrechnen. Die betroffenen Menschen können nichts für unsere parlamentarische Entscheidung wegzuziehen.

Der zweite große Bereich im auswärtigen Etat ist der **Kulturhaushalt**. Darüber hat Herr Naumann aus kompetenter Sicht gesprochen. Auch im auswärtigen Etat wird Kulturarbeit geleistet, die sich auswärtige Kulturpolitik, AKP, nennt. Die Substanzgarantie für die AKP konnte dadurch umgesetzt werden, daß der stetige Abwärtstrend, den die ehemalige Regierung zwischen 1995 und 1998 zu verantworten hatte, in einen klaren Aufwärtstrend umgekehrt wurde. Dies geschah übrigens auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers selbst. Die Zunahme der Mittel um 3,6 Millionen DM in 1999 setzt sich auch in der mittelfristigen Finanzplanung fort. (D)

Dieses Signal halte ich für sehr wichtig, weil der – ich zitiere – „Kulturdialog als neue Dimension einer Außenpolitik der Zukunft“ entwickelt werden muß, so Bundespräsident Roman Herzog anläßlich der ersten Konferenz „Deutsch-Russisches Kulturforum Potsdamer Begegnungen“ am 27. April dieses Jahres. Aber nicht nur für den Bundespräsidenten, für uns alle ist der Kulturdialog ein unerläßlicher Beitrag zur Bildung eines europäischen Selbstverständnisses sowie eine Brücke zwischen Deutschland und den Völkern der Welt, eine Brücke, die es angesichts der ethnischen Auseinandersetzungen im Kosovo, aber nicht nur dort, zu stabilisieren gilt, weil dies für das Überleben der Völker wesentlich ist.

Nach dem Ende des kalten Krieges und zu Beginn des neuen Jahrtausends wird das Muster der Bündnis- und Feindschaftsbildung unter den Nationen nicht oder immer weniger von Ideologien geprägt, sondern immer mehr durch Kulturen. Die bipolare Machtstruktur des kalten Krieges ist durch eine Mischung uni- und multipolarer Systeme abgelöst worden. Die Folge davon ist, daß Nationen ihre Identität zunehmend mehr auf der Grundlage der eigenen Herkunft, Religion, Sprache, Sitten und Wertvorstellungen definieren bzw. sich reorientieren.

Uta Titze-Stecher

- (A) Wenn man den Thesen von Samuel Huntington folgt – Stichwort „Kampf der Kulturen“ –, dann werden sich die Konfliktherde der Zukunft vor allem entlang der Bruchlinien der Kulturen und weniger auf Grund von Macht- und Wirtschaftsinteressen entwickeln. Unabhängig davon, ob man die dort beschriebenen Szenarien für das nächste Jahrhundert teilt, besteht für uns die Pflicht, Politik nach Maßgabe kultureller und zivilisatorischer Wertvorstellungen zu gestalten. Ich denke, dieser Pflicht sind wir bei der Aufstellung des Haushaltes des Auswärtigen Amtes vorbildlich nachgekommen. – Ich habe eigentlich erwartet, daß Sie jetzt zustimmen, auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Konkret haben wir im Kulturbereich den **Stipendientitel** erhöht. Dies war wegen sinkender Stipendienvergäbezahlen und entsprechender öffentlicher Reaktionen auf den Rückgang ausländischer Stipendiaten an deutschen Hochschulen, die Sie ja kennen, dringend erforderlich. Mein Dank gilt hier einvernehmlich allen Berichterstatern. Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, daß Stipendienvergabe, Austauschmaßnahmen, Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studenten und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland, Betreuung und Nachbetreuung durch die dafür vorgesehenen Organisationen, DAAD, Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Fulbright-Kommission – ich kann sie jetzt nicht alle aufzählen –, auf angemessenem Niveau durchgeführt werden können.

- (B) Mit Blick auf die Osterweiterung und die damit erforderlich werdenden Integrationsangebote von unserer Seite her haben wir ebenfalls einvernehmlich Mittel für die Bewilligung von Stipendien für polnische Studenten an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder und ebenso einen Zuschuß an den Bundesverband der deutsch-polnischen Gesellschaft bereitgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P. – Hans-Eberhard Urbaniak [SPD]: Sehr gut gemacht!)

– Ich bedanke mich, Herr Kollege Urbaniak. – Ich muß das immer wieder betonen, daß gerade im Kulturbereich zwischen den Berichterstatern größtes Einvernehmen herrschte.

Konkret möchte ich noch zwei Titel nennen, die zwar in den Bereich der politischen Aufgaben des Amtes fallen, aber doch im Zusammenhang mit den europäischen Integrationsmaßnahmen zu sehen sind: Da ist einmal die Förderung des europäischen Gedankens, der sich in einem erhöhten Zuschuß an die Europäische Akademie in Berlin ausdrückt, dann die Errichtung eines Haushaltsansatzes für das „Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz“. Ich denke, auch das ist eine Anerkennung durch das Haus wert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Dr. Christoph Zöpel [SPD]: Da bin ich geboren!)

Ich gebe zu, diese Aufstockungen nehmen sich bescheiden aus, aber angesichts der Haushaltszwänge und

- Sparvorgaben zeigt sich gerade bei solchen Vorhaben, daß der durch die neue Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf mehr als ein paar korrigierende Duftmarken setzt. Er konkretisiert eigentlich bereits vollzogene politische Weichenstellungen, so die europäische Integrationsidee. Sie ist ein gesamteuropäisches Anliegen; das spiegelt sich auch im Haushalt wider. Insofern geht es heute nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um die Gestaltung des Wie und Wann der **Osterweiterung**, wie Sie, Herr Bundesaußenminister, in Ihrer historischen und wegweisenden Rede vor dem Parlament in Straßburg am 12. Januar dieses Jahres im Zusammenhang mit der Osterweiterung und der Forderung nach mehr Demokratie formuliert haben. So hieß es in einem „Zeit“-Artikel; dieses Lob kann ich vollständig mittragen und gebe es weiter. (C)

Es ist mir der Kürze der Zeit wegen nicht möglich, ausführlich auf die Programmarbeit sowie die Bereiche Förderung des Schulwesens im Ausland und internationalen Zusammenarbeit im Schulbereich, kurz Schulfonds genannt, einzugehen. Ich kann mir aber nicht verkneifen, folgendes zu sagen. Ich bitte Sie, Herr Fischer, spitzen Sie die Ohren, denn hier geht es um viel Geld. Im Rahmen der „Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes 1998“ hat der **Bundesrechnungshof** detailliert Stellung zu dem Schwerpunktthema Verwaltung und Nutzung von Liegenschaften durch den Bund genommen.

(Bundesminister Joseph Fischer: Das war aber vor meiner Zeit!)

- Auch wenn es vor Ihrer Zeit war, ist das Auswärtige Amt besonders davon betroffen, weil Sie auch jetzt noch sehr viele Liegenschaften im Ausland haben. (D)

Speziell zu den deutschen Schulen im Ausland hat der Rechnungsprüfungsausschuß – und das ist das Parlament – nachdrücklich die Empfehlungen des BRH zum Aufbau eines Liegenschaftsmanagements zur Verwertung und Nutzung der Liegenschaften unterstützt, und zwar sollen zur Kostenentlastung des Bundes und zur Gleichbehandlung der deutschen Schulen im Ausland Schulträgern in geeigneten Fällen bundeseigene Grundstücke zum Erwerb angeboten werden. Es hat sich herausgestellt, daß die Schulen, die auf eigenen Grundstücken erbaut werden, wesentlich besser gepflegt und erhalten werden und den Bund weniger kosten. Das ist normale Erfahrung, und diese sollten wir uns zunutze machen.

Bitte verwerten Sie unverzüglich die nicht benötigten Liegenschaften; der Haushaltsausschuß wird es Ihnen danken.

Abschließend möchte ich im Zusammenhang mit der Auslandskulturarbeit dafür plädieren, daß die Flexibilisierungsmaßnahmen im Bereich der Personalwirtschaft auf Zuwendungsempfänger ausgedehnt werden, beispielsweise auf das weltweit agierende Goethe-Institut. Dies würde zum langen Atem, den die Kulturarbeit braucht, beitragen.

Der dritte große Ausgabenbereich mit knapp 25 Prozent oder rund 891 Millionen DM Anteil am Gesamtetat

Ute Titze-Stecher

- (A) ist der **allgemeine Bewilligungsteil**, also derjenige Teil, in dem die politischen Ausgaben veranschlagt sind. Hier haben wir die stärksten Schwankungen zu verzeichnen, im Haushalt 1999 einen Zuwachs von 6 Prozent.

Der Zuwachs entsteht vor allem durch die Kosten für Konferenzen im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft. Wir haben da knapp 6 Millionen DM mehr etatisiert. Wir haben den deutsch-tschechischen Zukunftsfonds von 20 Millionen DM auf 40 Millionen DM einvernehmlich verdoppelt – der Dank geht an alle.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auf Grund der Zusage des Altbundeskanzlers Kohl gegenüber der Witwe von Yzak Rabin einen neuen Titel mit einem Ansatz von 2,5 Millionen DM für den Aufbau des Yzak-Rabin-Centers for Israel Studies in Jerusalem etatisiert.

(Beifall im ganzen Hause)

Auch das halten wir für extrem wichtig, weil die Fund-Raising-Bemühungen sowohl in England als auch in Frankreich nach Aussagen von Frau Rabin von der deutschen Haltung in diesem Punkt abhängig gemacht werden. Hier sind wir gegenüber dem Altbundeskanzler, dem Staat Israel und der Witwe Rabin im Wort. Wir stehen auch inhaltlich hinter diesem Projekt, das sich mit Fragen des Nahost-Friedensprozesses beschäftigt wird.

Ich gehe bewußt jetzt nicht auf das ein, was ich mir dazu noch notiert habe. Auch im Einzelplan 23, auf den die Kollegen später eingehen werden, wird sicher ausdrücklich auf die durch die neue Bundesregierung erhöhten Mittelansätze für die deutsch-palästinensische Entwicklungszusammenarbeit hingewiesen werden.

- (B)

Im Bereich der allgemeinen Bewilligungen für politische Ausgaben haben wir – ebenfalls einvernehmlich – durch Umschichtungen die Mittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe erhöht, wenn auch nur um 1 Million DM – ein Zeichen.

Die aktuelle Entwicklung des **Kosovo-Konflikts** hat alle Ansätze in den dafür zuständigen Einzelplänen 05, 06, 14 und 23 über den Haufen geworfen, so daß wir uns gezwungen sahen – Herr Kollege Frankenhauser hat es bereits erklärt –, angesichts der offensichtlichen Kosten für die Folgen des humanitären Einsatzes einen eigenen Haushaltstitel mit 300 Millionen DM Sonderleistungen des Bundes für humanitäre Hilfe zu schaffen. Wir haben auch das einvernehmlich geschafft, und wir denken, daß diese Entscheidung wieder einmal deutlich macht, daß im Vordergrund eines militärischen Einsatzes mit dem Ziel der Verhinderung der humanitären Katastrophe die konkrete Hilfe für die betroffenen Flüchtlinge stehen muß.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das gewährleisten wir natürlich mit diesem Haushaltsansatz.

Der Antrag der Bundesregierung „Deutsche Beteiligung an der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit

dem Kosovo-Konflikt“, über den hoffentlich am kommenden Freitag, also übermorgen, vom Parlament entschieden werden wird, ist eine aktuelle Reaktion auf die Hilferufe der humanitären Hilfsorganisationen, die sich den Anforderungen der täglich um Tausende von Menschen anwachsenden Flüchtlingsströme nicht mehr gewachsen sehen und daher die unmittelbare Beteiligung und Unterstützung aller notwendigen Hilfsmaßnahmen durch die NATO anfordern. Neben den NATO-Verbündeten haben bisher auch acht Partnerationen Beteiligung zugesagt.

Dieser umfassende Beitrag der NATO soll sowohl den Flüchtlingen mit den gebotenen Maßnahmen helfen als auch – ich denke, auch das wissen Sie, zumindest die Kollegen der Facharbeitsgruppen, richtig einzuschätzen – zur Stabilisierung der überforderten Nachbarstaaten Mazedonien und Albanien beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen neuen Ausschuß für Menschenrechte, der sich all dieser Fragen annimmt, die unter der Überschrift der humanitären Hilfsmaßnahmen gestreift werden. Was die Höhe der notwendigen Kosten für die Betreuung der Flüchtlinge betrifft, war dieser Ausschuß der erste, der sich bei uns gemeldet hat. Diese Tatsache möchte ich ausdrücklich zu Protokoll geben.

Die zusätzlichen Kosten des Einsatzes von bis zu 1 000 weiteren Soldaten des Heeres, der Luftwaffe, der Marine und der zentralen Sanitätsdienststellen für humanitäre Hilfsleistungen werden für 12 Monate auf 330 Millionen DM beziffert. Ich denke, daß sowohl der Außenminister als auch der Verteidigungsminister auf diesen Antrag dezidiert eingehen werden. Ich erspare mir deswegen weitere Details. Ich denke, daß mit den vorgesehenen 330 Millionen DM im Einzelplan 60 die erforderlichen Mittel zumindest für dieses Jahr vorhanden sind. Wir halten dies für haushaltsrechtlich korrekt.

Wir haben einvernehmlich – Dank an alle Kollegen – die Leistungen an **Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich** – wie zum Beispiel an das IRK, UNICEF, UNHCR und UNRWA – aufgestockt. Dabei wissen wir alle, daß die deutschen Beiträge im internationalen Vergleich beschämend gering sind.

Besonders hervorheben möchte ich, daß auf Antrag der Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ der Regierungsfractionen die Mittel für das „Büro der Menschenrechtshochkommissarin“ und für den „VN-Fonds für Folteropfer“ aufgestockt worden sind. Wir haben die Förderung der Menschenrechte durch das Auswärtige Amt ebenfalls erhöht. Damit werden die Feldmissionen der Hochkommissarin für Menschenrechte und die Maßnahmen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit auf dem Feld der Konfliktprävention und Konfliktregelung unterstützt. Außerdem haben wir einen Posten für Vorbereitungsmaßnahmen des zivilen Friedensdienstes eingestellt. Mit 200 000 DM unterstützen wir die Gründung eines Forschungszentrums für OSZE-Studien beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Dr. Werner Hoyer

- (A) Unsere Beratungen waren fair und sachbezogen. Dafür insbesondere der Hauptberichterstatterin und den anderen Kolleginnen und Kollegen herzlichen **Dank**. Mein Dank gilt dem Hause, das mit großem Engagement mitgearbeitet hat. An dieser Stelle gilt mein Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes einschließlich aller Auslandsvertretungen insgesamt für ihre geleistete großartige Arbeit.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neun Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst sieht sich dieser Dienst außergewöhnlichen Herausforderungen und Belastungen gegenüber. Er muß diese Belastungen unter immer größeren Sparzwängen bewältigen, während ihm auf der anderen Seite immer mehr Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger abverlangt werden. Deswegen ist im Auswärtigen Dienst, der mittlerweile vom Personalumfang her wieder den Umfang von vor der Wende hat und gleichzeitig insbesondere in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas und in Zentralasien zahlreiche neue Auslandsvertretungen betreibt, bei den Einsparungen das Ende der Fahnenstange erreicht.

In den letzten Jahren ist die deutliche Leistungssteigerung der Wirtschaftsabteilungen unserer Auslandsvertretungen zu Recht gewürdigt worden. Auch bei der auswärtigen Kulturpolitik hat es viel frischen Wind gegeben, trotz mancher schmerzlicher Entscheidungen. Aber bei alledem bleibt ein Bereich der deutschen Auslandsvertretungen immer weiter zurück, obwohl hier der größte Arbeitsdruck herrscht: die **Rechts- und Konsularabteilungen** der Botschaften und Generalkonsulate. Dieser Bereich mag nicht so spektakulär sein, und er mag auch ein nicht so schönes politisches Profil bieten; aber er ist enorm wichtig und total überlastet. Ein Blick in die Auslandsvertretungen, insbesondere in dem Gebiet der früheren Sowjetunion und praktisch im gesamten Mittel- und Osteuropa, zeigt, wie kritisch die Verhältnisse geworden sind. Es ist deshalb höchste Zeit, den Bereich der Rechts- und Konsularabteilungen der Auslandsvertretungen von den Rasenmäher-Stellenkürzungen auszunehmen.

Ich weiß, wie schwer dies ist. Wir haben es in den letzten Jahren oft genug versucht und sind am Finanzminister gescheitert. Aber noch weitere Kürzungen verträgt dieser Bereich nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die F.D.P.-Fraktion stellt deshalb auch in der Plenardebatte erneut den Antrag, bei den Stellenkürzungen im Haushaltsgesetz die ausdrückliche Herausnahme der Rechts- und Konsularabteilungen der Auslandsvertretungen vorzusehen.

(Dr. Karl-Heinz Hornhues [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Diese Abteilungen sind auch vorgeschobene Posten der inneren Sicherheit und sollten deshalb den anderen

- öffentlichen Diensten, wie Polizei, Justiz und Zoll, die sich um innere Sicherheit bemühen, nicht nachstehen. (C)

Ich merke an dieser Stelle ausdrücklich an, daß der Antrag, den wir hier erneut vorlegen, neben dem Auswärtigen Dienst auch für den gesamten Bereich des BKA und BGS – und dort nicht nur für die Polizeivollzugsbeamten –, für das deutsche Patent- und Markenamt sowie für den Zoll und die Justiz gilt. Ich sage das deshalb, weil ich als Berichterstatter für diese Ressorts nicht noch einmal ausdrücklich das Wort ergreifen kann.

Ich bedaure, daß die Koalition unserem Antrag im Haushaltsausschuß aus taktischen Gründen nicht zustimmen konnte. Aber ich habe sehr wohl die Signale aufgenommen, daß man für den Haushalt des Jahres 2000 in dieser Frage eine Öffnung ins Auge faßt. Wir werden darauf zurückkommen.

Die F.D.P. bekennt sich zu dem **Gesetz über den Auswärtigen Dienst**. Das Gesetz war ein großes Anliegen Ihres Vorgängers Hans-Dietrich Genscher, und es war ein Quantensprung in der Entwicklung der deutschen Diplomatie und der materiellen Grundlagen des Dienstes. Natürlich wissen wir alle, daß noch viele ambitionöse Vorhaben aus diesem Gesetzeswerk der Realisierung bedürfen, und wir wissen auch, wie schwer dies angesichts knapper Kassen ist. Wir sind von der Opposition früher oft genug dafür kritisiert worden. Nun kann die frühere Opposition selber gestalten. Sie wird dabei in der F.D.P. einen gesprächsbereiten Partner finden, auch wenn es zum Beispiel darum geht, dem Thema Personalreserve zu Leibe zu rücken.

(Ulrich Irmer [F.D.P.]: Sehr gut!)

(D)

Der Begriff ist sicherlich unglücklich, aber was sich dahinter verbirgt, ist die dringende Notwendigkeit, diplomatische Vertreter Deutschlands im Ausland endlich angemessen auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

Herr Minister, ich appelliere an Sie, gemeinsam mit dem Parlament hier den Einstieg beim Haushalt 2000 zu finden. Einen Weg müssen wir auch finden, um die Strukturprobleme des Dienstes insbesondere bei der Übernahme von Anwärtern und bei der langen Wartezeit auf die Übernahme als Beamte auf Lebenszeit zu bewältigen. Was diese Fragen angeht, hängt der Auswärtige Dienst hinter allen anderen Ressorts der Bundesregierung zurück.

(Uta Titze-Stecher [SPD]: Das ist bekannt!)

– Das ist bekannt, und das ist auch keine Frage von Schuldzuweisung. Aber wenn wir uns hier entschließen könnten, auch unter uns Haushaltern, diesem Problem beim nächsten Mal tatsächlich zu Leibe zu rücken, dann wäre schon sehr viel gewonnen. Es ist gut, wenn so etwas einmal protokollfest wird.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die deutsche Außenpolitik wird gegenwärtig natürlich völlig von dem Thema **Kosovo** überlagert. Aber so sehr uns die Bewältigung der akuten Situation beschäftigt und aufrüttelt und so sehr sie Kräfte bündelt, so wichtig ist es doch auf der anderen Seite, über den Tag

Dr. Werner Hoyer

- (A) hinaus zu denken und die Frage zu stellen, wie deutsche Außenpolitik jenseits vom Kosovo aussehen wird.

Denn es gilt auch, Lehren zu ziehen, insbesondere in einer Zeit, in der die internationalen Organisationen weiterentwickelt werden und diese Weiterentwicklung an uns teilweise vorbeigeht, wir uns zumindest angesichts unseres Zeitdrucks diesem Thema nicht hinreichend zuwenden können. Bei aller Emotionalisierung auf Grund der Kosovo-Krise muß die Entscheidung über Krieg und Frieden, über den Einsatz unserer Soldaten, ebenso wie die Entscheidung über die deutsche Einbettung in internationale Sicherheitssysteme mit kühlem Kopf und analytischem Verstand getroffen werden. Noch so berechtigte Empörung, noch so verständliche Wut sind niemals ein guter Ratgeber und erst recht keine Legitimation, die Achtung vor dem Völkerrecht zu relativieren bzw. Dilemmata zum Beispiel zwischen Völkerrecht einerseits und ethisch begründeter Handlungsnotwendigkeit andererseits, in denen man sich hin und wieder befinden kann, einer vermeintlich einfachen Auflösung zuzuführen.

Der **Vertrag von Amsterdam** gibt einige Hinweise, indem er die institutionellen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik schafft. Es gilt, diese mit Leben zu erfüllen, damit Europa nicht noch einmal ein so jammervolles Bild abgibt, wie dies im Kosovo-Krieg der Fall ist. Wo waren denn Gesicht und Stimme Europas, als hier die wichtigsten Entscheidungen getroffen wurden? Nach dem Vertrag von Amsterdam wird sich keiner mehr herausreden können, daß es die institutionellen Voraussetzungen nicht gebe. Es gibt sie. Es stellt sich nur die Frage nach dem politischen Willen und der Entschlossenheit der europäischen Akteure, sie zu nutzen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die wichtigste Weichenstellung, die wir in der nächsten Zeit werden vornehmen müssen, betrifft das Verhältnis der internationalen Organisationen zueinander. Wenn wir eines aus der Katastrophe auf dem Balkan gelernt haben sollten, dann ist dies die Erkenntnis, daß wir auf der einen Seite hinsichtlich der Systeme kooperativer Sicherheit und auf der anderen Seite hinsichtlich der Systeme kollektiver Verteidigung Ordnung in unser Denken bringen müssen. Die NATO ist eben keine Ersatz-UNO und würde sich völlig überheben, wollte sie sich in diese Richtung entwickeln.

UNO und **OSZE** sind Systeme kooperativer Sicherheit, die konfliktverhindernd, konfliktentschärfend und konfliktbeendend nach innen wirken sollen. **NATO** und **WEU** sind zunächst einmal Systeme kollektiver Verteidigung, die ihre allererste Aufgabe darin zu sehen haben, der Bedrohung eines oder mehrerer Bündnispartner von außen entgegenzuwirken.

Die NATO hat, um dieses Ziel erreichen zu können, eine Integrationstiefe erreicht wie kein anderes Verteidigungsbündnis in der Geschichte zuvor. Das schafft auch Abhängigkeiten. Das Recht der nationalen Parlamente, über die Beteiligung der eigenen Soldaten an militäri-

schen Auseinandersetzungen in jedem einzelnen Fall selbst zu entscheiden, darf hierdurch nicht ausgehöhlt werden. Denn die NATO hat ihre einmalige Integrationsstiefe nur dadurch erreichen können, daß sie zuallererst als ein System kollektiver Verteidigung verstanden worden ist. (C)

Dies muß auch bei der Realisierung des neuen strategischen Konzeptes der NATO so bleiben. Wir sollten vorsichtig sein, einmal so eben von der „neuen NATO“ zu sprechen.

(Bundesminister Joseph Fischer: Das würde ich nicht tun!)

– Sie sprechen vielleicht nicht davon. Aber manch anderer spricht und schreibt ganz fröhlich darüber.

(Bundesminister Joseph Fischer: Ein Kollateralschaden!)

– Das wäre in der Tat ein Kollateralschaden; denn dann müßten wir über den Vertrag sprechen, und zwar hier, und wir müßten über seine in der Substanz veränderte Gestalt abstimmen.

(Bundesminister Joseph Fischer: Das können Sie vergessen!)

Die dann zu erwartende Debatte beinhaltet Risiken – deswegen will ich sie nicht –, die zum Gegenteil dessen führen könnten, was wir brauchen. Wir brauchen eine leistungsfähige, tief integrierte und auf Grund ihres politischen Zusammenhalts starke Nordatlantische Allianz. Alles, was sie schwächen könnte, sollte vermieden werden. (D)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, daß wir hier in Deutschland einen breiten Konsens darüber haben, daß die Mitgliedstaaten der Allianz ihre Entscheidungen in den Rahmen des Völkerrechts und unter das Mandat der Völkergemeinschaft stellen. Vielleicht resultiert aus dem Kosovo-Krieg eine gewisse katalytische Wirkung, an deren Ende der Multilateralismus wieder eine Chance bekommt.

Das setzt dann allerdings voraus, daß wir uns der Reform von OSZE und UNO beherzt zuwenden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Viele wollten das in den letzten Jahren nicht, weil sie die UNO unter- und die NATO überschätzt haben. Beiden Organisationen, die wir auch in Zukunft vor allem in ihrer originären Funktion brauchen werden, wird man damit nicht gerecht. Natürlich wird es möglicherweise wieder Dilemmasituationen geben. Was tun, wenn die moralische Verantwortung zum Handeln zwingt, aber der Legitimator nicht handlungsfähig ist?

(Uta Titze-Stecher [SPD]: Genau das ist es!)

Denn dann ist leicht die Büchse der Pandora geöffnet. Deshalb muß deutlich bleiben, daß die Berufung auf die ethische Notsituation das **Völkerrecht** nicht zur Dispo-

Rita Griebhaber

- (A) als Männerfreundschaften und Wirtschaftskredite. Sie muß substantiell den schwierigen Demokratisierungsprozeß unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das Ende der Blockkonfrontation zeigt, daß es bei immer mehr Konflikten nicht um zwischenstaatliche, sondern um innerstaatliche Auseinandersetzungen geht. Gerade deshalb brauchen wir eine **Reform der Vereinten Nationen**. Wir brauchen einen Sicherheitsrat, der seiner weltpolitischen Verantwortung gerecht wird, und wir brauchen ein Völkerrecht, in dem die Durchsetzung der Menschenrechte und die Wahrung staatlicher Souveränität zu einem neuen Gleichgewicht finden, Herr Hoyer. Mit Kofi Annans Worten:

Regierungen dürfen sich nicht mehr hinter Staatsgrenzen verstecken können, wenn sie Menschenrechte verletzen.

Wie schwer es der **Europäischen Union** immer noch fällt, zu einer **gemeinsamen Außenpolitik** zu finden, hat einmal mehr die Diskussion in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf gezeigt. So ist es im Rahmen der EU-Präsidentschaft nicht gelungen, eine Resolution zu **China** einzubringen. Um so wichtiger waren die klaren Worte von Außenminister Fischer in Genf. Zehn Jahre nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung muß die chinesische Führung wissen, daß die Massaker von damals nicht vergessen sind und daß die Menschenrechtsverletzungen von heute nicht gebilligt werden.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Notwendigkeit eines starken europäischen Engagements wurde in diesem Hause schon viel beschworen. Ich begrüße sehr, daß die Kollegen Schäuble und Lamers in ihrem gestern in der „FAZ“ veröffentlichten Papier betonen, daß auch sie die vom Außenminister in Straßburg angestoßene **Verfassungsdebatte** wollen.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Sehr gut! Neue Töne!)

Wenn es hier Gemeinsamkeiten geben soll, setzt dies allerdings voraus, daß Sie Ihre innerparteilichen Diskussionen über den europapolitischen Kurs entscheiden. Für uns bedeutet **Europa**: demokratische Strukturen, eine rechtsstaatliche Verfassung und transparente Institutionen. Diese Verdeutlichung, daß Europa gelebte und lebendige Demokratie sein soll, daß der Wille, sich gemeinsam demokratische Strukturen und Institutionen zu schaffen, Europa ausmacht, kommt mir in Ihrem Papier zu kurz. Denn ein Verfassungsvertrag Europas darf nicht nur eine einfache technokratische Gebrauchsanweisung sein. Die Debatte um die Verfassung selbst ist eine Chance, die Legitimität der EU zu festigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß zu dem Thema zurückkommen, das uns zur Zeit

am meisten beschäftigt. Ein Ende des **Krieges im Kosovo** wird es nur geben, wenn wir allen involvierten Ländern Perspektiven in einer **gesamteuropäischen Friedensordnung** bieten. Dafür brauchen wir ein langfristig angelegtes Konzept, mit dem wir den Weg Südosteuropas nach Europa unterstützen, das heißt einen Stabilitätspakt für die Region.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er muß auf den verschiedenen Ebenen Signale für die Heranführung der Region an die EU aussenden.

Der 50. Geburtstag des Europarates, den wir heute begehen, und andere Jubiläen in diesem Jahr führen uns vor Augen, wie wichtig multilaterale Einrichtungen von der UNO und der NATO bis zur OSZE waren und sind. Auch Südosteuropa braucht mehr multinationale Netze.

Sehr beeindruckt hat mich in diesem Zusammenhang die Rede der bulgarischen Außenministerin Michailowa im Auswärtigen Ausschuß. Es ermutigt, zu hören, in welchem Umfang die Prinzipien der EU in **Bulgarien** angekommen sind. Die Bemühungen um einen fairen Ausgleich mit den nationalen Minderheiten und die Anstrengungen über die Landesgrenzen hinweg zu einer guten Kooperation mit allen Nachbarn – beispielhaft dafür steht der bulgarisch-mazedonische Vertrag – sind wichtige Silberstreifen am südosteuropäischen Horizont. Das Gegenteil – das ethnisch-nationalistische Machtprinzip in Belgrad, das die ganze Region destabilisiert und noch in Angst und Unruhe versetzt – darf in Europa keine Zukunft haben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Fred Gebhardt.

Fred Gebhardt (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“, so heißt es in der bündnisgrünen-sozialdemokratischen Koalitionsvereinbarung. Wie weit dieser Satz von der Realität entfernt ist, erfahren wir seit nunmehr sechs Wochen. Heute ist der Tag 43 des **Krieges gegen Jugoslawien**, und ein Ende ist nicht in Sicht. Ist das eine neue deutsche Friedenspolitik?

Dabei hätte die neue Regierung durchaus die Möglichkeit gehabt, die Ernsthaftigkeit der Koalitionsvereinbarung unter Beweis zu stellen. Sie hätte deutliche Zeichen setzen können, wie sie ihre **Friedenspolitik** entwickeln möchte. Das ist nicht geschehen. Statt einen Beitrag zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen zu leisten und die Zusage der alten Bundesregierung zur Beteiligung der Bundeswehr an einem NATO-Einsatz in Jugoslawien zumindest einer Überprüfung zu unterziehen, hat sie den Marschbefehl unterzeichnet. Statt ein deutliches Signal in Richtung Abrüstung zu setzen, zumindest jedoch weiterer Aufrüstung eine Ab-

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) ben wir zehn Jahre Appeasement-Politik gemacht – es gab ein Nichteingreifen, das die UN in eine substantielle Krise führte. Ich erinnere an die Bilder von an Laternenpfähle angebundene, vergeißelten Blauhelmen, die alle, die ein Interesse an starken Vereinten Nationen haben, im Mark erschüttert haben müssen, weil sie diese Institution im Kern geschwächt haben.

Ich darf doch daran erinnern, daß die „sicheren Häfen“, die auf Beschluß des Sicherheitsrates eingerichtet wurden, dazu geführt haben, daß wir bis heute nicht genau wissen, was aus den 6 000 bis 7 000 Männern geworden ist. Wir gehen davon aus, daß sie in Massengräbern liegen, obwohl sie sich eigentlich in die Obhut der Vereinten Nationen in Srebrenica begeben haben.

Wir haben doch die Erfahrung gemacht, daß alles versucht wurde, damit es nicht zur militärischen Intervention kommt, daß Peace keeping Vorrang hatte. Das hatte zur Konsequenz, daß dies 200 000 Menschen in Bosnien mit dem Leben bezahlen mußten, daß es Massenvergewaltigungen von Frauen und Konzentrationslager gegeben hat. Es gab doch eine barbarische **Vertreibungspolitik** und in Bosnien sogar eine **Vernichtungspolitik** gegenüber den Muslimen. Das kann man doch nicht ignorieren.

Dies alles ging von einer bestimmten Politik aus. Das möchte ich Ihnen, lieber Fred Gebhardt, und auch allen anderen sagen. Die „Frankfurter Rundschau“ ist über jeden Verdacht, daß sie eine Postille von Kriegstreibern sei, erhaben. Ich kann nur empfehlen, ihre Dokumentationsseite vom 28. April 1999 zu lesen. Dort wurde die Denkschrift des jugoslawischen Historikers Vaso Curbilovic von 1937 in einer nur wenig gekürzten Form – Wiederholungen wurden herausgenommen – über die Vertreibung der Albaner veröffentlicht. Man könnte meinen, das wäre das Programm des Jahres 1999. Es ist aber 1937 geschrieben worden. Dies war auch die Grundlage der Erklärung der serbischen Akademie der Wissenschaften von 1986. Auf dieser Grundlage fußt die Politik, die wir heute sehen. Daher verstehe ich nicht, daß man nicht begreift, daß es sich hierbei um eine völkische Politik handelt, die sich auf die Überhöhung der eigenen Nation gründet, die einen Kampf um Lebensraum gegenüber einem anderen Volk programmatisch thematisiert und dann mit den brutalsten Mitteln – zu denen man sich schon damals bekannt hat – umzusetzen versucht. Dies ist seit 1991/92 im ehemaligen Jugoslawien der Fall. Nur das hat die Völkergemeinschaft zum Eingreifen gezwungen und zwingt sie weiterhin zum Eingreifen; ansonsten würden wir dieses Europa nicht wiedererkennen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich kann Ihnen diesen Artikel nur zur Lektüre empfehlen. Es wird Ihnen dann wie Schuppen von den Augen fallen. Man wird dies allerdings nicht verstehen, wenn man – das ist natürlich eine völlig andere Diskussion – an alten Feindbildern aus dem Kalten Krieg festhält – man hat zu der Zeit ja auch auf unterschiedlicher Seite gestanden – und meint, die Fortsetzung des Kalten

Krieges gegen die NATO unter heutigen Bedingungen führen zu können. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie werden merken, daß Sie sich da täuschen. Es geht im Kosovo nicht nur um Menschenrechte. Es geht nicht nur um das Schicksal von mittlerweile über 1 Million Menschen. Es geht nicht nur um das furchtbare Schicksal der Ermordeten und der Vertriebenen. Es geht auch darum, ob in dieser Region das **Europa der Integration** die Zukunft bestimmen wird oder ob man zum Europa der Vergangenheit zurückkehrt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn man mit den Anrainerstaaten spricht, stellt man fest, daß alle drei Dinge wollen: Sie wollen **Demokratie**, sie wollen einen ähnlichen **Wohlstand** wie wir ihn haben – den wollen sie durch den Beitritt zur EU gewährleisten –, und sie wollen **Sicherheit**; die wollen sie durch den Beitritt zur NATO gewährleisten. Das ist der Kern dessen, worum es geht. Unter NATO verstehen diese Länder nicht, daß sie – ich komme nachher noch einmal darauf zu sprechen – an einem neuen imperialistischen Großunternehmen zur Beherrschung der Welt teilhaben sollen. Nein, sie wollen Sicherheit in ihren Grenzen, sie wollen Sicherheit voneinander und für sich. Das ist es, was sie mit der NATO verbinden. Sie wollen wirtschaftliche Entwicklung und einen ähnlichen Wohlstand, eine Teilhabe an Lebenschancen, wie wir sie haben, durch den Beitritt zur Europäischen Union gewährleisten. Ich sage ganz bewußt: Auf der Grundlage von Demokratie gehört für uns das serbische Volk mit seinen legitimen Interessen selbstverständlich mit dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die große Tragödie – das kann man doch auch und gerade aus der deutschen Geschichte lernen – ist es doch, daß immer dann, wenn sich der Name eines Volkes zum nationalistischen Programm überhöht und dann noch mit dem Zusatz „groß“ versehen wird, solche Dinge passieren wie jetzt in Jugoslawien. „Großdeutschland“ hieß es bei uns: Was hat das in unserem Land an Furchtbarem angerichtet! Wenn ich „Großserbien“ oder irgendein anderes nationalistisches Adjektiv in Verbindung mit dem Namen eines Staates höre, dann weiß ich immer schon: Es läuft auf die Selbstzerstörung eines Volkes hinaus. Jeder dieser **Nationalismen auf dem Balkan** hat ja ein solches Programm, das Veränderungen auf den Landkarten mit sich bringt, die auf Vertreibungen, auf Mord und auf Totschlag hinauslaufen. Ich kann davor nur warnen. Insofern müssen gerade die Länder dieser Region an das Europa der Integration herangeführt werden. Das ist die Aufgabe unseres **Stabilitätspaktes**.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wünschen Sie, daß ich die Fragen, die heute morgen vom Kollegen Glos gestellt worden sind, heute beantworte, oder soll ich sie in der Freitagsdebatte beantworten? In den Ausschüssen haben wir sie schon beantwortet?

Uta Zapf

- (A) die Ratspräsidentschaft genutzt, um einen tragfähigen Kompromiß zu erreichen.

(Beifall der Abg. Uta Titze-Stecher [SPD])

– Da kann man ruhig einmal klatschen; das finde ich auch. –

(Beifall bei der SPD – Dr. Werner Hoyer [F.D.P.]: Sie müssen ausdrücklich dazu auffordern!)

Die Reformen müssen aber weitergetrieben werden, damit die Erweiterung der EU auch tatsächlich gelingt.

Es ist auch ein Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft, daß die Krise um die EU-Kommission erfolgreich beigelegt und die Vertrauensverluste in Europa minimiert werden konnten.

Die ökonomischen und politischen Verflechtungen und Interdependenzen sowie die gemeinsamen Kriterien im Bereich Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Strukturen sind Voraussetzungen einer tragfähigen Sicherheit im europäischen Raum. Die Erweiterung der EU um die bisherigen Beitrittskandidaten wird die europäische Sicherheit deshalb stärken. Die Kosovo-Krise hat das Bewußtsein dafür geschärft, daß die Einbindung der südosteuropäischen Staaten in die euro-atlantischen Strukturen in unserem außen-, stabilitäts- und sicherheitspolitischen Interesse liegt und einen wichtigen Ansatz zur Prävention und nachhaltigen Konfliktregelung in diesem Raum darstellt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir begrüßen und unterstützen deshalb ausdrücklich den von der Bundesregierung vorgelegten Plan zu einem **Stabilitätspakt** auf dem Balkan, der den südosteuropäischen Ländern langfristig eine EU-Beitrittsperspektive gibt.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Ansatz ist notwendig, um den betreffenden Ländern einen Anreiz zu geben, die Demokratisierung voranzutreiben und einer Politik entgegenzutreten, deren traurige Folgen wir im Kosovo-Konflikt sehen.

Es gibt in Europa ein bislang ungelöstes, schwieriges Problem, über das wir im Moment nicht reden, das aber auch außen- und sicherheitspolitische Aspekte und ebenso hohe Relevanz hat, nämlich die Frage des EU-Beitritts der **Türkei**. Das unglückliche Ergebnis des Luxemburger Gipfels hat das Verhältnis zur Türkei beschädigt, mehr noch in der Folge die Vorgänge um die Verhaftung Öcalans. Wir können kein Interesse daran haben, daß sich die Türkei von Europa abwendet. Der NATO-Partner Türkei muß eine Beitrittsperspektive haben. Die Türkei muß aber ebenso wie andere Beitrittskandidaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Hier liegt ein Schlüssel zur Lösung des Kurden-Problems.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen, daß die Bundesregierung neue Akteure im Verhältnis zur Türkei gesetzt hat bzw. setzen will. Ich zitiere Gerhard Schröder, der am Anfang seiner Regierungszeit gesagt hat, daß er sich „mit großem

Nachdruck für die weitere Heranführung der Türkei an die Europäische Union“ einsetzen werde. Ich halte dies für einen wichtigen Aspekt, so schwierig auch die Diskussion bei uns ist. Unter sicherheitspolitischen, aber auch unter innenpolitischen Gesichtspunkten müssen wir diese Diskussion führen, und zwar möglichst bald.

(V o r s i t z : Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Kolleginnen und Kollegen, EU und NATO waren für Westeuropa immer der Garant für Stabilität und Frieden. Die Erweiterung von EU und NATO um mittelosteuropäische und südosteuropäische Länder bleibt dem Ziel verpflichtet, Stabilität in Europa zu festigen.

Ohne die feste Einbindung Rußlands in eine Partnerschaft wird dieses Ziel nicht erreicht werden können. Wir können dankbar sein, daß es die **NATO-Rußland-Grundakte** gibt, auch wenn das Verhältnis zur Zeit etwas getrübt erscheint. Diese Grundakte ist eine Grundlage, auf der eine Sicherheitspartnerschaft mit Rußland weitergetrieben werden muß. Ich bin der Kollegin Griebhaber und dem Kollegen Hornhues dankbar, daß sie das Verhältnis zu Rußland ausdrücklich und im selben Sinne, wie ich es verstehe, angesprochen haben.

In bezug auf diese partnerschaftliche Bindung, die wir brauchen, war auch die Diskussion um die neue NATO-Strategie so wichtig. Ich danke der Bundesregierung – Herr Fischer, Sie haben den Punkt vorhin erwähnt –, daß sie in der Tat einen erheblichen Beitrag zur Gestaltung dieser neuen NATO-Strategie in eine Richtung geleistet hat, die wir nur erfreulich finden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Bekenntnisse zur Verantwortung für Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum, zur Partnerschaft mit Nichtmitgliedstaaten, zum Dialog und zur friedlichen Streitbeilegung sowie zur Abrüstung und Rüstungskontrolle sind wichtige, zukunftsweisende Kernelemente dieser neuen NATO-Strategie. Wir sollten sie als Grundlage für Stabilität in unserem Raum nutzen. In diesen Prinzipien liegt eine Chance für eine neue stabile Sicherheitsarchitektur. Diese Ansätze müssen mit Nachdruck weiterentwickelt werden.

Ich darf, wenn auch nur am Rande, noch erwähnen, daß auch die Diskussion um den Einsatz atomarer Waffen in der NATO wohl keine Verstärkung bewirkt hat, sondern eher einen heilsamen Nachdenkens- und Diskussionsprozeß auslösen wird; denn nun wird auch innerhalb der NATO über dieses Thema diskutiert werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Zukünftige Aufgabe europäischer Sicherheitspolitik ist es, das Zusammenspiel aller Organisationen, wie UN, OSZE, EU und NATO, zu verbessern und damit ein sicherheitspolitisches Netzwerk zu schaffen. „Interlocking“ und nicht „interblocking institutions“ sind Ziel dieser Politik. Nur dann wird **Krisenprävention** auf allen Ebenen möglich werden: ökonomisch, ökologisch,

Bundesminister Rudolf Scharping

- (A) desregierung wird von einem Mandat der Vereinten Nationen oder einem Abkommen gesprochen und in beiden Fällen von der Voraussetzung, daß es einen konstitutiven Beschluß des Deutschen Bundestages gibt. Ich glaube, damit ist die Frage, die offengeblieben war, beantwortet.

Da wir in diesen Fragen bisher einen sehr großen Konsens hatten – ich hoffe, das bleibt so –, will ich Ihnen ebenso deutlich sagen: Es steht ausdrücklich keine Absicht dahinter, sich in irgendeiner Form am Boden außerhalb Albaniens und Mazedoniens und außerhalb des humanitären Auftrages bzw. der anderen Mandate, die erteilt sind, zu engagieren. Ich will das sehr deutlich sagen. Ich kann nicht ausschließen – aber das ist schon eine fast spekulative Debatte über die Entwicklungen in den nächsten Tagen oder Wochen –, daß wir schneller zu einem VN-Mandat als zu einem Abkommen kommen werden. Es ist durchaus möglich, daß ein VN-Mandat dem Abkommen vorausgeht und die Chancen zu seinem Abschluß verbessert. Auf diese Dinge sollte man sich einrichten.

Da der Deutsche Bundestag ohnehin für den Fall, daß das geschieht, nach seiner Meinung und Zustimmung gefragt werden muß, denke ich, ist der humanitäre Charakter insgesamt zweifelsfrei.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Herr Kollege Scharping, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Irmer?

- (B) **Rudolf Scharping,** Bundesminister der Verteidigung: Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Herr Irmer.

Ulrich Irmer (F.D.P.): Herr Minister Scharping, ich weiß, daß auch Sie die Vorlage der Bundesregierung so verstehen wie ich und daß Sie deshalb meine Frage mit ja beantworten werden.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Diskussionen unter den Abgeordneten ist folgende Frage aufgetreten: Eine Passage in der Beschlußvorlage der Bundesregierung, die Sie gerade zitiert haben, ist auf Grund drucktechnischer Probleme nicht klar zu erkennen. Dort wird von einem UN-Mandat und Friedensabkommen und davon gesprochen, daß ein erneuter Beschluß des Deutschen Bundestages auf jeden Fall Voraussetzung ist. Das bezieht sich doch auf die Ziffern I, II und III in gleicher Weise, das heißt auf die Ausweitung der humanitären Hilfsleistungen, auf die Ausweitung des Drohnenauftrages und auf die Nothilfeaktionen. Es ist nämlich heute nachmittag gefragt worden, ob sich das – im Druck sieht das so aus – nur auf den dritten Teil bezieht. Ich verstehe es doch richtig, daß es sich auf alle drei vorgeschlagenen Maßnahmen bezieht?

Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung: Die Antwort ist die von Ihnen erwartete. (C)

(Ulrich Irmer [F.D.P.]: Danke!)

Sie verstehen das richtig.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Ich will jetzt noch etwas zu diesem ernsten Thema sagen. Manchmal vergaloppiert man sich in Formulierungen; davon soll übrigens auch ein Verteidigungsminister nicht völlig frei sein. Sie werden gleich merken, was ich meine.

Ich habe gerade eine „dpa“-Meldung in die Hand bekommen, aus der ich auszugsweise zitieren will:

Flüchtlingsberichte über Greuelthaten häuften sich

Die Flüchtlinge hatten vor allem Verletzungen an Rücken, Beinen und Händen. Einer konnte keinen Finger mehr bewegen, weil seine Hände nach den Schlägen schwer geschwollen waren.

Man muß wissen, diese Menschen waren bei der Spezialpolizei in Pristina inhaftiert.

60 Männer, die zur gleichen Zeit abgeführt worden waren, befanden sich noch in der Gewalt der Polizei, hieß es.

Die Vertriebenen ... sind nach Angaben des UNHCR traumatisierter denn je. Viele seien in Tränen aufgelöst und hysterisch. Wieder häuften sich Berichte, serbische Paramilitärs hinderten Männer an der Flucht oder holten sie unterwegs von den Traktoren ... An der Grenze kommen praktisch nur Frauen, Kinder und Alte an. (D)

Viele Flüchtlinge berichten laut UNHCR von Erschießungen.

Ich zitiere das einfach und knüpfe, ohne das überzubewerten, den schlichten Hinweis an, daß sich jeder, der sich wie der Kollege Gysi oder der Kollege Wolf – sie benutzten zum Beispiel die Formulierung, der Krieg habe am 24. März begonnen –

(Johannes Kahrs [SPD]: Ignoranten!)

äußert, nach der Methode betätigt: Ich muß die Augen nur fest schließen und meine Phantasie möglichst anstrengen, dann bekomme ich auch genau das ideologische Bild zusammen, das ich schon immer von der Welt hatte. Das ist die Methode, die dahinter steckt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich muß all diesen Kollegen sagen: Wer allerlei Erörterungen, ob rechtlicher oder sonstiger Natur, anstellt, ohne auch nur einen einzigen Satz auf die seit Monaten von Vertreibung, Mord, Erschießung und anderen Greuelthaten betroffenen Menschen zu verwenden, der hat in meinen Augen jede moralische, jede politische und jede demokratische Glaubwürdigkeit eindeutig beschädigt, die in einer auf Menschen orientierten Politik der Maßstab sein müßte.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P. – Dr. Winfried Wolf [PDS]: Wieder nicht zugehört!)

Bundesminister Rudolf Scharping

- (A) Das humanitäre Mandat ist notwendig geworden. Ich kann das sehr genau nachvollziehen. Ich erinnere mich an die Telefonate mit dem Kollegen Fischer in der Nacht von Karfreitag auf Ostersonntag. Ich weiß, wie das Lager in Blace, diese Schlammwüste, freigeräumt worden ist. Nur deshalb, weil die Bundesregierung innerhalb von zehn Stunden zusagen konnte, sie werde Menschen nach Deutschland ausfliegen, sie werde eine europäische Initiative ergreifen, sie werde noch am Ostersonntag mit Hilfsflügen beginnen. Ich weiß, wie das entstanden ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(V o r s i t z : Vizepräsident Rudolf Seiters)

Ich will Sie auf einen einzigen Punkt aufmerksam machen, lieber Herr Kollege Wolf – das „lieber“ streichen Sie besser gleich wieder –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der F.D.P.)

Sie haben kritisiert, es seien nur 1 300 OSZE-Beobachter ins Land gekommen. Soll ich Ihnen einmal an Hand unserer Unterlagen zeigen, wie oft wir uns mit der jugoslawischen Regierung herumschlagen mußten, damit für die Leute überhaupt ein Visum erteilt worden ist? Soll ich Ihnen einmal erzählen, daß sie sogar verweigert hat, einem Rettungshubschrauber die Einfluggenehmigung zu erteilen? Ich könnte noch weitere Beispiele nennen. Ich will Ihnen aber nicht zuviel Ehre antun.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Ich möchte auch die CDU/CSU auf einen Umstand aufmerksam machen, den ich einem Interview vom 20. Januar 1999, veröffentlicht in der „Saarbrücker Zeitung“, entnehme. Die Frage war: „Fordern Sie, daß die NATO militärisch im Kosovo eingreift?“ Die Antwort war: „Ich sehe eine große Gefahr für Europa. Deswegen muß entschlossen politisch gehandelt werden, ohne daß man militärische Optionen ausschließt, etwa durch das Gerede von deutschen Ministern.“ Dann war die Frage: „Macht Ihnen die Rolle eines Oppositionspolitikers zu schaffen, der nur appellieren, aber nicht handeln kann?“ Ich zitiere den Schluß der Antwort: „Die deutsche Regierung ist weggetaucht. Fischer schielt auf die eigene Basis, anstatt auf die Toten im Kosovo zu blicken.“

(Zuruf von der SPD: Das ist unerhört!)

Nun ist der Kollege Rühle – wie leider häufiger in solchen Debatten – nicht anwesend. Ich will bei dieser Gelegenheit aber noch einmal sehr deutlich sagen, daß diese Bocksprünge – im Januar heißt es: man darf keine militärische Option ausschließen, Fischer taucht weg, er schielt nur auf die eigene Basis; im März sagt man dann genau das Gegenteil – auch nicht gut für die Glaubwürdigkeit von Politik sind, da man dann den Eindruck bekommen muß, es ginge je nach Stimmung mal in die eine und mal in die andere Richtung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Weil es in der Hoffnung auf einen großen Konsens um die Frage geht, wie sich die Angelegenheit mit dem

humanitären Mandat gestalten wird, hoffe ich sehr, daß alle Mitglieder des Deutschen Bundestages – ich schließe die Bundesregierung ausdrücklich ein – weiterhin die Kraft haben, zwei Dinge im Auge zu behalten: die Menschen, die von einer grausamen Vertreibung und Verfolgung betroffen sind, und die Maßnahmen, die man dagegen treffen muß. Ich hoffe, daß diese Maßnahmen nicht mehr allzu lange militärischer Art sein müssen. Das müßte man aber sehr sorgfältig darstellen, wenn man diese Hoffnung im einzelnen begründen wollte. Dafür fehlt mir jedenfalls heute die Zeit.

Ich will etwas zu den Entwicklungen im Zusammenhang mit den Folgerungen für die **Bundeswehrstruktur** sagen. Das strategische Konzept der NATO unterscheidet nicht mehr zwischen Krisenreaktionskräften und Hauptverteidigungskräften. Das wird auch für die Streitkräfteplanung innerhalb der Bundeswehr und übrigens auch für die Arbeit der Kommission Folgen haben. Ich verstehe die Schwierigkeiten insbesondere der Kollegen der CDU/CSU-Opposition. Es sind nun wirklich eine Reihe von Leuten in der Kommission versammelt, die den großen Vorteil haben, große Autorität und große persönliche Integrität mit großer Unabhängigkeit zu verbinden – das übrigens auch mit enormem Sachverstand. Daß zum Beispiel der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker Vorsitzender einer Kommission zur Reform der Vereinten Nationen war, scheint Ihnen entgangen zu sein. Wenn es aber um internationale Politik und die Stärkung internationaler Organisationen geht, ist es klug, einen Mann mit dieser Integrationsfähigkeit, mit dieser Autorität, mit diesem Ansehen und mit diesen Kenntnissen internationaler Politik zu haben. Ich nehme an, Sie haben auch nichts dagegen, daß Agnes Hürland-Büning dabei ist. Ich könnte Ihnen noch viele andere als Beispiel nennen. Ich kenne Ihre Verlegenheit.

Was die von Ihnen so apostrophierten kirchlichen Würdenträger angeht: Ich möchte Sie damit vertraut machen – dazu muß ich mich jetzt aber sehr kurz fassen –, daß zum Beispiel der Chef der Deutschen Bank sagt: Wenn ich mich mit neuen Fragen beschäftigen will – auch mit neuen Geschäftsfeldern –, dann muß ich Leute von außerhalb der Bank, von außerhalb der Betriebs- und der Volkswirtschaft hören. – Sie haben offenbar ein Verständnis der Entwicklung von Politik, das auf ein Puzzle von Fachkenntnissen im engsten Sinne des Wortes setzt. Daraus entsteht keine politische Perspektive.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich später einmal die Ergebnisse anschauen werden Sie sich – darüber schließe ich schon heute eine Wette mit Ihnen ab –, über die Kritik, die Sie jetzt leichtfertig äußern, ziemlich ärgern müssen. Ich bin mir aber auch sicher, daß Sie einen Weg finden werden, dann zu sagen, Sie hätten Ihre Kritik ja geäußert, damit die Ergebnisse gut werden, und das hätten Sie dann wenigstens auch geschafft. Ich bin mir ziemlich sicher, daß es so kommen wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bundesminister Rudolf Scharping

- (A) Ich will noch im Zusammenhang mit dem, was der Kollege Austermann gesagt hat, einen zweiten Hinweis geben und dann zum Schluß kommen. Kollege Austermann, alles, was Sie im Zusammenhang mit **internationalen Projekten** – ob das jetzt der „Tiger“, der „NH 90“, das „GTK“ oder etwas anderes ist – gesagt haben, ist falsch. Zum Beispiel habe ich im Dezember 1998 in Brüssel die Regierungsabkommen unterschrieben. Ich gebe Ihnen noch einen zusätzlichen Hinweis. Wenn Sie einmal in die Bestandsaufnahme blicken, dann werden Sie feststellen, daß Sie dieser Bundesregierung, was die Ausrüstung der Bundeswehr angeht, einen Zustand hinterlassen haben, bei dem man sich an manchen Stellen wirklich die Haare raufen müßte. Denn das, was wir in diesem Haushalt aufwenden müssen, um Material einsatzfähig zu halten, ist auf einem unverantwortlich hohen Niveau, und zwar nur deshalb, weil das in der Vergangenheit nicht ordentlich geplant, nicht ordentlich gepflegt und auch nicht ordentlich finanziert worden ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Dietrich Austermann [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Sie verläßt der Mut auch nie.

(Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Austermann?

- (B) **Rudolf Scharping,** Bundesminister der Verteidigung: Gerne.

Dietrich Austermann (CDU/CSU): Ich glaube, Herr Minister, Sie haben es viel schwerer, wenn Sie bei der wichtigen Frage, wie man zur Bundeswehr steht, die ungedienten Truppen in Ihren eigenen Reihen sehen.

(Widerspruch bei der SPD – Peter Zumkley [SPD]: Nicht ablenken!)

Ich möchte drei Fragen stellen.

Erstens. Vorhin haben Sie Kritik an Abwesenden vorgebracht. Jetzt sind Sie dabei, den fünften Beschluß zum Thema internationale Einsätze im Kosovo zu fassen. Über vier ist bisher entschieden worden. Gibt es einen einzigen, bei dem Sie bestreiten können, daß die Union geschlossen zugestimmt hat?

Zweitens. Ich möchte auf Ihre Feststellung von eben zurückkommen.

(Zuruf der Abg. Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich habe Ihnen vorhin die Frage erspart, was denn mit der Lüge von Herrn Fischer in bezug auf das Rambouillet-Abkommen war. – Ich möchte Ihnen, Herr Minister, die Frage stellen: Wann ist beispielsweise im Hinblick auf „GTK“, wann ist beispielsweise im Hinblick auf den

„Tiger“ mit den Franzosen eine verbindliche Vereinbarung unterzeichnet worden, die etwas über Stückzahlen und über Vertragsinhalte vorsieht? Ich kenne die Vereinbarung vom Dezember 1998. Sie wissen genau wie ich, daß es bis heute keine verbindliche Festlegung gibt und daß noch nicht einmal das Fluggerät fertig ist. (C)

Drittens. Sie haben kritisiert, daß, was die Materialerhaltung betrifft, nur unzureichende Mittel vorhanden sind. Ist es nicht so, daß Ihre eigenen Freunde Sie im Haushaltsausschuß im Stich gelassen haben, als es um die Frage ging, Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen? Dabei haben wir natürlich daran gedacht, daß das für Materialerhaltung und -instandsetzung aufgebracht werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung: Zum ersten. Ich stimme Ihnen zu: Sie als CDU/CSU haben diese Beschlüsse geschlossen unterstützt – auch die F.D.P., auch die Grünen,

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein! Die Grünen nicht!)

auch die SPD. Das ist auch gut so.

Zum zweiten. Sie dürfen bitte nicht von mir verlangen, daß ich in einem halben Jahr alles das abschließe, was Sie – ich meine nicht Sie persönlich – mir auf den Schreibtisch gelegt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das schaffe ich nicht. Ich arbeite gerne 18 oder 20 Stunden am Tag – wenn es sein muß; leider muß es im Moment oft sein –, aber ich kann nicht Vorgänge, die Sie zum Teil seit Jahren versucht haben zu bearbeiten – ich unterstelle gar keine schlechten Absichten oder sonst etwas –, innerhalb kürzester Zeit abschließen. Sie wissen selbst, wie schwierig das manchmal ist. Ich weiß jedoch auch, daß wir den deutsch-französischen Gipfel und das Treffen der Verteidigungsminister am Rande der Herbsttagung gebraucht haben, um mit Frankreich und anderen wenigstens das Regierungsabkommen zu unterschreiben. Auf dieser Grundlage gibt es einen Industrievertrag. Ich hoffe – aber das ist eine Hoffnung –, daß der vor den Sommerferien endgültig fertig wird. (D)

Das dritte beantworte ich Ihnen privat, damit ich noch Zeit für eine kurze Bemerkung habe, wenn Sie, Herr Präsident, es mir gestatten.

Im Zusammenhang mit dem strategischen Konzept haben wir immer gesagt, die NATO soll Krisenprävention und Konfliktbewältigung bloß nicht irgendwie betreiben, sondern dabei strikt an die Charta der Vereinten Nationen sowie an die Beachtung des internationalen Rechtes gebunden sein und weiterhin den festen Willen zur Kooperation mit Rußland, der Ukraine und anderen Staaten haben. Das hat Konsequenzen im Zusammenhang mit dem Haushalt und der künftigen Entwicklung des Haushaltes des Verteidigungsministeriums. Ich will ausdrücklich sagen: Die Haushaltsberatungen waren – warum sollte man das verschweigen? – zum Teil auch in-

Bundesminister Rudolf Scharping

- (A) nerhalb der Fraktion, innerhalb der Koalition – nicht Fraktion – streitig.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Fraktion! SPD-Fraktion!)

Das ist auch nicht anders zu erwarten. Denn wir müssen uns – das ist nun mal leider so – mit der Tatsache auseinandersetzen, daß wir alle zusammen von Ihnen einen Haushalt übernommen haben, in dem 25 Prozent der Steuereinnahmen nur zur Bedienung von Zinsen ausgegeben werden müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich kann und wird sich die Bundeswehr auch dem notwendigen Konsolidieren der öffentlichen Finanzen nicht entziehen. Das ist völlig klar. Das hat sie ja bewiesen – der Verteidigungsminister, hoffe ich, durch sein Verhalten im Zusammenhang mit den **Haushaltsberatungen** auch. Wenn man den Haushalt fair beurteilen will, muß man allerdings zwei Gesichtspunkte anfügen: Das erste ist: Wir sind schon im Mai, und insofern ist eine solche Brücke akzeptabel. Das zweite ist: Die Koalition hat, und zwar in deutlicher Veränderung dessen, was früher gemacht worden ist, zum erstenmal Globalbudgets zur Verfügung gestellt. Sie hat zum erstenmal Möglichkeiten einer effizienten und flexiblen Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Sie hat zum ersten Mal eine Regelung über die militärischen Verkäufe getroffen, die es mir ermöglichen, jetzt von den dauernd reklamierten Blicken auf die Flugbereitschaft zu den Taten zu kommen, die notwendig sind. Die werden auch geschehen. Der Investitionsanteil steigt. Er ist insgesamt dennoch zu niedrig. Das ist eine eingeleitete und hoffentlich durchzuhaltende Entwicklung.

- (B)

Das heißt unter dem Strich: Ich rate jedem ab, Sicherheitspolitik eines Landes nach kurzfristigen Erwägungen zu beurteilen. Das geht einfach nicht. Der Haushalt für das Jahr 1999 ist in einer zu Teilen durchaus streitigen Debatte zu einem wirklich vernünftigen Ergebnis gekommen. Auf dieser Grundlage wird die Bundeswehr das bleiben, was sie in der Vergangenheit war: trotz mancher Belastungen zuverlässig, handlungsfähig und innovativ.

Ich finde, das Parlament hat guten Grund – die Bundesregierung ohnehin –, den Angehörigen der Bundeswehr, aber auch den Familien der Angehörigen der Bundeswehr ausdrücklich Dank zu sagen und einen hohen Respekt auszusprechen;

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P.)

denn das, was sie leisten, ist für das Ansehen und die Sicherheit unseres Landes von zentraler Bedeutung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich erteile das Wort dem Kollegen Paul Breuer für die CDU/CSU-Fraktion.

Paul Breuer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder, der sich mit der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik über längere Zeiträume beschäftigt hat – aber nicht nur solche Kollegen hier in diesem Hohen Hause –, spürt, daß der Verteidigungshaushalt 1999 etwas Besonderes an sich hat: nicht, weil er von einer neuen Regierung zu verantworten ist, sondern deshalb, weil er der erste Haushalt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist, der zu einem Zeitpunkt endberaten wird, zu dem sich deutsche Soldaten innerhalb eines **Einsatzes der NATO** in einem bewaffneten Konflikt befinden. Das heißt, daß man hier nicht business as usual machen kann, sondern man muß mit einer besonderen Sensibilität und unter Anlegung besonderer Kriterien an diese Beratungen herangehen. Das fordert jeden hier in diesem Hause, Regierung und Opposition.

Aber eines darf nicht vorkommen – und das ist das, was ich soeben in der Auseinandersetzung mit Frau Beer sehr deutlich empfunden habe –: daß man den Eindruck haben muß, daß man in der Regierung und in der Koalition nicht zu dem steht, was von der Führung der Regierung eigentlich gewollt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Frau Beer, Sie sagen immer, Sie seien zerrissen. Ich sage Ihnen: Wer, wie Sie es getan haben, das, was leider in Kauf genommen werden muß, daß nämlich in Jugoslawien Opfer in der zivilen Bevölkerung leider nicht vermieden werden können, Mord nennt, unterstellt demjenigen, der in Deutschland die Hauptverantwortung für die Bundeswehr hat, der der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt ist, nämlich dem Verteidigungsminister, daß er ein Mörder sei. Und es geht noch weiter: Er unterstellt es diesem Hause, denn wir haben mit der konstitutiven Zustimmung zu diesem Auftrag ja den Weg dafür frei gemacht. Das ist, Frau Kollegin Beer – mit Verlaub gesagt –, ein Skandal. Das ist nicht tragbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Kollege Breuer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Angelika Beer?

Paul Breuer (CDU/CSU): Ich möchte ihre Frage erst zu einem späteren Zeitpunkt zulassen, um jetzt im Zusammenhang fortfahren zu können.

(Peter Zumkley [SPD]: Das ist aber nicht in Ordnung!)

Ich habe mich eben gefragt, wen der Verteidigungsminister, als er die Mahnungen im Zusammenhang mit dem Haushalt ausgesprochen hat, hier in diesem Hause eigentlich gemeint hat. Ich habe beobachtet, Herr Kollege Scharping, daß Sie während Ihrer Rede vorzugsweise in die Richtung Ihrer eigenen Fraktion geschaut haben. Ihre Körpersprache war sehr verräterisch. Ich habe gesehen, daß Sie dabei Ihre Augen vor allen Dingen auf den sehr geschätzten Kollegen Volker Kröning gerichtet haben. Herr Kollege Scharping, Sie haben einen guten

Paul Breuer

- (A) Grund, Ihren Kollegen anzuschauen; denn eben dieser Kollege hat in meinen Augen die Herausforderung, die ich eben beschrieben habe, nämlich einen Haushalt zu einem Zeitpunkt zu beraten, an dem sich die Bundeswehr in einem bewaffneten Konflikt befindet, überhaupt nicht erkannt.

(Unruhe)

Herr Kollege Kröning, Sie haben in diesen Haushaltsberatungen deutlich gemacht, daß es zunächst geplant war, bei der Bundeswehr, die eine schwierige Zeit durchmacht, mehr als 1 Milliarde DM einzusparen. Sie hätten es zu verantworten gehabt, daß den Soldaten, die sich im Konflikt befinden, Sicherheit in Form einer guten Ausrüstung verweigert worden wäre, nur weil Sie hier mit der Armschonermentalität eines Buchhalters Politik zu machen versuchen. Dies ist nicht zulässig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Kröning [SPD]: Das ist Unfug! Sie waren gar nicht dabei!)

Herr Kollege Kröning, wenn Sie den Verteidigungshaushalt wie jeden anderen Haushalt – Sie haben es ja geschafft – um zwei mal 0,5 Prozent kürzen – Ihr Zwilling Metzger war dabei –, dann haben Sie die besonderen Herausforderungen, die an den Verteidigungshaushalt 1999 gestellt werden, auch nicht annähernd erkannt. Das muß deutlich festgestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (B) Das heißt, wenn wir allen Soldaten der Bundeswehr, aber insbesondere den Soldaten, die sich in dem jetzigen schwierigen Einsatz befinden, unseren besonderen Dank aussprechen – das möchte ich hiermit tun –, dann tun wir das insbesondere deshalb, weil sie ihren Dienst trotz der Attentate, die Sie auf den Haushalt zu verüben versuchen, verrichten.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist unglaublich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Kollege Breuer, ich möchte einen Augenblick unterbrechen. Ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, daß wir uns hier in einer sehr ernsten Debatte befinden. Ich finde es deshalb nicht angemessen, auch nicht mit Blick auf die folgende namentliche Abstimmung, wenn sich Kollegen im Saal unterhalten, während über dieses Thema diskutiert wird. Ich möchte alle Kollegen bitten, an dieser Debatte teilzunehmen, oder ihre Gespräche draußen zu führen. Ich bitte um Ihr Verständnis.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Paul Breuer (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Präsident. Das hilft insbesondere dem Redner. Aber es erleichtert auch den Dialog.

Wenn ich das Ergebnis der bisherigen Beratungen über den Verteidigungshaushalt am heutigen Tag zusammenfasse – Herr Kollege Kröning, hier spreche ich Sie ganz persönlich an –, dann muß ich feststellen, daß die rotgrünen Haushälter etwa 700 Millionen DM aus dem Verteidigungshaushalt, über den zu einem Zeitpunkt beschlossen wird, an dem sich die Bundeswehr einer besonderen Bewährungsprobe stellen muß, herausgestrichen haben. Wir stellen heute den **Antrag**, dies wieder rückgängig zu machen. Wir fordern Sie von der Koalition dazu auf: Unterstützen Sie unseren Antrag; denn die besondere Bewährungsprobe für die Bundeswehr muß in diesem Hause gewürdigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir demnächst darüber diskutieren, meine sehr verehrten Kollegen Verteidigungspolitiker insbesondere bei der SPD, dann sagen Sie nicht: Wir konnten nichts dafür. Aber wir haben mit besonders grimmigen Gesichtern gegen den Antrag Ihrer Fraktion gestimmt. – Damit kommen Sie nicht durch. Sie haben jetzt die Chance, unserem Antrag zuzustimmen und damit deutlich zu machen, daß Sie die besondere Herausforderung erkennen. Stimmen Sie nicht zu, versagen Sie in dieser Frage.

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Kollege Breuer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kröning?

Paul Breuer (CDU/CSU): Gerne.

(D)

Volker Kröning (SPD): Herr Kollege Breuer, bevor ich Ihnen meine Frage stelle, möchte ich folgende Bemerkung machen: Ich muß Ihnen überlassen, zu beurteilen, ob Sie vorhin zugehört haben und ob Sie noch ernst genommen werden wollen, wenn Sie nach Ihren Ausführungen dem Verteidigungshaushalt zustimmen.

Gestatten Sie mir folgende Frage: Können Sie mir bestätigen, daß der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 1999 eine Ausgabenzuwachsrate von 1,7 Prozent vorsah und daß der Haushaltsentwurf nunmehr, nach den Beratungen des Haushaltsausschusses – ihr Abschluß fand unter dem wenn auch unterschiedlich starken Beifall aller Ausschußmitglieder statt –, nur noch eine Ausgabenzuwachsrate von 1,2 Prozent beinhaltet?

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Über 6 Prozent! Er rechnet die Ökosteuer raus!)

Können Sie mir bestätigen, daß der Verteidigungshaushalt zunächst um 1,3 Prozent steigen sollte und daß er nun zusammen mit den Verstärkungsmitteln für militärische und humanitäre Aufgaben um mehr als 1,8 Prozent steigt? Spricht das nicht für sich selbst?

Paul Breuer (CDU/CSU): Herr Kollege Kröning, zum ersten Teil Ihrer Frage: Obwohl leider zu erwarten ist, daß Sie unseren Erhöhungsvorschlägen, deren Umsetzung den Etat auf die Höhe des Entwurfes der Vor-

Paul Breuer

- (A) gängerregierung führen würde, nicht zustimmen werden, werden wir dem Verteidigungsetat aus der besonderen Verantwortung für den Verteidigungsetat in dieser besonderen sicherheitspolitischen Situation gleichwohl zustimmen. Wir tun das nicht deshalb, weil wir Ihnen und Ihrer Tätigkeit zustimmen, sondern weil auch wir als Opposition in einer besonderen Verantwortung stehen und diese Verantwortung tragen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zum zweiten Teil Ihrer Frage. Versuchen Sie doch nicht, dieses Verwirrspiel zu betreiben. Tatsache ist, daß Sie den Verteidigungsetat zweimal, genau wie die anderen Haushalte, trotz der besonderen Belastung um 0,5 Prozent geschoren haben. Sie haben darüber hinaus dem Verteidigungsetat die notwendigen Personalverstärkungsmittel – Stichwort „Tarifrunde 1999“ – nicht zugeführt. Deswegen beinhaltet der Verteidigungsetat weniger als vorgesehen. Diese Tatsache muß hier deutlich ausgesprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (B) Ich möchte nun ein paar Worte zur **Wehrstrukturkommission** sagen. Herr Bundesminister Scharping, ich bin davon überzeugt, daß Sie mittlerweile insgeheim – Sie werden es hier nicht eingestehen – zugeben müssen, daß sich das Erstaunen vor dieser Kommission und ihr Effekt in der Öffentlichkeit, den Sie erzielen wollten – sie ist zwar respektabel besetzt, aber hinsichtlich ihrer Zusammensetzung erscheint sie recht willkürlich; der aktuelle sicherheits- und verteidigungspolitische Sachverstand einzelner Mitglieder muß sehr hinterfragt werden –, in Grenzen halten. Ihre Erwartung, daß die Öffentlichkeit oder auch der Deutsche Bundestag vor dieser Kommission in Ehrfurcht erstarren, ist jedenfalls nicht eingetreten.

(Gernot Erler [SPD]: Das war auch gar nicht geplant!)

Frau Kollegin Beer, wenn Sie sagen, wir sollten einmal darauf achten, wo wir in anderthalb Jahren am Ende dieser Diskussion stehen, dann will ich Ihnen entgegen: Sie sollten einmal darauf achten, wo Sie in anderthalb Jahren mit Ihren politischen Positionen überhaupt sind.

(Johannes Kahrs [SPD]: Weiter als Sie es in 16 Jahren gebracht haben!)

Wenn man insbesondere für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik den Anspruch erheben muß, berechenbar und zuverlässig zu sein, dann muß ich feststellen, daß Sie das Beispiel einer politischen Persönlichkeit sind, die gerade diesen Kriterien nicht entspricht. Das ist meine Erfahrung mit Ihnen aus der Vergangenheit – bei allem persönlichen Respekt, den ich vor Ihnen habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Kollege Breuer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nolting?

Paul Breuer (CDU/CSU): Bitte schön.

Günther Friedrich Nolting (F.D.P.): Herr Kollege Breuer, sind Sie mit mir einer Meinung, daß man vor allen Dingen die Betroffenen in diese Zukunftskommission hätte mit einladen müssen, zum Beispiel den Bundeswehr-Verband und die Jugendorganisationen, um deren Zukunft es in einer Zukunftskommission gerade geht?

Paul Breuer (CDU/CSU): Herr Kollege Günther Nolting, das ist eine Kritik, die wir gemeinsam und zu Recht geäußert haben.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Zufall auch!)

Die Notwendigkeit, die Betroffenen in die Beratungen der Kommission einzubeziehen, ist vom Minister nicht erkannt worden. Er hat einen schwerwiegenden Fehler gemacht, weil er über die von mir eben erhobenen Bedenken hinaus einen Beitrag dazu geleistet hat, daß jetzt auch noch andere als diejenigen, von denen man das ohnehin schon erwartet hat, die Ergebnisse dieser Kommission von außen bezweifeln werden. Jetzt werden es auch die Betroffenen selbst sein.

Herr Kollege Kröning, ich habe Ihre Kommentare eben schon vernommen.

(Volker Kröning [SPD]: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

Mit Ihrem Vorschlag, die Bundeswehr auf 270 000 Soldaten zu reduzieren,

(Volker Kröning [SPD]: Ein guter Vorschlag! Bitte widerlegen Sie ihn!)

während der von Ihnen getragene Minister davon spricht, die Kommission arbeite ergebnisoffen, versuchen Sie, das Ergebnis der Kommission zu präjudizieren. Sie sagen ja von vornherein, was Sie mindestens fordern. Ich will Sie darauf hinweisen, daß mit der Umsetzung dieser Zielvorgabe 150 bis 200 Bundeswehrstandorte gefährdet würden. Das sind 150 bis 200 Orte, an denen auch Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion – die SPD ist ja eine Volkspartei, die in der Fläche Kandidaten aufstellt – künftig kandidieren und gewählt werden wollen. Sie befürworten einen Abbau von 15 000 Soldaten pro Jahr in einer Zeit, in der Deutschland sicherheitspolitisch herausgefordert ist; da sollte man den Soldaten nicht ihre Existenzgrundlage nehmen, insbesondere nicht denjenigen, die heute im Ausland eingesetzt sind. Das ist nicht verantwortbar, was Sie hier machen.

(Peter Zumkley [SPD]: Warten Sie es doch einmal ab!)

Meine Damen und Herren, sie sollten darüber hinaus sehen – das sage ich allerdings auch an die Adresse der Kollegen von der F.D.P. –, daß man mit Forderungen nach einer Reduzierung der Wehrpflicht auf fünf Monate und der Aufstellung von Krisenreaktionskräften mit einer Stärke von 150 000 ungeheuer sorgfältig umgehen muß. Ich bin der Meinung – diese Meinung wird von vielen in meiner Fraktion geteilt –,

(Johannes Kahrs [SPD]: Aber nicht von allen!)

Paul Breuer

- (A) daß man die Krisenreaktionsfähigkeit weiterentwickeln muß. Wer aber die Prioritäten in der Bundeswehr auf die Krisenreaktionsfähigkeit legen will, setzt einen falschen Schwerpunkt. Er setzt sich nämlich selbst unter Druck, zukünftig auf allen möglichen Schauplätzen dieses Kontinents, vielleicht sogar in seiner Nähe, mit deutschen Soldaten vertreten sein zu müssen. Diese Gefahr muß man sehen.

Ähnliche Überlegungen stimmen mich, Herr Kollege Scharping, bedenklich im Hinblick auf die Stand-by-arrangements. Unsere Nachbarn, auch unsere Partner, schätzen die deutsche Leistungsfähigkeit, ob es die finanzielle oder eine andere ist, zumeist höher ein als wir selbst. Sie verstehen das Geschäft ganz gut, uns ständig, insbesondere dann, wenn es um Geldzahlungen geht, moralisch unter Druck zu setzen. Wer vorschnell Arrangements trifft, setzt sich mehr unter Druck, als er es vielleicht selbst glaubt.

(Johannes Kahrs [SPD]: Deshalb gibt es eine Wehrstrukturkommission!)

Deshalb muß man bei diesen Stand-by-arrangements vorsichtig sein.

Meine Damen und Herren, wenn ich den **Bundeshaushalt** für den Bereich der **Verteidigung** insgesamt betrachte, stelle ich eines fest: Wir dürfen insbesondere nicht dem Fehler unterliegen, zu glauben – ich appelliere damit noch einmal an Sie, Herr Kollege Kröning –, man könne die Probleme der Finanzierung der Bundeswehr bei noch so großen Rationalisierungsanstrengungen der Bundeswehr aus der Substanz der Bundeswehr lösen.

- (B) Das geht nicht. Sie versuchen das durch Ihren Vorschlag, die Stärke auf 270 000 Mann zu begrenzen. Das ist der Versuch, die Gesundheit eines Körpers auf der Basis einer Amputation herbeizuführen. Das geht nicht, er gesundet dabei nicht. Zunächst einmal müssen wir auf der Basis einer sicherheitspolitischen Analyse darüber reden, ob es auf Dauer vertretbar ist, daß der Verteidigungsetat keine realen Zuwächse bekommt. Ich bin der Meinung, der Verteidigungsetat müsse mittel- und langfristig real im Vergleich zum Bundeshaushalt wachsen. Nur auf dieser Basis ist die Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Verteidigungsfähigkeit dieses Landes gewährleistet sowie die Möglichkeit, internationale Beiträge zur Stabilität zu leisten, gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Was haben Sie in den letzten Jahren gemacht?)

Der Versuch der Lösung der Probleme durch Aderlaß und Amputation ist untauglich. Sie werden damit scheitern.

Untauglich ist auch der Versuch, die Probleme der Bundeswehr zu verdrängen, indem man nicht den Mut hat zu sagen: Wir brauchen mittelfristig und langfristig für die Bundeswehr mehr Geld; die Zeiten, in denen dieser Etat nach der sicherheitspolitischen Veränderung der Welt, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes unter anderen Gesichtspunkten gesehen werden konnte und mußte, sind vorbei; die Friedensdividende kann nicht weiter ausgeschüttet werden. – Das ist die Feststellung, die zunächst einmal getroffen werden muß.

Sie wissen genauso gut wie ich, daß der Verteidigungsetat, wenn er auf der Basis der Werte von 1989 fortgeschrieben worden wäre, heute nicht in der Größenordnung von 48 Milliarden DM existierte, sondern fast den doppelten Umfang haben würde. Aber wir müssen feststellen – Verteidigungsminister Scharping hat das selbst neulich in Expertenrunden gesagt –, daß wir heute mit vergleichbaren Nationen hinsichtlich der Finanzausstattung zum Teil nicht mehr mithalten können, weil wir von der Friedensdividende zu üppig Gebrauch gemacht haben.

Selbst wenn Sie darauf verweisen würden, wir hätten das ja auch gemacht, die Vorgängerregierung habe es auch gemacht, würde ich dasselbe sagen und würde einräumen, daß es vielleicht falsch war, dies zum Schluß immer noch so zu machen. Wir müssen aber heute erkennen, daß sich die Situation verändert hat; sonst können wir unseren Beitrag für Frieden und Stabilität, den wir leisten wollen, innerhalb der NATO und innerhalb Europas nicht so erbringen, wie es notwendig erscheint.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, am Ende noch eine Stellungnahme zu der Frage der Unterstützung der schwierigen und herausfordernden Anstrengungen, die die Bundeswehr heute im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt unternehmen muß: Sie können sich über die größte Oppositionspartei, über die CDU/CSU, in diesem Zusammenhang überhaupt nicht beschweren. Kollege Austermann hat eben richtigerweise darauf hingewiesen, daß wir Sie in allen Entscheidungen, die bisher getroffen worden sind, anteilmäßig stärker unterstützt haben, als das bei Teilen der Koalition der Fall gewesen ist. Das gilt auch für die öffentlichen Äußerungen.

Ich will einmal versuchen, an einem Beispiel aus meinem eigenen Wahlkreis deutlich zu machen, was „Unterstützung“ beispielsweise aus der SPD heißen kann. In meiner Heimatstadt Siegen hat sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen – das ist eine ehrbare Organisation; Mitglieder dieser Organisation sind auch hier mit im Raume – öffentlich geäußert. Da heißt die Schlagzeile in der Siegener Zeitung: „AsF macht gegen Krieg mobil“.

(Verena Wohlleben [SPD]: Na und?)

– Nun ist das, Frau Kollegin Wohlleben, kein Artikel vom Sommer des letzten Jahres, sondern ein Artikel vom 27. April 1999. Da sammelt die AsF Unterschriften dafür, daß „... um Himmels willen ...“ die Luftangriffe eingestellt werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Dann schau ich mir einmal an, an wen diese Unterschriften geschickt werden sollen. – Ja, nicht etwa an die Bundes-SPD, sondern in diesem Artikel steht, man wolle diese Unterschriften der NATO übersenden.

Wann versteht es die Sozialdemokratie in all ihren Teilen, wer die NATO eigentlich ist? – Die NATO ist nicht Herr Solana, die NATO sind wir alle gemeinsam; die NATO ist Herr Scharping,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Paul Breuer

- (A) die NATO ist Herr Bundeskanzler Schröder. Machen Sie doch nicht den Versuch,

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Breuer ist die NATO!)

von dieser Verantwortung, die wir haben, abzulenken.

Wissen Sie, was ich beschämend finde? – Ich finde beschämend, daß zwei Bundestagskollegen von der SPD diesem Treiben der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ohne öffentlichen Kommentar zusehen. Es kann doch nicht sein, daß Sie von uns verlangen, Ihnen Unterstützung zu geben, während Ihnen die eigenen Leute von Ihrer vielbeschworenen Basis diese Unterstützung versagen. Mit Verlaub: Einige Kollegen in der CDU/CSU fühlen sich bei aller Unterstützung und grundsätzlicher Zustimmung durch dieses Treiben mißbraucht. Das kann so nicht weitergehen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich gebe das Wort zu einer Kurzintervention dem Kollegen Günther Nolting.

Günther Friedrich Nolting (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Breuer, Sie haben das Diskussionspapier der F.D.P. gerade kritisiert. Ich denke, Sie sollten es einmal lesen. Dann kämen Sie zu einer neuen Bewertung.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [F.D.P.])

- (B) In diesem Diskussionspapier sprechen wir uns eindeutig für die **Beibehaltung der Wehrpflicht** aus. Wir wollen allerdings Grundwehrdienstleistende in Zukunft nicht mehr auf Funktionsstellen einsetzen und kommen deswegen zu einer **Verkürzung der Grundwehrdienstzeit**.

Wir wollen mit diesem Diskussionspapier eine Stärkung der Bundeswehr insgesamt erreichen. Wir wollen die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr erhöhen – über den Mangel auf diesem Gebiet haben wir heute ja einiges gehört –, und wir stellen diese Vorschläge zur Diskussion. Es muß in einer Demokratie möglich sein, auch abweichende Meinungen vorzutragen, in einem Papier zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen.

Ich sage aber auch, daß wir unsere Überlegungen auf Grund außen- und sicherheitspolitischer Gesichtspunkte und nicht, wie Sie es gerade getan haben, auf Grund regionalpolitischer Überlegungen vorgestellt haben. Ich halte es für falsch, heute all diejenigen, die Änderungsvorschläge machen, in eine bestimmte Ecke zu stellen und zu argumentieren, wegen dieser Vorschläge müßten soundso viele Standorte geschlossen werden.

Sie betreiben damit eine Politik auf dem Rücken der Soldaten und schüren Ängste. Dies darf einfach nicht sein. Sehen Sie sich unser Papier noch einmal an! Dann werden Sie zu einer anderen Schlußfolgerung kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. – Zuruf von der SPD:
Wo er recht hat, hat er recht!)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Das Wort zur Erwiderung hat der Kollege Breuer. (C)

Paul Breuer (CDU/CSU): Herr Kollege Nolting, ich will meine Antwort kurz halten, da ich gerade das Wort gehabt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Der Hauptvorwurf, den ja nicht wir alleine Ihnen machen – auch aus Ihrer Fraktion gab es diesen Vorwurf; ich könnte Herrn Kinkel zitieren –, ist, daß Sie die falschen Vorschläge zur falschen Zeit machen. Den Grundwehrdienst auf fünf Monate zu reduzieren hieße, die Glaubwürdigkeit der allgemeinen Wehrpflicht in Frage zu stellen.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Er hat es nicht gelesen!)

Angesichts der Tatsache, daß der Kollege Mölleman, der beileibe kein Befürworter der allgemeinen Wehrpflicht ist und der den Übergang zu einer Berufsarmee möchte, sagt, dies sei das richtige Signal auf dem Weg des Übergangs zu einer **Berufsarmee**, können Sie erkennen, welche Mißverständnisse Sie mit diesem Papier auslösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Sie haben es nicht gelesen!)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Zu einer Erklärung zur Aussprache nach § 30 der Geschäftsordnung gebe ich nunmehr das Wort der Kollegin Angelika Beer. (D)

Angelika Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Richtigstellung zu einer Aussage treffen, die in dieser Debatte gefallen ist. Der Kollege Nolting hat mir während der Debatte ein Zitat vom 29. April vorgehalten, das ich bestätigt habe. Mit dem darin enthaltenen Begriff „ermordete Zivilisten“, der auch von dem Kollegen Nolting genannt wurde, wollte ich während des Gesprächs innerhalb der Sendung auf die Grausamkeit des Sterbens hinweisen. Ich habe diese Aussage aber nicht im Hinblick auf eine strafrechtliche Bewertung gemacht.

Ich möchte hier richtigstellen, daß der Begriff „getötete Zivilisten“ der richtige und zutreffende Begriff ist. Ich möchte dies insbesondere aus zwei Gründen auch qua Protokoll richtigstellen, damit keine Unklarheit bleibt. Erstens war keiner der Fehlschläge während der Luftangriffe durch die NATO – ich habe das vorhin schon gesagt – gewollt oder ist fahrlässig riskiert worden. Es gibt keinen chirurgisch sauberen Krieg; leider kommt es dabei auch zu Fehlschlägen und Opfern unter Zivilisten.

Der zweite Grund, warum ich das richtigstellen möchte, ist insbesondere die Rede des Herrn Dr. Wolf von der PDS, der nach mir gesprochen hat und der in

Angelika Beer

- (A) dieser Debatte mit keinem einzigen Wort das mörderische Treiben von Milosevic erwähnt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen, Herr Wolf: Die Soldaten der NATO, die jetzt im Einsatz sind, sind keine Mörder, sondern Soldaten, die den Auftrag haben, die Kosovo-Albaner zu schützen, zu retten und irgendwann frei in ihre Heimat zurückzuführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Kollege Wolf, ich kann Ihnen das Wort leider nicht mehr geben, da die Aussprache geschlossen ist. Ich erlaube mir nur den Hinweis, daß nach § 30 der Geschäftsordnung Äußerungen zurückgewiesen werden können, die auf die eigene Person gemünzt sind, oder Äußerungen richtiggestellt werden können.

(Helmut Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Das hat sie ja auch gut gemacht!)

Deswegen kann der Kollege Wolf – obwohl ich verstehe, daß er sich hat melden wollen – keine Erwiderung mehr geben; die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über die Änderungsanträge.

- (B) Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/903. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS gegen die übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/916. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/950. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 14 in der Ausschlußfassung. Die Fraktion der F.D.P. verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, soweit sie das noch nicht gemacht haben, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Urnen besetzt? – Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekanntgegeben. Wir setzen die Beratungen fort.

Ich rufe auf:

(C)

15. Einzelplan 23

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

– Drucksachen 14/618, 14/622 –

Berichterstattung: Abgeordnete Antje Hermenau
Dr. Emil Schnell
Michael von Schmude
Jürgen Koppelin
Dr. Barbara Höll

Es liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der PDS vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Kollege Michael von Schmude.

Michael von Schmude (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die abschließenden Beratungen im Haushaltsausschuß zu diesem Einzelplan haben in erschreckender Weise verdeutlicht, daß die rotgrüne Entwicklungspolitik weit hinter den selbstgesteckten Zielen zurückbleibt und die Erwartungen der Länder der Dritten Welt enttäuscht. Das war eigentlich vorherzusehen; denn es deckt sich mit der generellen Politik dieser Bundesregierung: vollmündige Ankündigungen, die sich dann als leere Versprechungen entpuppen. Frau Ministerin, das ist eine Känguruhpolitik: große Sprünge und nichts im Beutel.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich halte fest: Der Einzelplan 23 schloß 1998 mit 7,9 Milliarden DM ab. Ihr Regierungsentwurf lag dann bei 7,8 Milliarden DM. Jetzt wurden Sie im Haushaltsausschuß um weitere 40 Millionen DM gerupft. Das ist das Ergebnis. Der neue Stellenwert der Entwicklungspolitik wird auch daran deutlich, daß die Entwicklungshilfe – sozusagen unter „ferner liefen“ – der vorletzte Punkt Ihrer Koalitionsvereinbarung ist. So spiegeln es die Zahlen wider, Frau Ministerin. Sie werden sich mit Ihrem Haushalt an dem Ist-Ergebnis von 1998 messen lassen müssen.

Wie sieht das Zahlenwerk im einzelnen aus? Der alte Regierungsentwurf beinhaltete noch Verstärkungsmittel aus Forderungsverkäufen in Höhe von 200 Millionen DM. Die wurden Ihnen in Etappen auf ganze 76 Millionen DM zusammengestrichen. Dann hat man Ihnen noch den Verstärkungsvermerk weggenommen. Das haben Sie gar nicht bemerkt.

Die Barmittel bei der FZ wurden Ihnen um 244 Millionen DM gekürzt. Sie haben sich dafür vom Bundesminister der Finanzen 20 Millionen DM für die Mittel- und Osteuropaförderung durch Umschichtungen aus dem Einzelplan 60 wiedergeholt. Aber diese Mittel hatten Sie bereits im vergangenen Jahr zur Be-

Michael von Schmude

- (A) wirtschaftung zur Verfügung. Sie haben sich vom Finanzminister nach Strich und Faden über den Tisch ziehen lassen.

Frau Ministerin, Sie werden noch einmal kräftig zur Kasse gebeten. Denn Sie haben akzeptiert, daß Ihr Haushalt mit einem Dollar-Kurs von 1,6695 DM gerechnet wurde. Inzwischen liegt der Dollar bei 1,84 DM. Das kostet Sie möglicherweise weitere 50 Millionen DM. Dafür können Sie sich unter anderem bei Herrn Lafontaine bedanken, der den Euro in unverantwortlicher Weise weicheredet und damit das Vertrauen in die neue Währung aufs Spiel gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir von der CDU/CSU begrüßen nachdrücklich, lieber Kollege Dr. Schnell, die Ausweitung der Verbundfinanzierung. Wir warnen diese Regierung allerdings vor einer leichtfertigen, leichtsinnigen Kreditvergabe. Der deutsche Steuerzahler kann zu Recht erwarten, daß die Bonitätsprüfungen weiterhin sorgfältig vorgenommen werden und daß nicht durch Ihre politische Einflußnahme unnötige Kreditrisiken aufgebaut werden.

Sie haben für Ihre **Schuldenerlaßpolitik** in Ihrem Haushalt keinen erkennbaren Spielraum; Sie haben dafür keine finanzielle Vorsorge getroffen. Aber vor allem fehlt Ihnen das Konzept. Es darf nicht nur darum gehen, Schulden zu erlassen und koordiniert mit anderen zu handeln, sondern es muß darum gehen, gemeinsam die Ursachen der Überschuldung zu beseitigen, und das darf nicht zu einer Verschlechterung der Zahlungsmoral bei den Ländern der Dritten Welt führen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dafür haben Sie die EU-Ratspräsidentschaft und den Gipfel von Berlin eben nicht genutzt. Die Absprachen, die Sie getroffen haben, sind nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Ja, man könnte über den Berliner Gipfel sagen: Außer Spesen nichts gewesen.

Sie haben angekündigt, die **multilaterale Zusammenarbeit** gegenüber der bilateralen zu verstärken. Das hat man in Brüssel gern gehört; denn es paßt überhaupt nicht zu der deutschen Forderung, den EU-Beitrag für unser Land zu senken. Wir waren uns im Haushaltsausschuß über die Fraktionsgrenzen hinweg immer darin einig, daß im Gegenteil die bilaterale Zusammenarbeit zu Lasten der multilateralen gestärkt werden muß. Das wäre auch den Nichtregierungsorganisationen zugute gekommen. Vor allem hätten wir die Kontrolle über die Verwendung der Mittel, die wir für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, in der Hand behalten.

Der Europäische Rechnungshof deckt in seinen Berichten immer wieder Fälle von Mißbrauch, von Verschwendung auch beim **Europäischen Entwicklungsfonds** auf, was ja angesichts der Skandale in der EU-Kommission niemanden wundert. In diesem Zusammenhang kann ich überhaupt nicht verstehen, wie Sie, Frau Ministerin, für den Europäischen Entwicklungsfonds freiwillig Gelder nach Brüssel überweisen, die dort als Festgelder angelegt werden, weil man sie über-

haupt noch nicht braucht. Mit dieser Art von deutscher Großzügigkeit entsteht ein völlig falscher Eindruck. Man fördert damit in Brüssel die Politik des leichten Geldes. (C)

Auf unser Drängen hin haben Sie wenigstens 66 Millionen DM aus diesem Titel gestrichen. Es hätten aber noch weitere 75 Millionen DM sein können. Die wären bei der Finanzierung der Kosovo-Hilfe besser angelegt gewesen als in Brüssel. Oder wollen Sie hier, beim EEF, eine Haushaltsreserve verstecken, wie Sie es auch bei den viel zu niedrig angesetzten Einnahmen aus Zins und Tilgung gemacht haben?

Sie, Frau Ministerin, sitzen ja nun auch im Bundessicherheitsrat. Da bin ich schon sehr überrascht über Ihre Wandlung. Erst kürzlich hat diese Regierung – übrigens auf dem Höhepunkt der Öcalan-Auseinandersetzungen – eine Gewährleistung zur **Lieferung von U-Booten an die Türkei** beschlossen. Erst kürzlich ist unter Ihrer Mitwirkung die Lieferung von Fährschiffen, die man auch als Truppentransporter einsetzen kann, an Indonesien freigegeben worden. Ich stelle das einmal fest. Neue politische Akzente haben Sie da offensichtlich nicht gesetzt, Frau Ministerin.

Es ist Ihnen auch nicht gelungen, die Fäden der Entwicklungspolitik nun voll in die Hand zu bekommen. Der Bundesfinanzminister verfügt im Einzelplan 60 weiterhin über erhebliche Mittel für die Beratungshilfe für mittel- und osteuropäische Staaten. Außerdem verfügt er noch über einen Ansatz von 300 Millionen DM für humanitäre Hilfe im Kosovo. Um die Federführung bei der Vergabe dieses Geldes streiten sich – das haben wir ja im Haushaltsausschuß erlebt – das Außenministerium und das Verteidigungsministerium, obgleich eigentlich auch hier der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Wort mitzureden hätte. Ich vermisse Ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet. (D)

(Dr. R. Werner Schuster [SPD]: Haben Sie im Haushaltsausschuß dafür gekämpft?)

Wir stellen fest, Herr Kollege Schuster: Handwerkliche Fehlgriffe, rückläufige Haushaltsmittel und mangelnder Sparwille zeichnen diesen Einzelplan aus. Die Hoffnungen der Nichtregierungsorganisationen werden ebenso enttäuscht wie die Hoffnungen der Länder der Dritten Welt.

Wir lehnen diesen Haushalt deshalb ganz entschieden ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** zum Einzelplan 14, Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, bekanntgeben. Abgegebene Stimmen 584. Mit Ja haben gestimmt 549, mit Nein haben gestimmt 30, Enthaltungen 5. Der Einzelplan 14 ist damit angenommen.

Vizepräsident Rudolf Seiters

(A) F.D.P. Hildebrecht Braun (Augsburg) Ernst Burgbacher Jörg van Essen Ulrike Flach Paul K. Friedhoff Horst Friedrich (Bayreuth) Rainer Funke Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen) Dr. Karlheinz Guttmacher Klaus Haupt Walter Hirche Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Ulrich Irmer Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Jürgen Koppelin Ina Lenke Sabine Leutheusser- Schnarrenberger	Dirk Niebel Günther Friedrich Nolting Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Cornelia Pieper Dr. Günter Rexrodt Dr. Edzard Schmidt-Jortzig Gerhard Schüßler Dr. Irmgard Schwaetzer Marita Sehn Dr. Hermann Otto Solms Dr. Max Stadler Dr. Dieter Thomae Dr. Guido Westerwelle	PDS Monika Balt Petra Bläss Maritta Böttcher Eva Bulling-Schröter Roland Claus Heidmarie Ehlert Dr. Heinrich Fink Dr. Ruth Fuchs Fred Gebhardt Dr. Barbara Höll Carsten Hübner Ulla Jelpke Sabine Jünger Gerhard Jüttemann Dr. Evelyn Kenzler Dr. Heidi Knake-Werner Ursula Lötzer Dr. Christa Luft Heidmarie Lüth Angela Marquardt Manfred Müller (Berlin) Kersten Naumann Rosel Neuhäuser	Dr. Uwe-Jens Rössel Christina Schenk Gustav-Adolf Schur Dr. Ilja Seifert Dr. Winfried Wolf	(C)
	Nein		Enthalten	
	SPD		SPD Christa Lörcher Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker	
	Uwe Hixsch		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Winfried Hermann Monika Knoche Irmgard Schewe-Gerigk	
	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			
	Sylvia Voß			

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV, der OSZE oder der IPU

Abgeordnete(r)

Behrendt, Wolfgang, SPD

Siebert, Bernd, CDU/CSU

(B) Nun gebe ich das Wort für die SPD-Fraktion dem Kollegen Dr. Emil Schnell.

Dr. Emil Schnell (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! An diese neue Qualität von Polemik muß man sich erst einmal gewöhnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie ist unerhört; das kennen wir von früher nicht. Diese Polemik ist weit überzogen und paßt – das muß ich ganz klar sagen – überhaupt nicht zu dem Konsens, den wir in den ganzen Stufen der Beratungen vom Berichterstattergespräch bis zu den Haushaltsberatungen hatten. Nicht umsonst hat der Kollege Koppelin angekündigt, daß die F.D.P. unserem Haushaltseinzelnplan 23 zustimmen will. Das hebt sich davon schon deutlich ab. Ich denke, das muß korrigiert werden. Hier muß man einiges richtigstellen.

Gleich vorweg: Das ist von 7,9 Milliarden DM für 1998 hat doch Gründe und Ursachen. Diese liegen in erster Linie darin, daß überplanmäßige Ausgaben entstanden sind, weil Sie nicht in der Lage waren, Ihren Haushalt so aufzustellen und zu fahren, daß die Gelder für die Zwecke, für die sie eigentlich hätten reichen müssen, auch tatsächlich ausreichen. Es gibt also ganz klare Mängel im Haushalt 1998, die hier zutage treten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Völlig falsch!)

Eine weitere Bemerkung vorweg. Die Qualität unserer Ministerinnen und Minister in der Bundesregierung bemißt sich nicht nach der Höhe des Plafonds oder des

Haushaltes; sie ist unabhängig davon. Das sind alles gute Leute.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man hat heute den ganzen Tag über den Eindruck gehabt, als ob es irgendeinen Zusammenhang zwischen dem Kampf um möglichst hohe Plafonds und der Qualität der Ministerinnen und Minister gäbe. Das möchte ich von mir weisen. Die Qualität der Oppositionsfraktionen kann sich ja auch nicht danach bemessen, in welchem Volumen Erhöhungsanträge gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist unerhört, daß Sie – wie das eben der Kollege von Schmude getan hat – mangelnden Sparwillen unterstellen und gleichzeitig den ganzen Tag über versuchen, einen Erhöhungsantrag nach dem anderen durchzubringen. Das ist so ungläubwürdig, daß es hier ganz klar gesagt werden muß.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der SPD: Absurd!)

Zu den Beratungen des Einzelplanes 23 kann man sagen, daß es gute Beratungen waren. Die Ministerin, das Haus, die Kolleginnen und Kollegen aus dem AWZ und besonders die Koalitionspolitiker aus dem Bereich der Entwicklungspolitik können zufrieden sein. Wir – die Kollegin Hermenau und ich – haben versucht, alle Anregungen, die Anträge, die Grundüberlegungen und die Impulse aus dem Vorfeld der Beratungen in die Entscheidungen mit einzubeziehen. Natürlich müssen wir

(D)

Dr. Emil Schnell

- (A) uns am Kontext des Gesamthaushaltes orientieren und am Realistischen und Möglichen entlanggehen. Das haben wir versucht.

Der Haushalt ist nach den Beratungen trotz unabdingbarer Sparbemühungen nicht wirklich kleiner als vor den Beratungen. Warum das so ist, werde ich gleich ausführen. Damit ist ein Schwerpunkt der Regierungsbildung auch Schwerpunkt geblieben. Ich will noch einmal sagen: Die Regierung, hier der Finanzminister, hatte 0,5 Prozent eingesammelt, um Schwerpunkte zu setzen und um Spielräume zu bekommen. Sie wollte Schwerpunkte bei der Entwicklungspolitik, bei Forschung, Bildung, Ausbildung und Technologie und natürlich auch bei der Arbeit setzen. Diese drei Schwerpunkte wurden dadurch finanziert. Wir haben bei allen Haushalten nochmals 0,5 Prozent eingespart, ohne die Anstrengungen der Schwerpunktsetzungen zu konterkarieren.

Zu den Zahlen. Vor den Haushaltsberatungen hatten wir für 1999 Barmittel von 7,8 Milliarden DM und 7,44 Milliarden DM Verpflichtungsermächtigungen. Zum Soll 1998 der alten Regierung Kohl stellt das eine erhebliche Steigerung dar. Die Fehlaussagen des Kollegen von Schmude muß ich hier einmal klarstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Gerade bei den VEs, die für die zukünftige Gestaltung des Entwicklungsetats so wichtig sind, wurde um zirka 500 Millionen DM aufgestockt. Nach den Beratungen im Haushaltsausschuß ergibt sich bei einer geringfügigen Kürzung der Barmittel, aber einer deutlichen Verstärkungsmöglichkeit ein neuer Verfügungsrahmen, der bei 7,854 Milliarden DM liegt. Er liegt also um 54 Millionen DM höher als im Regierungsentwurf. Bei den VES haben wir noch einmal um 145 Millionen DM aufgestockt und landen bei zirka 7,587 Milliarden DM. Ich behaupte hier also ganz kühn, daß der Haushalt jetzt noch zukunftsfähiger ist, als es der Entwurf der Regierung war.

Unsere grundsätzlichen Forderungen der Vergangenheit schlagen sich als neue Impulse im Regierungsentwurf nieder. Wenn ich mir die Reden der vergangenen Jahre und die Forderungen, die wir damals an die alte Regierung gestellt haben, anschau und mit dem vergleiche, was wir in wenigen Wochen umgesetzt haben, erfüllt mich das mit einer gewissen Befriedigung, was ja in der Politik nicht alltäglich ist. Ich muß schon sagen: Wir haben viele Schwerpunkte umgesetzt.

Wir wollten die **Bündelung der Zuständigkeiten** im Entwicklungsressort: Bundessicherheitsrat, Transformländer, Lomé, Weltsozialgipfel, Habitat. Das alles hat die Bundesregierung umgesetzt. Allerdings gibt es noch Konzentrationspotentiale im Regierungsapparat. Aus einigen Ministerien müßte man streng entwicklungspolitische Aufgabenbereiche eigentlich ins BMZ überführen. Das muß ich hier schon anmerken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD)

– Das ist einfach so. Das spart Planstellen, das spart finanzielle Mittel, die wir letztendlich wieder für Entwicklungspolitik freimachen können. Das kann nur gut

sein. Dafür brauchen wir aber erfahrungsgemäß natürlich die Unterstützung des Kanzlers und des Finanzministers; das ist völlig klar. Deshalb der Appell in Richtung Regierungsbank. (C)

Wir wollten eine **Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder**. Das wollten nicht nur wir, sondern auch Tausende Bürgerinnen und Bürger und sehr viele NGO. Zum Ergebnis kann man sagen: Die Bundesregierung hat auf Initiative der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Kölner Gipfel der acht Staats- und Regierungschefs im Juni 1999 einen Schuldenerlaßvorschlag ausgearbeitet. Ziel ist die deutliche Entlastung hochverschuldeter armer Länder. Ich denke, nach der notwendigen Prüfung der verschiedenen Modelle, die jetzt ansteht, wird wahrscheinlich im Herbst der erste Schritt gemacht werden. Ich denke, dieser Erfolg kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die **Zusammenarbeit mit unseren NGO** ist gestärkt. Wir haben den Titel um immerhin 200 Millionen DM, also um 6 Prozent, aufgestockt, weil wir der Meinung sind, daß die Nichtregierungsorganisationen eine unschätzbare und aufopferungsvolle Arbeit in vielen Ländern der Welt leisten. Dafür spreche ich unseren NGO unseren besonderen Dank aus. Diese Leistungen stellen eine wichtige Ergänzung und Verstärkung der staatlichen deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit dar.

Nun kurz zu den wichtigsten Ergebnissen der Beratungen im Haushaltsausschuß. (D)

Die **humanitäre Hilfe** wurde schon angesprochen: Es gibt einen Titel von 300 Millionen DM im Einzelplan 60, der auch zur Entlastung des Einzelplans 23 dienen soll. Ich betone hier noch einmal: Es kann nicht sein, daß dieser Titel, wie sich hier und dort andeutet, im Prinzip vom Einzelplan 14 aufgesaugt wird. Es muß vom Finanzminister sichergestellt werden, daß nicht nach dem Windhundprinzip gearbeitet wird, sondern nach dem Prinzip der gleichmäßigen Berücksichtigung der Aktivitäten in verschiedenen Bereichen: Inneres, Auswärtiges Amt, Verteidigung, aber eben auch Entwicklungshilfe.

Nach zehn Jahren Kampf haben wir den Haushaltsvermerk für den **Schuldendienstverzicht**. Das war eine Forderung, die wir immer wieder vorgebracht hatten und die von Ihnen damals, als Sie regierten, abgelehnt wurde. Jetzt haben wir im Einzelplan 32 die Möglichkeit, über den ursprünglich vorgesehenen Rahmen hinaus nach Zustimmung durch den Haushaltsausschuß Entschuldung zu ermöglichen, nach der Devise: Versprochen – gehalten.

Wir haben – das hatte der Kollege von Schmude schon angedeutet – endlich die **Verbundfinanzierung** so eingestellt, wie wir es schon seit Jahren gefordert haben. Auch hier haben wir also das gehalten, was wir versprochen haben. Dafür stehen 95 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Wir werden in jedem Jahr einen Bericht bekommen, der darüber Auskunft gibt, in welchen Ländern in welchem Umfang

Dr. Emil Schnell

- (A) – auch über den Kreis der Länder mit gutem Risiko hinaus – dieses Instrument angewendet wurde. Verbundfinanzierungsprojekte sollen dazu dienen, privates Kapital in Entwicklungsprojekte einzubeziehen. Ich denke, gerade angesichts des zu erkennenden Trends, daß die Privaten sich international zunehmend aus der Entwicklungshilfe zurückziehen, ist das ein richtiges Signal. Wir brauchen privates Kapital, privates Engagement in den Ländern der Welt, in denen besondere Probleme existieren. Natürlich muß man dazu auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen und damit die Verlässlichkeit herstellen. Hier ist dann wieder eine Aufgabe im Bereich der Beratung für uns, um zu solchen Systemen zu kommen.

Wir haben 200 Millionen DM **Mehreinnahmen aus dem Forderungsverkauf** ermöglicht. Davon fließen 124 Millionen DM in den allgemeinen Haushalt und 76 Millionen DM zur Verstärkung der FZ in den Haushalt des Entwicklungsministeriums.

Für den **zivilen Friedensdienst** gibt es nun einen Extragetitel. Wir haben dort 5 Millionen DM eingestellt, die dann, wenn ein überzeugendes Konzept vorliegt, freigegeben werden. Wir wollten damit nicht den DED ärgern, sondern sicherstellen, daß die Teilhabe privater Träger weitgehend neutral möglich wird. Ich denke, das Haus wird diese Aufgabe lösen, obwohl wir aus vielen kritischen Publikationen wissen, daß die Ministerin hier keine leichte Aufgabe haben wird.

- (B) Zur **entwicklungspolitischen Bildung** möchte ich folgendes sagen: Der Titel wurde schon im Regierungsentwurf deutlich aufgestockt. Wir haben im Haushaltsausschuß noch einmal etwas draufgelegt, so daß wir bei 6 Millionen DM angekommen sind. Ich betone das hier noch einmal, weil uns einige schlecht informierte NGO unterstellt haben, daß wir diesen Titel gekürzt hätten. Das ist nicht wahr. Wir haben genau das Gegenteil getan: Wir haben noch etwas – immerhin 25 000 DM – draufgelegt und damit ein ganz klares Signal gesetzt.

Nach den Kürzungen des **UNDP-Titels** haben wir noch etwas draufgelegt, 10 Millionen DM. Aber ich bitte darum, diesen Bereich in Zukunft verlässlich zu verhandeln und über mehrere Jahre klarzumachen, um welche Größenordnungen es hier geht.

Bei der **TZ** mußten wir anerkennen, daß dort Engpässe herrschen. Deswegen haben wir noch einmal 20 Millionen DM bar draufgelegt und 50 Millionen DM bei den Verpflichtungsermächtigungen. Als Gegenfinanzierung haben wir im EEF 66 Millionen DM gekürzt. Ich möchte aber dazusagen, daß man hier nicht beliebig eingreifen kann, da uns sonst überplanmäßige Ausgaben ins Haus stehen könnten.

Ich möchte zum Schluß sagen, daß es noch einige weitere kleinere Veränderungen gibt. Sie werden im Laufe der Diskussion sicher dargestellt werden.

Abschließend möchte ich mich recht herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen, bei der Ministerin und dem Haus für die gute Zusammenarbeit und die zügige Zusammenarbeit bedanken. Ich möchte Sie alle darum bitten, dem

Einzelplan 23 zuzustimmen. Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Für die F.D.P.-Fraktion hat der Kollege Joachim Günther das Wort.

Joachim Günther (Plauen) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herrn! Der Haushalt 1999 liegt nun auf dem Tisch. Herr Kollege von Schmutte hat einige Eckzahlen genannt. Diese braucht man nicht zu wiederholen. Ich würde es so sagen: Die Euphorie der ersten rotgrünen Regierungstage ist dem Alltag gewichen. Wenn man die einzelnen Etatposten des Einzelplanes 23 betrachtet, dann kann man sagen: Das Machbare wurde im Ausschuß geregelt, und Schwerpunkte konnten zum Teil auch fraktionsübergreifend auf einen Nenner gebracht werden.

Was wir allerdings nicht erreichen konnten, Frau Ministerin – oder muß man sagen: was Sie nicht erreichen konnten? –, war die Umsetzung Ihrer Ankündigungen aus der ersten Zeit. Sie hatten sich das Ziel gesetzt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, das BMZ wieder in den Kernbereich der Politik zurückzuführen. Sie haben die Bündelung der entwicklungspolitischen Aufgaben vorantreiben wollen. Wenn man Sie an diesen Aufgaben mißt, dann ist der Haushalt eindeutig zu kurz gesprungen. Diese Ziele sind nicht erreicht worden.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D)

Damit sind wir wieder bei der Realität angelangt.

Unserer Meinung nach gilt es, zu einzelnen Punkten ganz kurz etwas aufzuzeigen.

Wir sind der Meinung, daß der Einzelplan 23 zukünftig besser strukturiert werden sollte. Wir brauchen klare **sektorale und regionale Schwerpunkte** sowie eine stärkere Konzentration auf Förderungsmöglichkeiten mit geringem Zuschußanteil,

(Dr. R. Werner Schuster [SPD]: Ich bedanke mich erneut bei Ihnen!)

zum Beispiel die Förderung privater Existenzgründungen und privatwirtschaftlich koordinierte Infrastrukturprojekte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Prinzip **Marktwirtschaft** muß auch auf den verschiedenen Ebenen der **Entwicklungszusammenarbeit** gelten. Wir brauchen mehr Transparenz und Wirksamkeit im Bereich der staatlichen und privaten Entwicklungszusammenarbeit. Wir brauchen eine Verbesserung der Kooperation und Koordinierung zwischen den Projektträgern. Wir brauchen vor allem verlässliche Wirksamkeitsanalysen und Erfolgskontrollen. Auch die Vergabe von Fördermitteln sollte zukünftig im Wettbewerb der Durchführungsorganisationen bei Geber- und Partnerländern erfolgen. Wer effizientere Hilfe zu günstigeren Konditionen leistet, muß den Zuschlag erhalten.

Joachim Günther (Plauen)

- (A) Ein Förderungsschwerpunkt sollte aus unserer Sicht auch der **Aufbau eines funktionierenden Finanzsektors in den Entwicklungsländern** sein. Dazu gehört die Förderung von Mikrokreditprogrammen. Die Mikrofinanzierung zählt zu den besten und erfolgreichsten Mitteln zur Bekämpfung von Armut in den Entwicklungsländern. Durch Zugang zu Sparen und Kredit wird die Selbsthilfefähigkeit der ärmsten Menschen nachhaltig verbessert. Wir konnten uns davon erst vor kurzem in Südafrika überzeugen. Die positiven Erfahrungen mit diesem Programm haben gezeigt, daß insbesondere Frauen diese Chance zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse nutzen. Deshalb sollte die Bundesregierung den Ansatz der deutschen Entwicklungspolitik für Mikrofinanzierungsprojekte weiter verstärken.

Das gleiche gilt für die sogenannten **öffentlich-privaten Partnerschaften**. Die dreijährige Erfahrung mit diesen Partnerschaften zeigt, daß beim Zusammenwirken von öffentlichen Entwicklungsträgern und privater Wirtschaft betriebswirtschaftliche Rentabilität und entwicklungspolitischer Nutzen keine Gegensätze sein müssen. In den gemeinsamen Projekten fließen die Beiträge der Wirtschaft und der Entwicklungspolitik so zusammen, daß sie einer rein öffentlichen Lösung deutlich überlegen sind.

Daß direkte und indirekte positive **Auswirkungen der Entwicklungshilfe auf die heimische Wirtschaft** nicht nur legitim, sondern auch von großer Bedeutung für den Standort Deutschland sind, hat eine soeben vom BMZ veröffentlichte Studie bewiesen. Daß Entwicklungshilfe nicht nur den Empfängerländern, sondern auch der heimischen Wirtschaft zugute kommt, ist im Gegensatz zu mancher ideologischen Verbohrtheit kein Makel, sondern durchaus im Sinne einer entwicklungspolitisch verantwortungsbewußten Arbeitsteilung, die im übrigen auch bei uns zu Hause eine höhere Akzeptanz der Entwicklungspolitik nach sich ziehen würde.

Nach der vorgelegten Studie hat die Entwicklungshilfe nicht nur ein erhebliches Handel schaffendes Potential, von dem sowohl Geber als auch Nehmer in komplementärer Weise profitieren, sondern darüber hinaus auch einen hohen Stellenwert für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland.

Durch das entwicklungspolitische Engagement in den Entwicklungsländern werden ferner Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmer und damit neue Exportchancen geschaffen. Dies führt in den Entwicklungsländern, die sich marktwirtschaftlich orientieren, im Endeffekt zu einer entwicklungspolitisch gewollten Marktöffnungsfunktion.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es ein unhaltbarer Zustand, daß im 6. und 7. Europäischen Entwicklungsfonds lediglich 6 bis 10 Prozent der **Aufträge an deutsche Unternehmen** gingen, wohingegen unsere französischen, britischen und italienischen Partner jeweils um die 20 Prozent erhielten. Besonders kraß ist dieses Mißverhältnis bei Bauaufträgen, von denen jeweils 24 Prozent an französische und italienische Unternehmen gingen, an deutsche Unternehmen lediglich 4 Prozent. Die Bundesregierung sollte hier dringend ihre Gestaltungsmöglich-

keiten im Rahmen der EU-Präsidentschaft nutzen, um diesen Trend umzukehren und sicherzustellen, daß deutsche Unternehmen bei der Auftragsvergabe im Rahmen der zukünftigen europäischen Entwicklungspolitik angemessen berücksichtigt werden. (C)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Einzelplan 23 läßt – entgegen der Ankündigung der Regierung – auch keine Trendwende hin zur Multilateralisierung der Entwicklungspolitik erkennen; das muß man deutlich sagen.

Aus unserer Sicht besonders bedauerlich ist, daß der deutsche **Beitrag für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen**, UNDP, um 25 Prozent gekürzt wurde. Das UNDP ist mit Abstand die effizienteste der großen multilateralen Geberorganisationen. Eine Kürzung der deutschen Beiträge ist aus unserer Sicht ein falsches Signal und steht auch im Widerspruch zu Ihrem Koalitionsvertrag, in dem Sie das anders verankert haben.

(Dr. Emil Schnell [SPD]: Das kann überhaupt nicht sein!)

Ich glaube, wenn wir zu den Ausgangswerten zurückkommen und das BMZ wieder im Kernbereich der Politik auftritt, kann auch das wahr werden, was Sie vorhin angekündigt hatten, daß wir dem Einzelplan 23 zustimmen. Im Moment können wir das noch nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

- (B) **Vizepräsident Rudolf Seiters:** Ich gebe das Wort der Kollegin Dr. Angelika Köster-Loßack, Bündnis 90/Die Grünen. (D)

Dr. Angelika Köster-Loßack (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen natürlich alle, daß Geld allein keine ausreichende Grundlage für eine nachhaltige Entwicklungspolitik ist. Ohne angemessene **Finanzausstattung** aber bleiben auch die besten Absichten wirkungslos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Weltbankpräsident Wolfensohn feststellt – das ist eine Feststellung, die über unseren nationalen Rahmen hinausgeht –, daß die weltweite Armut immer mehr zunimmt und gleichzeitig die öffentliche Entwicklungshilfe den tiefsten Stand seit 50 Jahren erreicht hat, dann wird das Mißverhältnis von Bedarf zu realen Zuwendungen deutlich. Die Zahlen erspare ich mir jetzt. Sie sind vorgetragen worden.

Ich möchte hier ganz klar sagen: Nachdem die alte Koalition den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kontinuierlich heruntergefahren hat, ist jetzt erstmals eine Trendumkehr geschafft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dr. Angelika Köster-Loßack

- (A) Wir Grüne hatten in den letzten Jahren immer wieder gefordert, daß die Talfahrt des BMZ-Haushalts gestoppt werden muß. Das ist gelungen, und darauf können wir auch ein bißchen stolz sein. Angesichts der vielfältigen Aufgaben, denen sich die Entwicklungspolitik widmen muß, insbesondere bei der Konfliktprävention, will ich nicht verhehlen, daß wir uns einen größeren Aufwuchs gewünscht hätten. Obwohl wir die finanziellen Belastungen, die die rotgrüne Koalition geerbt hat – diese Altlasten haben wir von Ihnen übernommen –, berücksichtigen müssen, werden wir darauf achten, daß sich der positive Trend für unseren Einzelplan in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Unserer Staatssekretärin und unserer Haushaltsberichterstatteerin möchte ich an dieser Stelle besonders danken. Sie haben sich im Verein mit der Spitze des Hauses darum bemüht und erfolgreich dafür eingesetzt, daß der **Entwicklungsetat** trotz finanzpolitischer Schwierigkeiten einen **Zuwachs** verzeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Verfügungsrahmen, also die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel, wurde nochmals um 91 Millionen DM erhöht. Der Vergleich, der von manchem, so unter anderem von Herrn von Schmude, angestellt wird, nämlich daß der Haushalt 1999 gegenüber dem Ist-Haushalt 1998 gesunken ist, geht ins Leere. Man kann den Ist-Haushalt 1998 nur mit dem Ist-Haushalt 1999 vergleichen. In einem Jahr können wir das, und so lange gilt, daß der Haushaltsentwurf 1998 bzw. der Entwurf der alten Koalition unser Vergleichsmaßstab ist. Gegenüber beiden ist eine Steigerung festzustellen.

- (B) Ganz besonders wichtig ist aus meiner Sicht – das wurde bereits angesprochen – die deutliche Steigerung der Verpflichtungsermächtigungen. Gegenüber dem Regierungsentwurf der alten Koalition gibt es hier eine Steigerung um fast 400 Millionen DM. Das ist für die künftige Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung, weil dadurch die Handlungsspielräume erweitert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Deutlich wird der größere Stellenwert, den wir der Entwicklungspolitik zuordnen, wenn man sich die Bereiche genauer ansieht, in denen erste neue Initiativen gestartet wurden. Wir, die wir jahrelang in der Opposition für diese Konzepte gestritten haben, wissen sehr genau um die Bedeutung der eingeleiteten Maßnahmen. Wir werden gemeinsam mit der Regierung, mit dem BMZ und mit der Ministerin an ihrer zügigen Umsetzung arbeiten.

Gerade angesichts des Kosovo-Krieges ist es wichtig, rechtzeitig zivile Konfliktlösungen anzustreben und umzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (C) Wir müssen in Zukunft mit allen friedlichen Mitteln zu verhindern suchen, daß zur Durchsetzung von Menschenrechten militärische Mittel eingesetzt werden müssen.

Natürlich hat der Fall des Eisernen Vorhangs die bis dahin latenten Konflikte, die in der Vorherrschaft ethnisch-religiöser Gruppen oder in der Unterdrückung von ethnischen und religiösen Minderheiten wurzeln, zum Ausbruch kommen lassen. Die Aufgabe von **Entwicklungspolitik als Friedenspolitik** – wie das auch von der Ministerin zentral vertreten worden ist – besteht darin, in unseren Partnerländern durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen zum Abbau solcher struktureller Konfliktursachen beizutragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Das wird allerdings nur dann gehen, wenn wir in einen gleichrangigen auf Informationen gegründeten Dialog eintreten. Postkoloniale Arroganz ist hier fehl am Platz und führt nur in die Sackgasse.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

(D) Die Entwicklungspolitik soll auch den **Aufbau ziviler Konfliktlösungsmechanismen** unterstützen – und das bei bewußter Einbindung von zivilgesellschaftlichen Ressourcen auch in den Ländern des Südens. So wird im Haushalt 1999 – das ist schon angesprochen worden – zum erstenmal Geld für einen zivilen Friedensdienst bereitgestellt, der von der vorherigen Koalition in dieser Form immer abgelehnt worden ist. Deswegen sollte die alte Koalition heute auch keine Krokodilstränen darüber vergießen, wie enttäuscht die Länder des Südens oder die hiesigen NRO sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es geht bei diesem zivilen Friedensdienst darum, die vielfältigen Erfahrungen, die es auf diesem Gebiet im Norden und im Süden seitens staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen gibt, einzubeziehen. Deswegen war es auch ganz wichtig, daß hier ein Titel im Haushalt verankert worden ist. Es geht in den nächsten Wochen darum, gemeinsam über ein tragfähiges Konzept zu diskutieren, damit endlich ein mit entwicklungspolitischen Mitteln und Zielsetzungen ausgestatteter ziviler Friedensdienst aufgebaut werden kann. Wenn wir einen solchen Friedensdienst zur Zeit der Eroberung Osttimors durch die indonesische Regierung in Aktion gehabt hätten, dann wäre den Menschen Osttimors sehr viel erspart geblieben. Es wäre nicht über die Jahre hinweg ein Drittel der Bevölkerung ermordet worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ganz besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang natürlich auch, daß die Mittel für die **entwicklungspolitische Bildung** einen deutlichen Zuwachs von 6 Millionen DM erfahren. Das bedeutet eine Steigerung von über 40 Prozent. Dieses Geld ist notwendig, damit

Dr. Angelika Köster-Loßack

- (A) auch bei uns das Wissen um die Zusammenhänge und das Bewußtsein für die Notwendigkeit entwicklungs-politischer Zusammenarbeit auch im Bereich der Frie-denssicherung gestärkt werden. Es ist notwendiger denn je, den Menschen in unserem Land zu vermitteln, daß die Gelder, die wir für die Entwicklungszusammenarbeit ausgeben, weder überflüssig noch verloren sind. Es gilt zu verdeutlichen, daß die Entwicklungszusammenarbeit in unser aller Interesse ist, sei es aus ökologischen, so-zialen, humanitären und friedenspolitischen Gründen, sei es aus wirtschaftlichen Gründen.

Es muß auch deutlich gemacht werden, daß die mei-sten Gelder für sinnvolle Projekte und Programme aus-gegeben werden, die tatsächlich den Menschen in den Ländern des Südens zugute kommen. Ich begrüße es in dem Zusammenhang außerordentlich, daß die rotgrüne Regierung, die Spitze unseres Hauses die **multilaterale Zusammenarbeit** stärken will. Gerade wir haben immer davor gewarnt, die Entwicklungspolitik zu renationali-sieren und dabei nur die Exportinteressen unserer Wirt-schaft im Auge zu haben. Es ist nämlich so, daß man das – im Gegensatz zu dem, was vorhin vor allen Dingen in Angriffen auf den EEF bezüglich Verschwendungsskan-dalen usw. gesagt wurde – genausogut bei vielen Kredi-tergaben und Kreditabsicherungen durch Hermes, die wir in den letzten Jahrzehnten in den Sand gesetzt ha-ben, anbringen kann. Ich verweise noch einmal auf In-donesien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

- (B) Es kommt natürlich darauf an – da sind wir durchaus kritisch –, die multilaterale Hilfe besser aufeinander ab-zustimmen. Das ist vor allem für die Entwicklungszu-sammenarbeit der EU notwendig. Die institutionelle Zersplitterung wird ein Ende haben. Ein neuer Kommissi-onspräsident und eine neu zusammengesetzte Kom-mission mit neu definierten Aufgaben werden neue Bed-ingungen schaffen. Ich glaube, daß das nicht nur auf dem Gebiet der EU von Bedeutung ist, sondern natürlich genauso auf dem Gebiet der Vereinten Nationen. Des-wegen ist es ganz wichtig, daß die Kürzungen, die beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zu-nächst vorgenommen werden sollten, zumindest teilwei-se zurückgenommen wurden. In Zukunft wird es jedoch darauf ankommen, die Entwicklungsinstitutionen der VN noch viel stärker zu unterstützen und gleichzeitig interne Reformprozesse voranzutreiben, die eine wirk-same Zusammenarbeit ermöglichen.

Zur **Entschuldungsinitiative** ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte nur noch dazusagen, daß bei den Veranstaltungen, die ich in dem Bereich mache – auch bei den Kirchen –, durchaus verstanden worden ist, daß wir uns von seiten der rotgrünen Regierung bemühen, eine Halbierung der Vorlaufzeit, die für die ärmsten Länder angesetzt wurde, und eine Anhebung der Höhe der Schuldenerlasse zu erreichen. Ich glaube, daß wir jetzt, nachdem Deutschland in der Frage des Schulden-erlasses international jahrelang als Bremser aufgetreten ist, gut damit leben können, daß wir eine Vorreiterrolle übernehmen.

- (C) Die Initiativen der neuen Regierung, die ich heute nur angerissen habe, machen deutlich, daß die Entwick-lungszusammenarbeit endlich einen neuen Stellenwert in der deutschen Politik gewonnen hat.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich gebe dem Kol-legen Carsten Hübner von der PDS-Fraktion das Wort.

Carsten Hübner (PDS): Herr Präsident! Meine Dam-en und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich will es gleich vorwegschicken: Der nun zu beschließende Haushalt des Einzelplans 23 hat mit der von Ihnen in der Koalitionsvereinbarung angekündigten „**entwicklungs-politischen Kehrtwende**“ leider nicht viel zu tun. Ich bedauere das um so mehr, Frau Ministerin, als ich die von Ihnen vertretenen struktur- und entwicklungspoliti-schen Eckwerte oftmals durchaus teile. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Sie sie in einem Kabinett, in dem Entwicklungspolitik statt Pflichtprogramm wohl doch nicht vielmehr als politische Kür ist, offenbar nicht durchsetzen können.

In einer Zeit verschärfter Konflikte in weiten Teilen der Welt, in einer Zeit zunehmender Armut und der Ab-kopplung ganzer Regionen von der globalen Entwick-lung ist aber genau diese Haltung gegenüber der Ent-wicklungspolitik nicht nur kritikwürdig, sondern glatt-weg unverantwortlich. Ich frage Sie: Wo tragen Sie denn in der notwendigen Konsequenz dem Umstand Rech-nung, daß den rund 900 Millionen Menschen in den In-dustriestaaten etwa 4,9 Milliarden Menschen in den so-genannten Entwicklungsländern gegenüberstehen, daß rund 1,5 Milliarden Menschen auf der Welt täglich mit weniger als einem Dollar auskommen müssen und daß sich zum Beispiel in den Nachfolgestaaten der Sowjet-union, also ganz in unserer Nähe, die Zahl der Armen von 1989 bis heute mehr als verzehnfacht hat, also 147 Millionen Menschen dort weniger als 4 Dollar pro Tag zur Verfügung haben? Das sind die entwicklungs-politischen Herausforderungen, denen wir – natürlich nicht allein; das ist klar – gerecht werden müssen.

Ein Blick auf den Einzelplan 23 belegt: kein spürba-res Anwachsen des Haushaltes und damit keine Annähe-rung an die internationale Zielstellung von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe. Statt dessen dümpelt der Haushalt bei etwa 0,3 Prozent, liegt jetzt sogar noch 37 Millionen DM un-ter Ihrem eigenen ersten Etatentwurf für 1999. Darin in-begriffen sind weitere Einschnitte bei den Zahlungen für die verschiedenen entwicklungspolitisch relevanten UN-Organisationen. Letztlich haben Sie noch nicht einmal die Kürzung bei UNDP rückgängig gemacht; das ist ja schon angesprochen worden.

Eine solche Politik ist von ihrem Charakter her kurz-sichtig und wird damit weder dem Schlagwort – aller-dings in einem weiteren Sinn – „good governance“ noch dem Anspruch der Nachhaltigkeit von politischen Maß-

Carsten Hübner

- (A) nahmen, geschweige denn einer substantiellen entwicklungs- politischen Kehrtwende gerecht. Wenn ich gar an die aus der Sicht meiner Fraktion unbedingt notwendige bilaterale **Flankierung der HIPC-Schuldeninitiative** zum G-7-Gipfel erinnere, dann verschwindet die verkündete Kehrtwende gleich ganz hinter einer Nebelwand, die noch dichter werden wird, je länger der widersinnige, aber deswegen nicht weniger teure NATO-Kriegseinsatz gegen Jugoslawien dauert. Wir alle – ich denke dabei auch an meine Fachkolleginnen und -kollegen der anderen Fraktionen – werden uns noch wundern, wenn die Rechnung für diesen Krieg präsentiert wird, wenn auch aus dem Haushalt des BMZ die horrenden Summen für eine falsche internationale Politik aufgebracht werden und diese damit nicht mehr für zivile Konfliktprävention und eine nachhaltige globale Entwicklung zur Verfügung stehen.

Zurück zu der Frage der bilateralen Schulden – unsere entsprechenden Änderungsanträge liegen vor –: Mit dem Haushalt 1999 wird keine neue Weichenstellung vorgenommen, wird eben nicht die Tür für einen konsequenten Schuldenerlaß aufgestoßen, wie er etwa von der „Erlaßjahrkampagne“ und dem Gros der entwicklungs- politischen NGOs gefordert wird. Nicht einmal ein Verzicht auf Tilgung und Zinsforderungen gegenüber den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern ist vorgesehen. Das ist ein schwaches Bild – einmal ganz abgesehen davon, daß auch darüber hinaus die Struktur des vorherigen Haushalts nicht aufgebrochen wurde, um aktueller, akzentuierter, zielgruppenorientierter und letztlich einfach effektiver auf die drängenden Herausforderungen reagieren zu können und neue Impulse zu geben.

- (B) Das ist nicht allein eine Frage des Geldes – das wissen Sie so gut wie ich –, das ist eine Frage des politischen Gestaltungswillens und natürlich eine Frage der Spielräume, die Sie, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, in dieser Regierung wohl erst noch durchsetzen müssen.

Meine Fraktion kann dem vorliegenden Einzelplan 23 aus den genannten Gründen jedenfalls nicht zustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Das Wort hat die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Schnell hat die unsinnigen Behauptungen, die hier zum Haushalt aufgestellt worden sind, bereits zurückgewiesen. Ich will an dieser Stelle nur noch einmal darauf hinweisen: Die Notwendigkeit des Umsteuerens stellt sich über mehrere Jahre. Denn ein Haushalt, der in den letzten sechs Jahren von den hier sitzenden Parteien um 9 Prozent reduziert worden ist, der als Steinbruch benutzt worden ist, kann nicht schnell wieder voll aufgebaut und erweitert werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben ja mit dazu beigetragen, daß die Voraussetzungen geschaffen wurden, die wir jetzt ändern müssen. (C)

Ich möchte aber unabhängig davon ein paar grundsätzlichere Anmerkungen machen, von denen ich finde, daß wir sie heute hier diskutieren sollten. Entwicklungspolitik ist **Friedens- und Zukunftspolitik**. Sie ist wie jede Friedens- und Zukunftspolitik eine Frage des Arbeitens mit wirklich langem Atem. Die Tragödie im Kosovo lehrt uns, daß wir endlich ernst machen müssen mit einer Politik der Krisenprävention.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Entwicklungspolitik steht vor der Aufgabe, gemeinsam mit der Außen- und Sicherheitspolitik, dazu beizutragen, daß Krisen in der Welt erst überhaupt nicht entstehen können. Das ist die allerwichtigste Aufgabe, und zwar nicht nur aus humanitären Gründen, nicht nur um der Menschen Willen, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Denn die dafür zu veranschlagenden Kosten sind um ein Vielfaches geringer als die Kosten der Beseitigung der Folgen von Kriegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da sollten doch alle einmal ehrlich sein. Denken Sie an die Debatte über den Verteidigungshaushalt, die wir vorher hatten. Es ist doch so, daß in Ihren Reihen die Faszination des Militärischen allemal höher ist als die **Faszination der Krisenprävention**.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der
F.D.P.)

– Jawohl, das ist so. (D)

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU/CSU
– Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Unverschämtheit!)

– Das sehen Sie doch auch. Das ist doch ersichtlich, das kann man mit Händen greifen. – Solange das so ist, so lange wird es kein Umdenken geben. Ich appelliere an Sie alle umzudenken. Die Faszination der Krisenprävention muß alle Menschen bewegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gerade die Kosovo-Katastrophe erfordert, daß wir über den Tag hinaus sehen

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Unglaublich!)

und langfristige Strategien der Krisenprävention entwickeln. Es kommt darauf an, den politischen Gestaltungswilligen zu nutzen.

Und jetzt einmal an die Adresse von Herrn Hübner, der das natürlich hier so locker-flockig sagen kann: Es geht darum, daß in diesem Bereich zwei neue Eckpfeiler gesetzt werden, auf die ich deutlich hinweisen will und die wir auch in unserer Politik setzen. Der erste ist **Abbau von Krisenursachen**. Der Zugang zu Land, Wasser und Bodenschätzen ist häufig die Ursache für gewaltsame Auseinandersetzungen. Unsere entwicklungs- politischen Maßnahmen – wir setzen allein in der Region des Nahen Ostens dafür 200 Millionen DM ein – zeigen, daß

Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul

- (A) es erfolgversprechende Ansätze zu einem besseren Krisenmanagement in diesem Bereich gibt. Das ist ein aktiver Beitrag zur Friedenssicherung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Regionale Integration kann helfen, zwischenstaatliche Krisenursachen zu verringern. Sie kann vor allen Dingen wirtschaftliche und gesellschaftliche Verbindungen schaffen, die stabilisierend wirken und bei denen auch ein politischer Dialog möglich ist. Wir sehen in unserem Haushalt für die Unterstützung dieser regionalen Strukturen rund 100 Millionen DM vor und setzen damit im Rahmen unseres Handlungsspielraums einen entsprechenden Schwerpunkt.

Der zweite große Pfeiler besteht in der **Förderung gesellschaftlicher Mechanismen zur gewaltfreien Konfliktlösung**. Eine Gesellschaft, die es allen Individuen und Gruppen, auch ethnischen Gruppen, ermöglicht, ihre Interessen zu artikulieren, und die über Mechanismen zum Ausgleich dieser Interessen verfügt, besitzt die besten Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. Deshalb ist die Unterstützung von Demokratisierung und von Partizipation sowie die Entwicklung der Zivilgesellschaft ein wichtiger Beitrag, den Menschen den Umgang damit nahezubringen. Deshalb ist dieser Ansatz ein ganz wichtiges Instrument zur Friedenssicherung. Ihn unterstützen wir mit 200 Millionen DM.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Eine unabhängige und auch für arme Menschen zugängliche Justiz stellt ebenso wie die Transparenz und die Berechenbarkeit des Staates als Gesetz- und Verordnungsgeber eine entscheidende Voraussetzung für Rechtssicherheit und den Schutz der Menschenrechte dar. Vertrauen die Menschen dem Rechtssystem ihres Staates, so sind erhebliche Konfliktpotentiale ausgeschaltet. Hierzu kann Entwicklungspolitik einen wichtigen Beitrag leisten. Das tun wir mit unserem Haushalt, den wir vorlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber hinaus werden wir das Instrument des zivilen Friedensdienstes – dieser Punkt ist mehrfach angesprochen worden – entwickeln. Damit setzen wir einen wichtigen Schwerpunkt bei der Krisenprävention und der Friedenssicherung.

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt ansprechen, der uns heute den ganzen Tag beschäftigt hat, nämlich die Frage, was wir für die Unterstützung und vor allen Dingen für die **Stabilisierung des Kosovo** und der betroffenen Nachbarländer tun können, zum Beispiel für Mazedonien und Albanien, aber natürlich darüber hinaus auch für Bulgarien, Rumänien und Bosnien-Herzegowina. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir als Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Mittel für Maßnahmen eingestellt haben, die über Nothilfe und Hilfe für Flüchtlinge hinausgehen. Für mittel- und langfristige Stabilisierungsmaßnahmen sind im Haushalt des

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit 35 Millionen DM für Albanien, 45 Millionen DM für Mazedonien und in der letzten Woche 25 Millionen DM für Bulgarien eingeplant worden. Für Rumänien sind 27 Millionen DM vorgesehen, für Bosnien-Herzegowina 32 Millionen DM.

Darüber hinaus hat die Gebergemeinschaft zusammen mit der Weltbank in der letzten Woche für die betroffenen Länder in der Region ein Unterstützungspaket in Höhe von rund 130 Millionen US-Dollar geschnürt, durch das die Staatengemeinschaft ihre Solidarität mit den betroffenen Ländern eindrucksvoll bekräftigt und ihre rasche Unterstützung deutlich gemacht hat.

Ein weiterer Punkt. Um des zukünftigen Friedens willen dürfen wir nicht zulassen – das ist eine grundsätzliche Überlegung –, daß vor allen Dingen die armen Entwicklungsländer immer weiter ins Abseits der Weltwirtschaft gedrängt werden. Es gibt zwei Trends: Der eine Trend besteht darin, daß der **private Finanztransfer in die Entwicklungsländer** drastisch zurückgegangen ist – in den letzten drei Jahren um 50 Prozent – und daß er sich auf nur wenige Länder und wenige Sektoren konzentriert. Das ist unakzeptabel. Deshalb haben wir unter anderem unsere Entschuldungsinitiative eingebracht. Wir haben die Unterstützung unserer Partnerländer, in der Weltbank und beim Währungsfonds für diesen Ansatz gefunden. Er trägt dazu bei, endlich Zukunftschancen vor allem für die ärmsten verschuldeten Entwicklungsländer zu schaffen. Erkennen Sie dies einfach als Erfolg an,

(Beifall bei der SPD)

- (D) und tragen Sie mit dazu bei, daß diese Initiative im öffentlichen Bewußtsein bekannter wird!

Der andere Trend betrifft die öffentlichen Finanzmittel. Hier will ich an eine Entwicklung erinnern: 1988 lag der Anteil der **öffentlichen Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit** am Bruttosozialprodukt in den Geberländern bei 0,34 Prozent. Er ist im Jahr 1997 auf 0,22 Prozent des Bruttosozialproduktes zurückgegangen. Nach vorläufigen Berechnungen betrug der Anteil im letzten Jahr weniger als 0,2 Prozent des Bruttosozialproduktes der OECD-Mitgliedsländer. Das ist ein absolut unakzeptabler Zustand. Er kann nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn die privaten und die öffentlichen Entwicklungsmittel nicht mehr fließen würden, dann würde ein Teil dieser Welt ins Abseits gedrängt. Das dürfen wir nicht zulassen. Willy Brandt hat nach wie vor recht: Wir können auf Dauer nicht in Frieden und Wohlstand leben, wenn es Regionen auf der Welt gibt, die in tiefster Armut leben. Deshalb müssen wir dazu beitragen, daß sich das ändert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir wollen den gegenwärtigen Abwärtstrend unserer Entwicklungsleistungen am Bruttosozialprodukt, der,

Klaus-Jürgen Hedrich

- (A) Eine vorletzte Bemerkung: Die **Schuldeninitiative** wurde ebenfalls mit großem Aufwand angekündigt. Inzwischen erklären die internationalen Finanzinstitutionen, die sogenannten IFIs, daß sie nicht über die entsprechenden Finanzmittel verfügen, um eine solche Schuldeninitiative umzusetzen. Die Franzosen und Japaner haben ausdrücklich erklärt, daß sie mit den jetzigen Vorschlägen nicht einverstanden sind. Wir hoffen, Frau Ministerin – in unserem gemeinsamen Interesse darf ich das hier zum Ausdruck bringen –, daß es Ihnen bis zum G-8-Gipfel gelingt, diese Dinge auszuräumen, damit wir wirklich ein Zeichen zugunsten der ärmeren Länder dieser Erde setzen können.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich die Position der CDU/CSU wiederholen: Es ist für niemanden in Deutschland – und auch weder für den europäischen Steuerzahler noch für den japanischen und amerikanischen Steuerzahler – verständlich, wenn diese Entschuldungsinitiative nicht mit einer klaren Konditionierung versehen wird. Das heißt, es muß sichergestellt werden – ich wiederhole das, was ich schon letztes Mal gesagt habe –, daß das Geld wirklich dort ankommt, wo es hingehört: Es muß für die Bekämpfung der Armut auf der Erde eingesetzt werden; so könnte wirklich ein Beitrag zu mehr Frieden auf der Erde geleistet werden. Sie hatten ja recht mit Ihrem Einwand, daß die Armut in den letzten Jahren zugenommen hat.

- (B) Heute nachmittag fand – die Friedrich-Ebert-Stiftung war Mitveranstalter – eine Lateinamerika-Konferenz statt, auf der deutlich gemacht wurde, daß trotz aller wirtschaftlichen Fortschritte die soziale Kluft in den meisten unserer Partnerländer zunimmt. Solange dies der Fall ist, werden wir mit unserer Entwicklungspolitik immer nur notdürftige Reparaturmaßnahmen durchführen können. Das kann natürlich nicht der Sinn einer Entschuldungsinitiative sein. Vielmehr muß sie so angelegt sein, daß unsere Partnerländer verpflichtet werden, das Geld wirklich für die Armen und für die Sicherstellung von Grundbedürfnissen zu verwenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluß will ich durchaus meine Genugtuung nicht verhehlen, daß Sie jetzt erneut erklärt haben, daß Sie sich die Sprangerschen Kriterien – Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft – zu eigen machen. Daraus entnehme ich: So schlecht kann die Politik Ihrer Vorgänger nicht gewesen sein; wenn Sie sich daran ein Beispiel nehmen, wird aus Ihrer Politik vielleicht noch etwas Gutes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich gebe das Wort Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul.

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein Mißverständnis

entstanden sein sollte, dann will ich das an dieser Stelle (C) ausräumen.

Meine Darlegungen zur **Faszination der Krisenprävention und des Militärischen** war nicht als Vorwurf an Abgeordnete oder irgendeine Fraktion gerichtet. Lassen Sie uns bitte doch einmal gemeinsam überlegen: Wenn Entwicklungshelfer vor Ort tätig sind, um Konflikte verhindern zu helfen, und es daraufhin gar nicht zu Konflikten kommt, dann findet dies im öffentlichen Bewußtsein keinen Niederschlag. Das ist ja ein Teil des Problems in diesem Bereich. Militärische Aktionen und Auseinandersetzungen dagegen finden im öffentlichen Bewußtsein immer ihren Niederschlag.

Mein Punkt war – ich glaube, Sie alle stimmen darin mit mir überein –, daß wir dazu beitragen müssen, daß die sehr gute Arbeit, die vor Ort geleistet wird, damit Konflikte gar nicht erst entstehen, auch im öffentlichen Bewußtsein stärker deutlich wird. Denn nur wenn das der Fall ist, werden wir die entsprechenden finanziellen Veränderungen schaffen, die notwendig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, das hat auch Ihnen gegenüber klargestellt, was gemeint war, und ich denke, dem können auch Sie zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Zu einer Kurzintervention hat Kollege Dr. Werner Schuster das Wort. (D)

Dr. R. Werner Schuster (SPD): Vorweg: Herr Hedrich, Sie werden mir sicher zustimmen, daß es leichter ist, europaweit eine militärische Maßnahme zu koordinieren, als mit dem gleichen Umfang, der gleichen Präzision und der gleichen Professionalität eine abgestimmte Förderung von zivilgesellschaftlichen Strukturen zu initiieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber der eigentliche Grund für meine Kurzintervention ist Ihr Hinweis auf den Haushalt. Niemanden hätte es mehr gefreut als mich persönlich, wenn dieser Haushalt noch ein paar Millionen DM mehr ausgewiesen hätte.

Wenn Sie gestern gehört haben, was der neue Finanzminister uns für das Jahr 2000 angekündigt hat, Frau Ministerin, dann bin ich sehr vorsichtig. Wenn wir also im Jahr 2000 nicht mehr Geld bekommen, dann müssen wir über die Fraktionsgrenzen hinweg dreierlei angeben:

Erstens. Wir müssen **Prioritäten setzen**. Ich sage mit Ihnen: Das können die Fachausschüsse besser als die Haushälter. Es muß aufhören, daß die Haushälter gemeinsame Fachausschußbeschlüsse mit Vorschlägen zum Umverteilen, zum Umschichten nachträglich korrigieren. Das kann nicht gehen. Damit nehmen Sie uns jedes Interesse, ernsthaft über Sparmaßnahmen nachzudenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dr. R. Werner Schuster

- (A) Zweitens. Es muß aufhören, daß Geld für Dinge ausgegeben wird, die man schlicht als **Verschwendung** bezeichnen kann.

(Michael von Schmude [CDU/CSU]: Sagen Sie es auch an den Finanzminister gerichtet!)

– Sein Vertreter sitzt ja da, er hört mir zu, er kennt mich lange genug.

Herr von Schmude, ich teile Ihre Meinung, daß auf der EU-Ebene häufig das Geld nicht so ausgegeben wird, wie wir uns das vorstellen. Aber die Konsequenz heißt nicht, multilaterale Hilfe zu stoppen, sondern endlich die überfälligen Reformen auf der EU-Ebene, über die wir vor 14 Tagen hier diskutiert haben, durchzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann macht EU-weite Entwicklungszusammenarbeit nämlich Sinn.

Ich möchte jetzt noch einmal ein Beispiel für Verschwendung aus einem ganz anderen Bereich anführen, das mich sehr nachdenklich macht – wir kümmern uns zu wenig um Verschwendungsprojekte –: Bei mir wird in absehbarer Zeit der ICE von Köln nach Frankfurt vorbeifahren. Weil man auf Tempo 300 beharrt, kostet das Ganze 9 Milliarden DM. Bei Tempo 200 könnten wir 5 Milliarden DM sparen, von den Vorteilen für die Ökologie ganz abgesehen. Mit dem zusätzlichen Betrag von 5 Milliarden DM erreichen wir einen Zeitgewinn von drei Minuten, indem die Fahrzeit von 51 auf 48 Minuten verringert wird. Das muß man sich einmal vorstellen!

(B)

(Beifall bei der PDS)

Die gleiche „Gaudi“ geht auch in Zukunft bei weiteren ICE-Planungen los. Das kann nicht angehen. Wir sollten wirklich zusehen, wo wir systematisch sparen können.

Damit bin ich beim eigentlichen Punkt, Herr Hedrich. Wir brauchen eine **systematische Evaluation**. In diesem Punkt sind wir Entwicklungspolitiker den anderen Ressorts weit voraus, unbeschadet der Tatsache, Frau Ministerin, daß wir aus gutem Grund, wie Sie wissen, weitergehende Vorschläge haben. Wie manche von Ihnen wissen, habe ich vor drei Jahren nachgefragt, in welchen Ministerien es überhaupt Evaluationsreferate gibt. Nirgendwo, außer beim BMZ, sonst nur Fehlanzeigen! Die „Frankfurter Rundschau“ hat damals getitelt: Systematische Erfolgskontrolle – das unbekannte Wesen in Bonn.

Dieser Zustand muß beendet werden. Wir brauchen in allen Bereichen Evaluationen, denn wir haben nur zwei Alternativen: Entweder wenden wir die Rasenmähermethode an, oder wir sind bereit, aus Fehlern zu lernen und das Geld gezielt auszugeben. Dazu fordere ich alle, uns, die Vertreter der Fachausschüsse, die Haushälter und natürlich zuallererst das Ministerium, auf.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Das war eine etwas originelle Auslegung der Geschäftsordnung in bezug auf die Kurzintervention. (C)

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich denke, Sie haben noch weitere Beispiele aus Ihrem Wahlkreis auf Lager, die sicherlich ebenso interessant sind.

Damit sind wir am Ende der Aussprache und kommen nunmehr zu den Abstimmungen, und zwar zunächst zu den Abstimmungen über die Änderungsanträge der Fraktion der PDS.

Änderungsantrag auf Drucksache 14/951. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der PDS abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 14/952. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenergebnis abgelehnt.

Wer stimmt für den Einzelplan 23 in der Ausschlußfassung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der anderen Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf:

16. Einzelplan 07

Bundesministerium der Justiz

– Drucksachen 14/607, 14/622 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Carsten Schneider
Hans Jochen Henke
Matthias Berninger
Dr. Werner Hoyer
Heidemarie Ehlert

(D)

17. Einzelplan 19

Bundesverfassungsgericht

– Drucksachen 14/300, 14/622 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Carsten Schneider
Hans Jochen Henke
Matthias Berninger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Christa Luft

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Hans Jochen Henke, CDU/CSU.

Hans Jochen Henke (CDU/CSU): Herr Präsident! Frau Ministerin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Typisch für den Gesamthaushalt 1999 sind diese Einzelpläne des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesverfassungsgerichtes nicht, zumindest nicht typisch

Hans Jochen Henke

- (A) in zweierlei Hinsicht: Zum einen gehören sie bekanntermaßen nicht zu den großen, sondern zu den ganz kleinen Ministerien, mit einem Budgetanteil von gerade einmal 0,3 Prozent. Zum anderen sind diese Einzelpläne – Gott sei's gelobt – im Windschatten der Turbulenzen geblieben, die wir sowohl finanz- wie haushaltspolitisch vor, mit und auch nach Oskar Lafontaine erleben dürfen. Im Justizhaushalt werden Zuwächse vermieden, Stellen eingespart und Erwartungen gedämpft.

In den **Beschlußempfehlungen zum Haushalt 1999** sieht das anders aus. Dieser Haushalt ist größer als all seine Vorgänger. Alle Fachleute machen ungeteilt das Sparen zur ersten Staatspflicht. Diese Regierung macht nun ihrerseits mit erhöhten Steuern und Abgaben das Sparen zur ersten Bürgerpflicht.

Wo man konsolidieren mußte, wird spendiert. Wo die Chance bestünde, bereits jetzt die Staatsquote spürbar zurückzuführen, wird die Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern beschnitten. Wo der Staat sich stärker auf seine Kernaufgaben zurückziehen könnte, huldigt diese Regierung einem universellen Anspruch und der alleinigen Zuständigkeit der Politik.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Petra Bläss)

- Ich frage mich, was diese Regierung tun wird, wenn sich die Konjunktur wegen dieser Regierung so entwickelt, wie es viele Sachverständige prognostizieren. Sie haben die Privatisierungspolitik der Regierung Kohl beklagt. Jetzt versuchen Sie, mit den durch die Verschiebung dieser Privatisierung geschönten Zahlen und deren Fortsetzung, unter anderem bei Post und Telekom, den Eindruck finanzpolitischer Solidität zu erwecken. Dieser Versuch wird scheitern.

Sparsam hingegen ist Ihr Einzelplan, Frau Ministerin, der Einzelplan der Justiz. Selten gab und gibt es hier Konflikte zwischen Regierung und Opposition. Gleichwohl ist die Arbeit des Justizministeriums, der Bundesgerichte und Bundesbehörden in diesem Ressort von ganz entscheidender Bedeutung für das Regierungshandeln, für den Interessenausgleich in unserer Gesellschaft und für die Fortentwicklung des Rechts.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aus gutem Grunde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesjustizministeriums für ihren Einsatz danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es war in den letzten Monaten und ist auch jetzt sicherlich nicht immer einfach, eine juristisch einigermaßen hinnehmbare Umsetzung der chaotischen politischen Maßnahmen zu erreichen, die mit dem System „trial and error“ zum Markenzeichen der Regierung Schröder geworden sind.

Ich jedenfalls will die Hoffnung nicht aufgeben, daß mit engagierter Unterstützung der Männer und Frauen im Bundesministerium der Justiz auch das Chaos beseitigt wird, das **Minister Riester** bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und im Kampf gegen die sogenannte Scheinselbständigkeit angerichtet hat. Da spricht vieles für seine gewerkschaftlichen Erfahrungen

- im Umgang mit kleinen Selbständigen und nicht organisierten Kleinverdienern. (C)

Es ist schon grotesk: Alle Welt spricht der Entbürokratisierung das Wort und fordert den schlanken Staat, und dieser Minister schafft Arbeitsplätze in der Bürokratie und zerstört sie am Markt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wo Entrümpelung angesagt wäre, wird gewerkschaftlicher Sperrmüll dazugestellt, obwohl von Neuer Mitte als Markenzeichen der Regierung Schröder die Rede ist.

Ihr Haus, Frau Ministerin, steht in einem arbeitsreichen Jahr. Zahlreiche europäische Regelungen sind in nationales Recht umzusetzen, zentrale Gesetze stehen zur Reform und zur Überarbeitung an. Ich möchte auch hier die Hoffnung nicht aufgeben, daß trotz des Regierungswechsels die für eine effiziente Verwaltung dringend nötigen Schritte wie Kosten-Leistungs-Rechnung, Budgetierung, Berichtswesen und Zielvereinbarungen konsequent weiterverfolgt und umgesetzt werden. Wo nötig, ist hier konzentrierter und konzertierter Druck der Ministerien auf das BMF in seinen Widerständen auszuüben. Ich denke, es lohnt sich, auch hier von den Besten innerhalb und außerhalb der Republik zu lernen.

Allerdings, Frau Ministerin, stellt sich da die Frage, ob die **lineare Reduzierung von Personal** wirklich das Maß aller Dinge sein kann, zumal diese lineare Kürzung ganz offensichtlich nicht gleichermaßen für alle in dieser Regierung gilt: Für die Bundesministerien sieht der Haushalt 1999 490 zusätzliche Stellen vor. Für die Öko-steuer werden allein 524 zusätzliche Zöllner gebraucht. – Wo es ihr paßt, kann diese Koalition großzügig sein. Ob das die richtigen Stellen sind, ist füglich zu hinterfragen. (D)

Ein Beispiel dazu aus Ihrem Einzelplan: 560 Patentprüfer – über dieses Problem haben wir verschiedentlich gesprochen – waren vor zehn Jahren beim Bundespatentamt beschäftigt. Tatsächlich sind es jetzt noch 546. Die politisch gewollte Reduzierung der Zahl der Mitarbeiter auf den Stand von vor der Wiedervereinigung ist also Realität. In der gleichen Zeit hat aber die Zahl der Prüfungen um mehr als 50 Prozent zugenommen. Der Haushaltsausschuß hat jetzt einem Zuwachs der Stellen um 22 Prüfer zugestimmt, von denen acht durch lineare Kürzung gleich wieder kassiert werden und sechs auf bisherigen kw-Stellen sitzen.

Wenn das so weitergeht, habe ich Sorge. Wir müssen gerade in solchen Bereichen vom Rasenmäher zum Feinschnitt, vom Buschmesser zum Skalpell übergehen. Sage niemand, hier gehe es nur um Prüfbeamte. Es geht um massive strukturelle wirtschaftliche Interessen. Die entsprechenden Argumente sind im einzelnen hinreichend ausgetauscht worden.

Ich möchte nochmals, wie im Ausschuß, unterstreichen: Wir bitten die Regierung herzlich und erwarten, uns bis zur Vorlage des Haushalts 2000 in wenigen Wochen ein schlüssiges Gesamtkonzept für das **Patent- und Markenamt** vorzulegen, das zeitnahe Entscheidungen über eingereichte Anträge sicherstellt.

Hans Jochen Henke

- (A) Klarheit hätten wir auch gerne in einer zweiten Frage, und zwar was die Kosten für die notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen des künftigen Sitzes des **Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig** anbetrifft. Das ist schon ein bemerkenswertes Projekt. Auf den Zahlen-
salat möchte ich hier aus Zeitgründen im einzelnen nicht eingehen.

Ich freue mich, wenn die Kosten bei den primären Hochbauleistungen durch einen scharfen Wettbewerb um 38 Prozent gesenkt werden können. Ich finde es auch gut, wenn der Bundesrechnungshof genau hinsieht. Aber keinerlei Verständnis, Frau Ministerin, habe ich dafür, daß Sie mit dem beschriebenen Zahlenwust den Haushaltsausschuß – ich will diesen Begriff bewußt so gebrauchen – belästigen. Sagen Sie abgestimmt und nachvollziehbar, was benötigt wird und was Sie wollen. Dann können wir darüber sehr konkret und verantwortlich entscheiden. Aber werfen Sie bitte nicht wie in der Art manch anderer Politiker erst einmal kräftig Staub in die Luft, um dann die anderen darin stehen und ersticken zu lassen.

Es gäbe noch einige weitere Punkte anzumerken und zu kritisieren, zum Beispiel das leidige Thema der **Wehrgerichtsbarkeit**. Hier bestanden gerade zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt kein Anlaß und keine Not, den diesbezüglichen Merktitel zu streichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Ich denke außerdem an manche Ansätze und Kosten für die **Öffentlichkeitsarbeit**, die angesichts der Kassenlage auch in Ihrem Ressort verzichtbar gewesen wären.

Frau Ministerin Däubler-Gmelin, Sie haben eine große **Reform des Gerichtswesens** angekündigt. Sie wollen im Sommer Vorschläge für eine Zivilrechtsreform und bis zum Jahreswechsel für eine Reform der strafrechtlichen Rechtsmittel vorlegen. Es ist bedauerlich – dies ist eine Fußnote –, daß zu diesem Thema gerade gestern und heute in Ihrem Haus mit dem Max-Planck-Institut ein Workshop stattfindet. Es wäre schön gewesen, wenn den interessierten, zuständigen Mitgliedern dieses Hohen Hauses durch eine besser abgestimmte Terminierung wenigstens teilweise eine Teilnahme möglich gewesen wäre.

Eine solche Reform ist kein Selbstzweck. Es gilt, sorgfältig die Vorteile einer solchen Reform gegen möglicherweise damit verbundene Risiken und Konsequenzen abzuwägen. In die gewachsene, überkommene, überwiegend bewährte Struktur sollte nur insoweit eingegriffen werden, als überzeugend Besseres an ihre Stelle tritt.

Wir begehen in diesen Tagen das 50jährige Jubiläum unseres Grundgesetzes. Länger hat keine Verfassung in der Geschichte unseres Landes Bestand gehabt. Wenn wir über Gesetze, über eine Justizreform und über das Recht sprechen, dann geht es nicht zuletzt um das Grundgesetz, seine Bewahrung und seine aktuelle Fortschreibung. Der Beitrag gerade des **Bundesverfassungsgerichts** kann in diesem Zusammenhang nicht hoch genug veranschlagt und gewürdigt werden.

(C) Wir Politiker haben zwar immer wieder Artikel in das Grundgesetz eingefügt, mit denen dann und wann auch über das grundsätzlich grundgesetzlich zu Regelnde hinaus Festlegungen getroffen worden sind. Gerade dennoch ist es dem höchsten Gericht entscheidend und richtungweisend gelungen, immer zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu entscheiden, nicht zuletzt anläßlich des jüngsten Familienurteils und sicherlich auch in nächster Zukunft anläßlich der anstehenden Entscheidung über die Besteuerung von Einkommen aus unternehmerischer und privater Tätigkeit.

Es kommt sicherlich nicht von ungefähr, daß das Bundesverfassungsgericht – der Herr Verteidigungsminister hat das hier vor eineinhalb Stunden ebenfalls ausgeführt –, zusammen mit der Polizei und der Bundeswehr, mit einer Zustimmung von fast Dreiviertel der Bevölkerung das höchste Ansehen aller öffentlichen Institutionen unseres Landes genießt.

Frau Präsidentin, Frau Ministerin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich warte mit großer Spannung auf den Juli. Ich hoffe, daß es dieser Regierung im Gegensatz zu vielen ihrer sozialdemokratischen Vorläufer in den 70er und 80er Jahren gelingen wird, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 so rechtzeitig vorzulegen, daß die Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr bei ihrem Silvesterfeuerwerk wissen, was ihnen von der Regierung in Zukunft zugemutet werden wird.

(Zuruf von der SPD: Dank Ihnen!)

Denn Feuerwerk dient zumeist auch dem Zweck, böse Geister fernzuhalten oder diese zu vertreiben.

(Dr. Rolf Niese [SPD]: Das Feuerwerk haben wir am 27. September gehabt!)

(D) Angesichts Ihrer bisherigen Politik gehe ich davon aus: Die Deutschen werden nicht nur wegen des Jahrtausendwechsels in diesem Jahr kräftiger Feuerwerk abschließen als je zuvor.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächster Redner ist der Kollege Carsten Schneider, SPD-Fraktion.

Carsten Schneider (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Henke hat bereits darauf hingewiesen: Der Haushalt des Bundesministeriums der Justiz, der Einzelplan 07, ist einer der kleineren Haushalte des Bundes. Seine Ausgaben in Höhe von 731,3 Millionen DM machen gerade einmal 0,15 Prozent des gesamten Bundeshaushalts aus. Damit ist er im Vergleich zu den Finanzvolumina anderer Ministerien, etwa des Bundesverteidigungsministeriums, ein Zwerg. Aber es wäre meines Erachtens grundverkehrt, wollte man seine Bedeutung ausschließlich am Investitionspotential messen.

Mit dem Haushalt des Bundesjustizministeriums wird zugleich auch über die Richtlinien der Rechtspolitik entschieden – man könnte sagen: über die Entwicklung der

Carsten Schneider

- (A) Rechtsordnung in unserem Land –, so daß Schwerpunktsetzungen im Einzelplan 07 gravierende Auswirkungen auf wesentliche Aspekte unseres gesellschaftlichen Lebens haben.

Nun ist der Spielraum der **Haushaltsgestaltung**, in unserem Fall der Justizpolitik, angesichts der Haushaltslage, die der Bundesfinanzminister gestern deutlich gemacht hat – sie wurde in ganz erheblichem Maße von unserer Vorgängerregierung verursacht –, sehr gering. Die Verschuldung gestattet es uns nicht, all das zu tun, was wir auf dem Wunschzettel haben. Ich werde im einzelnen noch darauf eingehen. Vielmehr müssen wir Abstriche machen. Bei einer Gesamtverschuldung von 1,4 Billionen DM, die zu der enormen Belastung für Zins- und Schuldendienste allein in diesem Jahr in Höhe von 82,1 Milliarden DM führt, werden die Spielräume für eine aktive Gestaltung einer modernen, zukunftsweisenden Rechtspolitik sehr eng.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einer unbeweglichen, verkrusteten Politik hat zwar zur Abwahl derjenigen, die das verursacht haben, der CDU/CSU-F.D.P.-Koalition, geführt – ich denke, das war das Feuerwerk –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber ihre Erblast hängt uns wie ein Klotz am Bein.

- (B) Dennoch haben wir – ich denke da vor allen Dingen an die Frau Ministerin – versucht, einen Neuanfang zu machen. Bei der Gestaltung des Haushaltsplans des BMJ haben wir klare Schwerpunkte gesetzt, die das Profil unserer Justizpolitik prägen werden. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur kurz den Ausbau des Deutschen Patent- und Markenamtes, die Streichung des Titels für die Wehrstrafgerichtsbarkeit, die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs.

Aber zunächst einmal zurück zu den Zahlen. Die Ausgaben des BMJ werden gegenüber dem Vorjahr um 40 Millionen DM auf 731,3 Millionen DM steigen – eine äußerst maß- und verantwortungsvolle Steigerung, die der allgemeinen Haushaltslage Rechnung trägt. Gleichzeitig bedeutet dies jedoch eine Kürzung des Haushaltsansatzes gegenüber dem zweiten Regierungsentwurf für 1999 um knapp 6,1 Millionen DM oder 0,82 Prozent, was fast ausschließlich zu Lasten der Verwaltungsaufwendungen geht.

Es ist den Haushältern der Koalitionsfraktionen zu danken, die den ersten Schritt zur Sanierung dieses maroden Staatshaushaltes, den wir übernommen haben, gemacht haben. Der Haushalt 2000 – Herr Henke, Sie haben das bereits angesprochen – wird noch viel schwieriger sein; ich denke aber, daß wir es schaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

434,1 Millionen DM sind Personalausgaben, 151 Millionen DM entfallen auf sächliche Verwaltungsausgaben und 54,8 Millionen DM auf Zuweisungen und Zuschüsse. Außerdem stehen noch 103 Millionen DM für Investitionen zur Verfügung. Den Löwenanteil der Ausgaben stellen somit mit 62 Prozent die Personalkosten. Der überproportionale Zuwachs im Bereich der Investitionen

- (C) ist vor allem auf Baumaßnahmen zurückzuführen – das sind insgesamt 12 Prozent der Gesamtausgaben. Hier sind vor allem der Umbau des ehemaligen Reichsgerichtsgebäudes in Leipzig für das Bundesverwaltungsgericht, der Bau des Patentamtes, der Neubau des Bundesgerichtshofes und des Internationalen Seegerichtshofes in Hamburg zu nennen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Ministerin meinen Dank aussprechen, daß der Regierungswechsel nicht zu einem radikalen personellen Kahlschlag im Ministerium geführt hat. Im Gegenteil: Da es um Qualität geht, wurde ausgesprochen pfleglich mit den Mitarbeitern umgegangen; es ging nicht um deren Parteibuch.

Über die Bereiche **Investitionen und Personal** wird die Leistungsfähigkeit der Justiz in diesem Haushalt sichergestellt und, wo es angesichts der finanziellen Situation möglich ist, auch verbessert. Allein für das Patent- und Markenamt in München wurde der Personalansatz um 16 Stellen erhöht – 16 dringend benötigte Stellen, um die in den letzten Jahren immer wieder vergeblich gekämpft wurde und die nun endlich durch diese Bundesregierung ermöglicht wurden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Matthias Berninger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich würden wir angesichts des Arbeitsanfalls beim DPMA gerne wesentlich mehr Prüfer einstellen. Aber mit Rücksicht auf die Haushaltslage ist das derzeit leider das Maximum.

- (D) Allerdings haben wir im Ausschuß nach entsprechenden Erläuterungen einem 25prozentigen Aufwuchs bei den Kosten für die Informationstechnik und bei der Verbesserung der Patentdokumentation und -information mittels elektronischer Datenverarbeitung zugestimmt. Ich erhoffe mir dadurch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und damit eine Verbesserung der kritischen Situation bei der Bearbeitung der Prüfanträge im Patentamt. Damit betonen wir die Bedeutung, die wir der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und vor allem unserer mittelständischen Unternehmen zumessen. Es muß in Zukunft schneller als in 16 Jahren möglich sein, die Patentanmeldung und -prüfung unserer Erfinder für unsere Wirtschaft nutzbar zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Auch dies ist ein Neuanfang, ein Versuch, die Blockade aufzuheben.

Gänzlich gestrichen haben wir das Kapitel 08, die **Wehrstrafgerichtsbarkeit**; Kollege Henke, Sie haben das angesprochen. Es fällt mit dem Haushalt 1999 ersatzlos weg. Damit ziehen wir die Konsequenzen aus unserer langjährigen Forderung nach Streichung dieses in unseren Augen völlig überflüssigen Kapitels. Art. 96 Abs. 2 GG sieht zwar die Möglichkeit einer Einrichtung von Wehrstrafgerichten vor, doch ist nach meinem Erachten und nach dem meiner Fraktion längerfristig nicht davon auszugehen, daß solche Wehrstrafgerichte jemals eingerichtet werden.

Ein Knackpunkt innerhalb der Haushaltsberatungen bildete der **Investitionstitel des Bundesverwaltungsge-**

Carsten Schneider

- (A) **richtes.** Dabei geht es um die Investitionen für den Umbau des ehemaligen Reichsgerichtsgebäudes in Leipzig. Unstreitig war und ist unter den Beteiligten die Bedeutung des Umzuges in dieses Gebäude. Einen erheblichen Dissens gab es jedoch zwischen dem BMJ und dem zuständigen Ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen einerseits und dem Finanzministerium und dem Rechnungshof andererseits über die voraussichtliche Höhe der Gesamtkosten.

(Dr. Werner Hoyer [F.D.P.]: Das war ein ziemliches Debakel!)

Der ursprüngliche Ansatz lag bei 169 Millionen DM. Der Ausschuß hat nach ausführlichen Beratungen – da gebe ich Ihnen recht, Herr Hoyer – beschlossen, diesen Ansatz auf 135 Millionen DM zu kürzen.

Wir haben es uns in diesem Fall nicht leichtgemacht, haben viele Gespräche geführt und Besichtigungen vor Ort unternommen, um uns ein Bild machen zu können. Letztlich konnte aber in Zeiten knapper Kassen die Argumentation des Bauministeriums als ausführenden Organs nicht überzeugen. Der Ausschuß war der Meinung, daß das Bauvorhaben auch mit wesentlich niedrigeren Kosten ohne gravierende Beeinträchtigung der Funktion des Bundesverwaltungsgerichts durchgeführt werden kann. Er hat sich daher mehrheitlich für einen erheblich geringeren Investitionsansatz entschieden. Wir glauben, daß wir damit dem Prinzip der Sparsamkeit ebenso gerecht werden wie der Notwendigkeit, diesen historischen Ort dem föderalen System wieder nutzbar zu machen.

- (B) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Diskussionsbedarf gab es auch zu Kapitel 02 bei den überregionalen Einrichtungen im Interesse von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Der Ansatz für das Servicebüro der Deutschen Bewährungshilfe e. V. in Köln für **Täter-Opfer-Ausgleich** und Konfliktlichtung wurde auf Antrag der Koalitionsfraktionen um 150 000 DM erhöht; die entsprechenden Mittel wurden entsperrt. Dies entspricht dem politischen Willen der Koalition. Rechtspolitik muß nach unserer Ansicht freiheitliche, rechtsstaatliche und soziale Politik sein, die der Menschenwürde und dem Schutz der Schwachen verpflichtet ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch das Verfahren des Täter-Opfer-Ausgleichs.

Strafrecht und Strafprozeßrecht sollen durch dieses relativ neue Instrument gestärkt und mit neuen Akzenten versehen werden. Wir sehen darin einen wesentlichen neuen Ansatz für die Rehabilitation von Straftätern, die damit in ganz anderem und viel stärkerem Maße gezwungen werden, sich mit ihrer individuellen Schuld auseinanderzusetzen. Zugleich hilft dieses Instrument den Opfern, ihre Opferrolle zu verarbeiten und zu überwinden, im Idealfall zu einer Aussöhnung zu gelangen – Täter-Opfer-Ausgleich als eine Form gesellschaftlicher Befriedung. Diese Bedeutung des Täter-Opfer-Aus-

gleichs haben die Regierungsparteien seinerzeit ausdrücklich im Koalitionsvertrag vereinbart. Aus diesem Grunde kam es zu dieser Erhöhung durch den Haushaltsausschuß. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Matthias Berninger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bauchschmerzen bereitete uns als Ausschußmitgliedern in diesem Zusammenhang allerdings die Tatsache, daß die Länder den auf sie entfallenden Kostenanteil nur ungerne oder gar nicht aufbringen wollen.

(Dr. Werner Hoyer [F.D.P.]: Das ist die eigentliche Sauerei! – Rainer Funke [F.D.P.]: Das ist typisch!)

Der hälftige Anteil der Länder an den ursprünglich vorgesehenen 300 000 DM ließ leider immer wieder auf sich warten – eine bedauerliche, kurzsichtige Verhaltensweise seitens der Bundesländer.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir uns dennoch zur Erhöhung und Entsperrung des Ansatzes entschlossen haben, dann auch in der Hoffnung, daß die Länder nicht aus den Vereinbarungen und aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Ich appelliere daher an die Bundesländer, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und ich bitte Sie, Frau Ministerin, nachdrücklich, sich dafür bei den Bundesländern einzusetzen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Noch ein Wort zum Einzelplan 19, **Bundesverfassungsgericht**. In guter Tradition sind wir hier so verfahren, daß der Einzelplan von Kürzungen ausgenommen wurde. Im Gegenteil: Auf Grund der Arbeitsbelastung des Bundesverfassungsgerichts haben wir zwei zusätzliche Stellen in den Haushalt 1999 eingestellt. Auch dies gehört zu den neuen Akzenten, von denen ich vorhin sprach. Eine Stelle – das sei noch angemerkt – ist für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bestimmt; das Bundesverfassungsgericht hat uns in letzter Zeit mit mehreren Urteilen davon überzeugen können, daß das sehr notwendig ist. (D)

Ich möchte zum Schluß kommen und – auch weil dies mein erster Haushalt war – den Kolleginnen und Kollegen Berichterstattem herzlich für die offene, kooperative Atmosphäre danken, die unsere Beratungen geprägt hat. Mein Dank gilt auch der Ministerin und ihrem Haus, die stets ansprechbar waren und durch kollegiale Offenheit glänzten.

Ich habe manchmal bedauert, daß die Beratungen im Ausschuß nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind. Ich denke, so manches Vorurteil über Politik oder Politiker, so mancher Anfall der gängigen Politikverdrossenheit ließe sich durch Zuhören aus der Welt schaffen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Schneider, dies war Ihre erste Rede hier im Plenum des Deutschen Bundestages. Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen möchte ich Sie dazu recht herzlich beglückwünschen.

(Beifall)

Es spricht jetzt für die F.D.P.-Fraktion der Kollege Rainer Funke.

Rainer Funke (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben sich für diese Legislaturperiode viel vorgenommen: die Justizreform, die Reform der Juristenausbildung, im materiellen Recht wesentliche Teile des Urheberrechts und die Übernahme zahlreicher europäischer Richtlinien und – auch das will ich erwähnen – die Novellierung des Betrugsrechts.

Ich begrüße es ausdrücklich, daß Sie der Versuchung widerstanden haben, das Parlament mit Schnellschüssen zu überfallen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, was der Arbeitsminister für Pfuscharbeit abgeliefert hat.

(Widerspruch bei der SPD)

– Das ist die reine Wahrheit. Das wissen Sie selber. – Ich begrüße es, daß Sie der guten Tradition des Hauses entsprechend solide durchdachte Vorschläge, mit der nicht notwendigerweise das ganze Haus einverstanden zu sein braucht, vorlegen wollen, also handwerklich ordentliche Arbeit liefern möchten.

(B) Wir sind also gespannt auf Ihre groß angekündigte **Justizreform** unter dem Stichwort der „Dreistufigkeit“. Das sind keine neuen Gedanken. Einer Ihrer Vorgänger, Herr Minister Jahn, hat dies bereits in den 70er Jahren vorgeschlagen. Es ist dann zu Recht in die Mottenkiste der Rechtsgeschichte eingegangen. Wir wollen sehen, was jetzt bei Ihnen geschieht.

(Dr. Werner Hoyer [F.D.P.]: Das ist der Punkt!)

Es ist nicht so, daß wir es in die Mottenkiste tun wollen, aber Sie dürfen sich nicht von dem Kollegen Diller leiten lassen, mit dem Sie sich gerade unterhalten, nämlich von den rein fiskalischen Gesichtspunkten. Im Mittelpunkt muß stehen, daß der Rechtsuchende sein Recht bekommt. Alles andere können wir vergessen. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir nämlich den Rechtsfrieden in der Bundesrepublik Deutschland nicht sicherstellen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn es darum geht, allein aus Sparzwängen zum Beispiel Verfahrensgesetze zu ändern und Rechtsbehelfe zu kappen, werden Sie uns sicherlich nicht auf Ihrer Seite finden. Aber für jede solide, ordentliche Arbeit, die dem Rechtsuchenden hilft, werden wir dasein.

Zur Justizreform gehört sicherlich die **Verbesserung der Juristenausbildung**. Auch dies sollte nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Sparzwangs erfolgen, so wie es manche Länder jetzt noch sehen. Das Ziel einer Reform der Juristenausbildung muß sein, die

(C) jungen Juristen für die Anforderungen der Justiz, der Verwaltung, der Anwaltschaft und der freien Wirtschaft gut auszubilden, damit sie zum Beispiel auch in Europa im Dienstleistungsgeschäft wettbewerbsfähig sind.

Der Bundestag wird sich im Rahmen seiner Kompetenzen, nämlich im Rahmen des deutschen Richtergesetzes, an dieser Diskussion intensiv beteiligen. Wir verfolgen mit großem Interesse die Anregungen der Länder, zum Beispiel von Baden-Württemberg durch Herrn Professor Goll. Dies sind gute Ansätze, die wir gerne begleiten.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Auch aus Bayern!)

– Natürlich. Herr Kollege Geis, ich weiß, daß der Freistaat Bayern dort immer besonders kreativ ist.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Ich bedanke mich sehr!)

Der Ansatz, die jungen Juristen gezielter für ihre spätere berufliche Tätigkeit auszubilden, scheint uns genau der richtige Weg zu sein. Die praxisbezogene Ausbildung darf aber auch nicht dazu führen, daß wir in einzelnen Berufszweigen eine zu frühe Zugangssperre haben. Hier muß vor allem mit den Anwälten eine intensive Diskussion geführt werden. Die Neigung zum „closed shop“ gibt es nämlich nicht nur bei den Notaren; sie könnte bei der Juristenschwemme gegebenenfalls auch bei den Anwälten vorhanden sein.

Im **materiellen Recht** sehe ich mit großer Sorge, daß das Justizministerium manche europäische Richtlinie nicht mehr im Verhältnis 1:1 umsetzt, sondern aus ideologischen Gründen jetzt noch kräftig draufsattelt – Beispiele: Überweisungsrecht und das europäische Publizitätsrecht. Dort wird aus ideologischen Gründen gegen die Interessen der deutschen Wirtschaft gearbeitet.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Mittelstand!)

(D) – Mittelstand, natürlich. – Frau Ministerin, bei den Stiftungen, bei den Vereinen wollen Sie die Publizität einführen. Bei dem **Überweisungsgesetz** beziehen Sie, ohne daß Sie das nach den europäischen Richtlinien müßten, das gesamte Bankrecht mit ein. Dieses ist wenig hilfreich.

Ich glaube, das Justizministerium muß sich wieder stärker als bisher bewußt sein, daß es die Rechtsförmlichkeit zu prüfen hat und verhindern sollte, daß Pfuscharbeit durch andere Ministerien – ich nenne hier das Arbeitsministerium, aber auch das Finanzministerium – abgeliefert wird.

Das **Patent- und Markenamt** liegt uns als Liberalen ganz besonders am Herzen. Wir sind als Eigentumsparter natürlich auch daran interessiert, daß das geistige Eigentumsrecht besonders geschützt wird. Damit es geschützt werden kann, bedarf es der besonderen Ausgestaltung des Patent- und Markenamtes. Es ist in der Tat ein nicht hinnehmbarer Zustand, daß insbesondere im Markenbereich Stellen fehlen und Markeneintragungen viel zu spät erfolgen. Darauf sollten Sie Ihr Augenmerk ganz besonders lenken. Die F.D.P. hat im Ausschuß ent-

Rainer Funke

- (A) sprechende Anträge gestellt. Wir werden sie hier im Hause noch beraten. Ich fordere Sie auf, diesen Anträgen zuzustimmen. Dann können Sie zeigen, daß Sie Hüterin dieses geistigen Eigentums sind.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, wir danken den Mitarbeitern des Bundesjustizministeriums für die bislang geleistete Arbeit. Wir werden Ihr Haus und Sie bei Ihrer Arbeit kritisch, aber auch konstruktiv begleiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Das Wort hat jetzt der Kollege Christian Ströbele, Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin! Diese Haushaltsdebatte steht von Anfang an im Schatten des Krieges. Ich denke, auch bei der Befassung mit dem Haushalt des Justizbereichs kann man sich diesem Thema nicht ganz entziehen. Ich will deshalb mit drei Grundsatzfragen, die durch diesen Krieg auch in der Rechtspolitik aufgeworfen werden, beginnen. Vielleicht kann man darüber auch eine Diskussion in diesem erlauchten Kreise führen.

- (B) Für mich ist es – ich bedauere, daß Herr Minister Scharping inzwischen gegangen ist; er hat das nämlich immer wieder angefordert – völlig unbezweifelbar, daß **Menschenrechtsverletzungen** aufhören müssen, daß der Schutz von Menschenrechten, gerade auch der Kosovaren, wirksam durchgesetzt werden muß. Zu den Menschenrechten rechne ich nicht nur den Schutz vor Mord, den Schutz vor Vertreibung, den Schutz vor der Zerstörung der Lebensgrundlagen, sondern auch das Recht auf Selbstbestimmung, auf Herstellung autonomer Rechte, auf Freiheit von Unterdrückung. Darüber werden wir uns in diesem Hause wahrscheinlich weitgehend einig sein; das hoffe ich jedenfalls.

Schwieriger wird es schon bei der Frage, ob Menschenrechte und die Pflicht zum Schutz von Menschenrechten teilbar sind, ob man also sagen kann: In einem uns nah gelegenen Teil Europas müssen wir eingreifen – vom Krieg rede ich gleich – und in einem anderen Teil können wir zusehen, dahin können wir möglicherweise sogar Waffen liefern – wie das auch in der Vergangenheit geschehen ist –, die dann zur Unterdrückung, zur Verletzung der Menschenrechte gebraucht oder mißbraucht werden.

Ganz schwierig wird es bei der Frage: Ist der Krieg, der jetzt geführt wird, völkerrechtlich berechtigt? Gibt es eine völkerrechtliche Grundlage? Wir sind uns doch wahrscheinlich darüber einig, daß ein **UNO-Mandat**, das eine völkerrechtliche Grundlage liefern könnte, nicht besteht. Es gab verschiedene Versuche, die völkerrechtliche Basis zu begründen: Nothilferecht, das Recht auf Beistand und das höhere Recht des Schutzes der Menschenrechte.

(C) Nach meiner Meinung – aus ihr habe ich nie einen Hehl gemacht – reichen diese Rechtsgrundlagen nicht aus, um einen Krieg völkerrechtlich zu rechtfertigen. Deshalb – damit verlasse ich das Thema – ist es richtig und wichtig, daß wir sagen, Rechtspolitik ist inzwischen globale Rechtspolitik und nicht nur Rechtspolitik für die Bundesrepublik Deutschland. Daher gehört zur Rechtspolitik – das haben wir in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben –, daß die UNO so reformiert wird – das ist heute vormittag bereits angesprochen worden –, daß sie handlungsfähig ist und bleibt und nicht wegen Einzelinteressen einiger Großmächte in der UNO als Mittel des Völkerrechts blockiert werden kann.

Die Bundesregierung will sich dafür einsetzen – so steht es auch in der Koalitionsvereinbarung –, das **Gewaltmonopol der Vereinten Nationen** zu bewahren. Ich sage nach diesem Krieg: Sie will sich dafür einsetzen, das Gewaltmonopol wiederherzustellen. Das ist eine wichtige, eine zentrale Aufgabe, und ich glaube, es ist eine der wichtigsten Fragen für Krieg und Frieden in den nächsten Jahren.

Bundesdeutsche Rechtspolitik ist immer mehr – wir stellen das im Ausschuß an Hand der Themen fest – **europäische Rechtspolitik**. Wir beschäftigen uns mit EU-Richtlinien, mit europaweiter Verbrechensbekämpfung oder, wie zuletzt in der Anhörung, mit der Betrugsbekämpfung in der EU. Wenn man aber sagt, wir wollen eine europäische Staatsbürgerschaft – die haben wir jetzt, und die meisten von uns wollen sie auch –, dann müssen wir auch sagen, wir wollen eine europäische Staatsbürgerschaft, die mindestens soviel wert ist wie die deutsche Staatsbürgerschaft, das heißt, sie soll auch mit Grundrechten ausgestattet sein. Deshalb wollen wir Europa demokratisieren. Wir wollen dem Europäischen Parlament mehr Rechte geben, und wir wollen für Europa eine Grundrechtscharta. Wir wollen die Grundrechte in die europäischen Verträge oder vor die europäischen Verträge schreiben.

(D) Die Frau Ministerin hat dazu vor wenigen Tagen eine Rede gehalten. Ich finde sie hervorragend. Eigentlich müßten alle Fraktionen dieses Hauses die Bundesregierung dabei unterstützen, die Diskussion über diese Grundrechtscharta in Europa auf den Weg zu bringen und möglichst bald, am besten in dieser Legislaturperiode, spätestens aber in der nächsten, zu einem Abschluß zu bringen, damit wir eine **europäische Grundrechtscharta** bekommen, die sich etwa an der Charta der Vereinten Nationen, die auch sonst in vielen Bereichen vorbildlich sind, messen lassen kann. Ich denke, das ist ein wichtiges Ziel. Wir wünschen der Ministerin viel Glück dabei und werden sie bei diesen Bemühungen heftig unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Rechtspolitik für die Bundesrepublik Deutschland – davon war bisher im wesentlichen die Rede – besteht für die neue Regierung, für die neue Koalition zunächst einmal, wie auch in vielen anderen Bereichen, darin, Versäumnisse der letzten zwölf Jahre nachzuholen und Fehler zu korrigieren. Daran arbeiten wir; wir haben darüber schon mehrfach gesprochen.

Hans-Christian Ströbele

- (A) Wir müssen Fehler und Fehlentwicklungen nach dem **Einigungsvertrag** korrigieren, die zu untragbaren Ungerechtigkeiten bei vielen Menschen in der ehemaligen DDR führten. Davon sind nicht Hunderte, nicht Tausende oder Zehntausende, sondern Hunderttausende betroffen, die jetzt auf rechtliches Handeln warten. Wir haben die Zusage des Justizministeriums, der Frau Ministerin, daß das noch in diesem Sommer auf den Weg gebracht wird.

Diese Regelung ist dringend überfällig, weil es mit jedem Jahr, das ins Land geht, schwieriger wird, noch zu wirksamen und rechtlich vertretbaren Regelungen zu kommen. Wir müssen vieles korrigieren, was vorher lange Zeit gepocht hat.

Reparatur der Rechtspolitik heißt auch, daß wir Rechtsvorhaben, die zum Teil viele Jahrzehnte alt sind, nun endlich umsetzen wollen. Einige sind angesprochen worden, zum Beispiel die **Justizreform**, die ansteht. Da geht es nicht in erster Linie darum zu sparen, sondern da geht es in erster Linie nach meiner Auffassung darum mehr Gerechtigkeit dadurch herzustellen, daß Gerichtsverfahren so rasch durchgeführt und zu Ende gebracht werden können, daß die Menschen nicht verstorben sind, bis ein rechtskräftiges Endurteil steht, daß sie also zu ihrem Recht kommen.

- (B) Bärbel Bohley, die bekannte Bürgerrechtlerin, hat einmal einen Satz geprägt, der unendlich viel über die Rechtsordnung der Bundesrepublik aussagt: „Wir haben Gerechtigkeit gesucht und haben den Rechtsstaat bekommen.“ Der Begriff Rechtsstaat war in diesem Falle nicht unbedingt nur positiv gemeint; Rechtsstaat hatte in diesem Punkt vielmehr auch sehr viel mit Rechtsmittelstaat zu tun. Wir wollen die Rechtsordnung so verändern, daß die Gerichte entlastet und somit in die Lage versetzt werden, in annehmbarer und den Bürgerinnen und Bürgern – und zwar allen, nicht nur denen, die viele Rechtsmittelinstanzen finanziell durchstehen können – nicht nur das Recht geben, das ihnen zusteht, sondern ihnen auch Gerechtigkeit zukommen zu lassen.

Das ist die Aufgabe, vor die wir gestellt sind. Es ist eine große Aufgabe, da haben Sie recht. Es haben sich schon viele Bundesregierungen daran versucht und sind zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Wir wollen das anpacken. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Wege. Wir müssen sehen, daß wir die Reform noch in diesem Jahr soweit voranbringen, daß wir spätestens im nächsten Jahr erste Ergebnisse vorweisen können.

Im **Strafrecht** wollen wir das Sanktionsrecht zeitgemäßer gestalten. Die Ministerin hat sich häufig auch Tadel eingehandelt, weil sie eine Reihe von Vorschlägen in die öffentliche Debatte geworfen hat – die Stichworte sind Fahrverbot, Strafgeld, elektronische Fußfessel, verstärkter Täter-Opfer-Ausgleich und gemeinnützige Arbeit –, die nicht nur auf Zustimmung gestoßen sind. Ich finde es gut, daß sich schon seit einigen Monaten Strafverteidigertage, Richtertage und Juristentage intensiv mit diesen Fragen beschäftigen und daß wir über die Boulevardzeitungen auch eine Diskussion in der Gesamtbevölkerung darüber haben: Wie kann man im Sanktionsrecht zu neuen Formen kommen, die die

Richter entlasten, die vor allen Dingen die Gefängnisse entlasten und die damit auch mehr Gerechtigkeit herstellen können? Die Ministerin hat – das weiß sie auch – in einigen dieser Punkte schon jetzt unsere Zustimmung. Das ist bei der **gemeinnützigen Arbeit** und auch beim verstärkten **Täter-Opfer-Ausgleich** der Fall. Hinsichtlich der anderen Punkte muß man nach der sachkundigen Diskussion entscheiden, was man umsetzen und verwirklichen kann.

Wir werden alle diese Vorhaben begleiten. Wir sind aber nicht nur für die Veränderung des Strafrechts, sondern wir wollen auch – das ist, wie ich denke, eine ganz wesentliche Aufgabe der Rechtspolitik für die Bundesrepublik Deutschland – mehr Freiheit wagen.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Ströbele, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist der letzte Punkt. – Wir wollen auch mehr Freiheit wagen. Wir wollen ein **Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten** ausbauen, das die vierte Gewalt stärkt. Wir wollen ein **Informationsfreiheitsgesetz** und ein **Antidiskriminierungsgesetz**. Wir wollen außerdem endlich der aufgeklärten und geläuterten Rechtsauffassung in der Bevölkerung Rechnung tragen und eine **gesetzliche Regelung für gleichgeschlechtliche Partnerschaften** schaffen. Lassen Sie uns aus diesem Rechtsstaat einen Staat machen, von dem auch Bärbel Bohley und diejenigen, die zu uns in diesen Staat Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, dann sagen können: Wir haben nicht nur den Rechtsstaat bekommen, sondern wir haben auch Gerechtigkeit bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kollegin Sabine Jünger, PDS-Fraktion, will ihre Rede zu Protokoll geben.*) Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch. Deshalb erteile ich das Wort jetzt der Bundesministerin der Justiz, Herta Däubler-Gmelin.

Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man merkt es in der Tat: Die Haushaltsrunde 1999 neigt sich dem Ende zu. Ich möchte anfangen mit einem Dank an den Haushaltsausschuß, insbesondere an die Haushaltsberichterstatter – lassen Sie mich die der Koalition zuerst nennen – an Carsten Schneider, der heute seine erste – wie ich finde, sehr eindrucksvolle – Rede gehalten hat, ganz besonders an Matthias Berninger, aber auch an die anderen Kolleginnen und Kollegen. Denn wir können feststellen: So klein der Etat des Bundesministers der Justiz auch ist, so deutlich ist doch, daß es eine Änderung, eine Akzentverschiebung, eine andere Weichenstellung gegeben hat. Ich finde das gut.

*) Anlage 3

Bundesministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin

- (A) Natürlich bin ich der Auffassung, daß wir eine angemessene Ausstattung brauchen, um die Aufgaben des Bundesministeriums der Justiz mit all dem, was Sie heute zu Recht angemahnt haben, effizient und angemessen erfüllen zu können. Wir haben – das ist, glaube ich, sehr deutlich herauszuheben – durch den Regierungswechsel erreicht, daß die ständige Streichorgie der vergangenen Jahre aufgehört hat und daß wir gegenüber dem Waigel-Entwurf eine Steigerung – wenn auch eine sehr maßvolle – bekommen haben. Diese Steigerung bewegt sich – mühsam ernährt sich das Eichhörnchen – im Bereich von etwa 10 Millionen DM. Gemessen an dem Ansatz von Herrn Waigel ist das, was der Haushaltsausschuß beschlossen hat, besser. Dafür bedanke ich mich. Sie werden sehen: Der Dank ist immer der erste Schritt zu einer Bitte; die kommt später.

Ich bin der Meinung, daß die Finanzierungsentscheidungen deutlich machen, daß die Rechtspolitik andere und, wie ich glaube, notwendige und richtige Akzente bekommen hat. Ich meine damit nicht nur, daß man den Titel der **Wehrstraftgerichtsbarkeit** – das alte Ärgernis – endlich gestrichen hat. Das hätten Sie in den letzten 16 Jahren wirklich machen können; wie Sie wissen, war ich immer dafür. Es geht auch darum – Herr Schneider hat das schon erwähnt –, daß bei der Teilfinanzierung des Büros des **Täter-Opfer-Ausgleichs** oder auch der Teilfinanzierung des Deutschen Forums für Kriminalprävention sehr deutlich gemacht wird, daß wir im Bereich Strafen, Strafvollzug und Strafrechtspolitik in den letzten Jahren in der Sackgasse, an der Brandmauer angekommen waren.

- (B) Wir wissen ganz genau, daß die Landesjustizminister **neue Gefängnisse** bauen müssen, und zwar in allen Ländern. Bayern – um das nicht zu vergessen – spricht beim Bau von Strafanstalten sogar von einem „Strafvollzug light“. Gleichzeitig klagen alle darüber, daß die Überfüllung der Gefängnisse dramatisch zunehme und daß der Resozialisierungsvollzug, auf den wir doch im Interesse der Opfer dringend angewiesen sind, praktisch nicht mehr möglich sei.

Daraus ziehen wir in mehrfacher Weise die Konsequenzen: auf der einen Seite mit den Finanzierungsentscheidungen, über die ich bereits gesprochen habe und die heute schon dargelegt wurden, und auf der anderen Seite – ich bin dem Kollegen Ströbele sehr dankbar, daß er darauf hingewiesen hat – mit **alternativen Strafsystemen**. Das muß einer der Schwerpunkte sein. Ich erwähne das, weil ich Sie darum bitte, in den nächsten Jahren diesen Weg mit uns zu gehen. Wir bitten Sie, nicht – wie es jetzt schon wieder der Fall ist – jeden Tag ein neues Gesetz einzubringen, nach dem dieses oder jenes schärfer bestraft werden soll. Wir müssen statt dessen Schwerpunkte bilden, zielgenau vorgehen und alternative Strafen vorsehen. Das wird noch eine Menge Diskussion hervorbringen. Wir werden uns bemühen, die Diskussionen sachlich so vorzubereiten, daß wir uns einigen können.

Die Zielsetzung aber muß klar sein: Wir müssen weg von dem alleinigen Strafmodell „Entweder Geldstrafe oder Knast“. Die Annahme „Je mehr Knast, desto deutlicher der Kriminalitätsschutz“ ist nicht richtig. Wir

müssen ganz klar sagen: Unsere Gesetze sind dazu da, befolgt zu werden. Wir müssen aber neben Geldstrafe und Knast andere Sanktionen dort einsetzen, wo das möglich ist, wo wir sie brauchen und wo sie wirksam sind. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich darf das aufgreifen, was Sie, sehr verehrter Herr Kollege Henke – ich bedanke mich bei Ihnen ebenso wie bei Dr. Hoyer in ganz besonderer Weise für die Unterstützung –, gesagt haben: Man muß bei der Umsetzung dessen, was der Finanzminister verkündet hat, überlegen, wo sinnvollerweise gespart werden kann. Lassen Sie mich eines erwähnen: Wir hätten es auch im Bereich des Justizhaushaltes viel leichter, wenn die Situation nicht so wäre, wie sie jetzt nach 16 Jahren der Koalition aus CDU, CSU und F.D.P. ist.

Natürlich werden wir ganz deutlich machen müssen, daß zukünftige **Personalkürzungen** im Bereich des Bundesjustizministeriums bedeuten, daß Aufgaben, die – Sie alle haben darauf hingewiesen – dringend erforderlich sind, nicht mehr erfüllt werden können. Deswegen habe ich die Bitte, daß Sie mit uns dafür sorgen, daß sie in Zukunft möglich werden.

Sie haben alle – auch dafür bedanke ich mich, und ich werde es selbstverständlich weitersagen – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums der Justiz deutlich gelobt. Ich halte dieses Lob für völlig berechtigt. Aber dieses reicht nicht, sondern dem Lob muß dann auch ein Eintreten für angemessene Arbeitsbedingungen und da, wo es sinnvoll und für die Aufgabenerfüllung notwendig ist, auch für eine Vermehrung der Stellen folgen. (D)

Ganz besonders gilt das neben dem Bereich des Bundesministeriums der Justiz, wo wirklich – das wissen Sie – sehr sparsam gewirtschaftet wird, für den Bereich des **Deutschen Patent- und Markenamtes**. Auch da gilt wieder: Wir hätten es leichter, wenn nicht in den letzten Jahren Schritt für Schritt die Kapazität zurückgefahren worden wäre. Ich bin dem Haushaltsausschuß dankbar, daß wir auch hier eine Akzentverschiebung hinbekommen haben, daß wir wissen, es geht wieder aufwärts. Aber es wird nicht reichen. Völlig richtig ist: Wir werden uns etwas Neues einfallen lassen müssen. Wir haben schon darüber geredet, wir haben auch die entsprechende fachliche Unterstützung. Aber daß wir darauf achten müssen, daß Erfindungen in unserem Lande gut betreut werden, daß wir die Patentprüfung und die Anmeldefristen effizienter gestalten müssen, ist gar keine Frage. Natürlich müssen wir auch darauf sehen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Patentsystems deutlich gemacht wird. Ich glaube, da werden Sie mir alle zustimmen.

Nur: Dazu braucht man Investitionen nicht nur in die EDV, sondern dazu braucht man auch Investitionen in die Menschen. Für eine vernünftige Organisationsreform und das, was dazugehört, sorgen wir schon.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, daß wir für die nächsten Jahre viel zu tun haben. Lassen

Bundesministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin

(A) Sie mich einen Punkt aufgreifen. Lieber Herr Henke, Sie wissen ganz genau, daß beim Umbau des Reichsgerichtsgebäudes für das **Bundesverwaltungsgericht** das Bundesministerium der Justiz eigentlich nur Durchlaufstelle ist. Der Streit, von dem Sie zu Recht gesprochen haben, war auf der einen Seite der mit den für den Bau Verantwortlichen, die gesagt haben, es koste mehr, und auf der anderen Seite der mit dem Bundesministerium der Finanzen, von dem gesagt wurde, es koste weniger.

Ich sage Ihnen, was mein Interesse ist: Wir müssen das Reichsgerichtsgebäude funktional und würdig als einen der Mittelpunkte der Stadt Leipzig umbauen. Darüber gibt es keinen Zweifel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wer dann hinterher in bezug auf das, was es gekostet hat, recht hat, darüber können wir uns dann unterhalten. Für mich ist am wichtigsten, daß die Planung jetzt nicht umgestellt werden muß. Wenn die Planung angehalten werden müßte, wenn neu ausgeschrieben werden müßte – der Haushaltsausschuß hat ja Gott sei Dank gesagt, daß das nicht der Fall sei –, dann, meine Damen und Herren, würde das bedeuten, daß die Funktion des Bundesverwaltungsgerichts in der Tat sehr eingeschränkt wäre. Damit wäre ich nicht einverstanden. – Bitte schön.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich brauche gar nicht mehr zu fragen; die Frau Ministerin gestattet eine Frage.

(B)

Hans Jochen Henke (CDU/CSU): Frau Ministerin, wir stimmen ja in dem, was Sie sagen, und dem, was ich gesagt habe, völlig überein. Aber stimmen Sie mit mir auch darin überein, daß es doch notwendig wäre, regierungsseitig vielleicht eine Stelle, eine Instanz zu schaffen, die in irgendeiner Weise klärt, koordiniert, abstimmt, bevor dann ein solches Projekt mit einem geänderten Ansatz Eingang in den Haushaltsentwurf und in den Antrag an den Haushaltsausschuß findet?

Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz: In dem Antrag war es schon noch richtig. Aber es ist im Laufe der Diskussionen des Haushalts – Herr Henke, das wissen Sie auch – leider Gottes etwas verunklart worden. Daß Sie diese Kritik hier bei mir abladen – gut, ich habe ein relativ breites Kreuz –, das gehört sich in einer solchen Debatte; daß es nicht zutrifft, wissen Sie auch. Daß man hergehen und das Reichsgerichtsgebäude jetzt so umbauen muß, daß das Bundesverwaltungsgericht fristgerecht und vernünftig einziehen und seine Arbeit tun kann und daß das Gebäude gut aussieht, das ist klar.

Jetzt lassen Sie mich noch etwas sagen: Wir haben im letzten halben Jahr ziemlich viel von dem repariert, was Sie uns übriggelassen haben. Das DNA-Gesetz war einer der Punkte.

(Zuruf des Abg. Dr. Werner Hoyer [F.D.P.]

– Lieber Herr Dr. Hoyer, auch wenn Sie es nicht gerne hören, stimmt es doch. (C)

Ein weiterer Bereich ist Europa, auf den der verehrte Kollege Funke hingewiesen hat. Herr Henke, Sie waren so freundlich, darauf hinzuweisen, daß hier eine Reihe von Richtlinien umgesetzt werden müßten. Völlig richtig! Aber das sind alles Dinge, die schon längst hätten umgesetzt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben zu Unrecht gesagt, daß wir auf Grund unserer ideologischen Vorgaben bei der **Überweisungsrichtlinie** – als ob man bei Banküberweisungen ideologisch sein könnte! – über die eigentliche Zielsetzung hinausgehen. Wir haben lediglich festgestellt, daß zwischen einer Überweisung ins Ausland und einer Überweisung im Inland kein Unterschied gemacht werden darf. Die Beseitigung dieses Unterschieds haben Sie, Herr Funke, als Sie Staatssekretär waren, noch nicht einmal erwogen.

Wissen Sie, was ich besonders drollig finde? – 1993 hätten Sie die **GmbH & Co-Publizitätsrichtlinie** umgesetzt haben müssen. Nicht ein fernes Europa hat Ihnen oktroyiert, diese Richtlinie umzusetzen; vielmehr haben auch die Minister der Bundesrepublik dies mitbeschlossen. Sie haben diese Richtlinie nicht umgesetzt. Am 22. April dieses Jahres hat der EuGH die Bundesrepublik Deutschland verurteilt, diese Richtlinie umzusetzen. Das ist ein Ärgernis. So etwas tut man nicht, schon gar nicht, wenn Sie so viel auf Europa setzen, wie Sie immer behaupten. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber der Höhepunkt ist, daß ich von meinem verehrten Kollegen, den ich so schätze, eine Presseerklärung, nachdem ich darauf hingewiesen habe, daß die Richtlinie umgesetzt werden muß, erhalte, in der ich ermahnt werde. Ich muß diese Erklärung vorlesen – sie ist wirklich zu hübsch –:

Die Justizministerin sollte lieber deutsche Interessen vertreten, als mittelständische Unternehmen zu beschimpfen.

Die Presseerklärung beinhaltet den Hinweis, daß ich lieber eine sachgerechte Änderung der Richtlinie durchsetzen sollte. Merke: Ich soll eine Richtlinie durchsetzen, die sein Minister mit unterschrieben hat! Das ist wirklich drollig.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Sie beschimpfen die alte Regierung nur!)

– Davon kann keine Rede sein. Ich setze lediglich das um, was mir durch Urteile vorgegeben ist. Das wissen Sie auch ganz genau.

So etwas macht einem natürlich mehr Arbeit als nötig. Aber ich möchte mich ausdrücklich für diese Presseerklärung bedanken. Ich fand sie wirklich drollig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bundesministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin

(A) Ich danke, daß vorhin die **Grundrechtscharta** erwähnt wurde. Wir wollen erreichen, daß in Europa die Entscheidungen für eine soziale und rechtsstaatliche Demokratie, die wir schon seit langem auf nationaler Ebene getroffen haben, ebenfalls durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist eine Grundrechtscharta genau das, was wir wollen. Wir wollen diese Initiative in einem Monat beim Europäischen Rat in Köln einbringen. Wir erhoffen uns dafür eine sehr große Mehrheit.

Bei den Vorarbeiten zur **Justizreform**, die Sie angesprochen haben, sind wir glücklicherweise zusammen mit den Ländern – übrigens mit Baden-Württemberg und Bayern; um das gleich zu erwähnen – einen guten Schritt vorangekommen. Ich hoffe, daß wir ähnlich wie bei der Ausgestaltung des Sanktionensystems hier bald in die Sachentscheidungen eintreten können.

Lassen Sie mich den Dank, den ich am Anfang meiner Rede ausgesprochen habe, wiederholen. Aber bitte denken Sie auch an meinen Satz: Jeder Dank ist immer die erste Stufe für die nächste Bitte. Ich kann Ihnen garantieren: Diese Bitte wird in der Tat bei der Verabschiedung des nächsten Haushalts geäußert werden. Wenn wir das durchsetzen wollen, was Sie alle gemeinsam gefordert haben, dann brauchen wir dringend Ihre Hilfe. Ich fände es sehr schön, wenn wir sie bekommen würden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(B) **Vizepräsidentin Petra Bläss:** Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Norbert Geis, CDU/CSU-Fraktion.

Norbert Geis (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir feiern in den kommenden Wochen das 50jährige Bestehen unserer Verfassung. Sie ist die freiheitlichste Verfassung – das ist heute schon betont worden –, die wir je in unserer Geschichte hatten. Sie gehört zu den freiheitlichsten Verfassungen in der ganzen Welt. Als der Ostblock zusammengebrochen ist, haben viele der dann wieder aufgestandenen Länder unsere Verfassung als Vorlage verwendet, um die eigenen staatlichen Verhältnisse zu ordnen.

Unsere Verfassung beginnt mit dem klassischen Satz: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“ Damit ist dem säkularisierten Staat, wie ich meine, eine Grundrichtung vorgegeben worden, die er beachten muß, wenn er sich nicht selbst untreu werden will. Zu dieser Grundrichtung gehört die besondere Hervorhebung des **Rechtes auf Leben** und die besondere Hervorhebung des **Schutzes von Ehe und Familie**.

Frau Ministerin, Sie haben in den letzten Wochen dankenswerterweise das Problem der **Spätabtreibungen** aufgegriffen. Sie haben vorgeschlagen, die Spätabtreibungen von behinderten Kindern über das Standesrecht zu regeln. Das heißt, über das Standesrecht soll Sorge dafür getragen werden, die Spätabtreibungen behinderter

Kinder, die außerhalb des Mutterleibes schon lebensfähig wären, zu verhindern oder zumindest ihre Anzahl zu reduzieren. Ich danke Ihnen dafür ausdrücklich. (C)

Ich glaube aber nicht, daß man dieses Ziel durch das ärztliche Standesrecht erreichen kann. Man sollte das diskutieren. Ich glaube auch nicht, daß es richtig wäre, die 22-Wochen-Frist, die wir 1995 aus ethischen Gründen abgeschafft haben, wieder einzuführen. Es wird letztendlich nur gelingen, diesem Anliegen gerecht zu werden, wenn wir versuchen, die derzeit weitgefaßte medizinische Indikation präziser zu formulieren.

Das Verfassungsgericht hat uns in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 – auf Grund dieses Urteils ist die jetzige Beratungsregelung eingeführt worden – aufgegeben, nach einer geraumen Zeit zu prüfen, ob diese Beratungsregelung tatsächlich zu einem besseren **Schutz der ungeborenen Kinder** führt. In diesem Jahr sind seit dieser Entscheidung sechs Jahre vergangen. Ich halte den Lebensschutz für eine fundamentale Frage, in der es um einen wichtigen Auftrag unserer Verfassung geht. Auch das Justizministerium sollte sich daher im nächsten Jahr um die Prüfung dieser Frage bemühen.

Im Zusammenhang mit der Verfassung stellt der **Schutz von Ehe und Familie** einen weiteren wichtigen Punkt dar. Wir sehen in dem Vorhaben der Grünen – die Ministerin sieht es anders –, die gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften den ehelichen Lebensgemeinschaften gleichzustellen, den Versuch, diese Grundrichtung unserer Verfassung zu verwässern. Dem werden wir uns entgegenstellen. Wir werden versuchen, das nicht zuzulassen. Insoweit warten wir den Gesetzentwurf ab. Dies möchte ich dazu bei dieser Gelegenheit sagen. (D)

Frau Ministerin, Sie haben in den letzten Wochen mit Recht – Herr Ströbele hat das aufgegriffen – eine Grundrechtscharta für Europa gefordert. Wir unterstützen Sie in diesem Anliegen. Wir meinen aber, daß es nicht um eine Grundrechtscharta gehen kann, sondern daß es um einen **Verfassungsvertrag für Europa** insgesamt gehen muß. Wir meinen, daß der Vorschlag, den die CDU auf dem Erfurter Parteitag gemacht hat, richtig ist, eine Gruppe von Experten zu benennen, die sich Gedanken darüber macht, wie ein solcher Verfassungsvertrag für Europa gewichtet sein soll. Es geht um die Frage, was die Europäer eigentlich zusammenhält, was die Werte Europas sind und wie wir diese Werte in einer Verfassung umsetzen können. Ich halte diese Forderung des Erfurter Parteitages für sehr richtig. Dies möchte ich hier unterstreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf das eingehen, was Sie aus der Presseerklärung, die ich verfaßt habe, zitiert haben. Frau Ministerin, uns ist es bei dieser **Richtlinie** um den Schutz unserer mittelständischen Unternehmen gegangen. Wir haben in Deutschland anders als in vielen anderen europäischen Ländern viel mehr mittelständische Unternehmen, die **Personengesellschaften** sind und die deshalb – es geht bei dieser Richtlinie um Offenlegung der Bilanzen – nach meiner

Norbert Geis

- (A) Auffassung nicht wie die Aktiengesellschaften dazu verpflichtet sind, ihre Bilanzen offenzulegen. Gewöhnlich muß der Unternehmer selbst für seine Entscheidungen einstehen. Diese Entscheidungen gehen im Grunde genommen keinen Dritten etwas an. Wenn wir uns auf diesem Gebiet sehr reserviert verhalten haben, wenn wir versucht haben, den mittelständischen Unternehmen tatsächlich einen Dienst zu erweisen, dann sollte man das nicht abqualifizieren. Meine Bitte an Sie war, das zu tun, was uns zugegebenermaßen nicht gelungen ist: Unternehmen Sie während der EU-Präsidentschaft noch einmal einen Versuch, um in dieser Richtlinie die deutschen Interessen, die insgesamt eine Besonderheit im Vergleich zu den übrigen europäischen Ländern darstellen, besser zu berücksichtigen. Vielleicht gelingt es Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kosovo-Konflikt wirft natürlich seine Schatten auch auf die Rechtspolitik. Wir erleben in diesen Tagen, wie in der Bundesrepublik Deutschland wiederum Plakate mit der Parole „Soldaten sind Mörder“ aufgehängt werden. Wir halten dieses Vorgehen für eine schlechte Sache und verurteilen es. Unsere Soldaten, die wirklich Leib und Leben wagen, werden durch solche Plakate beschimpft und fühlen sich auch getroffen; das wissen wir. Deswegen wollen wir den Gesetzentwurf, über den wir in der letzten Legislaturperiode keinen Beschluß gefaßt haben, den wir aber im Ausschuß bereits beraten und verabschiedet hatten, wieder vorlegen, um einen besseren **Ehrenschutz für die Soldaten** zu erreichen.

- (B) Lassen Sie mich noch ein Wort zur inneren Sicherheit sagen; das ist, wie ich meine, nach wie vor ein wichtiges Thema der Rechtspolitik. Ich habe kein Verständnis dafür, daß im Rahmen der Diskussionen zum 50jährigen Bestehen unserer Verfassung immer wieder Stimmen laut werden, die sagen, mit der Einführung der **Wohnraumüberwachung** sei ein Angriff auf unseren Rechtsstaat geschehen. Wir wollten mit diesem Gesetz und mit der Änderung von Art. 13 des Grundgesetzes nichts anderes, als den Schutz der Freiheit unserer Bürger erreichen. Das müssen endlich einmal die anerkennen, die meinen, wir hätten damit einen Anschlag auf unseren Rechtsstaat verübt. Das hatten wir nie im Sinn, und das war nie unsere Absicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit ist auch davon zu sprechen, daß die Schwerekriminalität bekämpft werden muß. Wir sind der Meinung, daß für die Zulassung der **Telefonüberwachung** endlich auch die Gründe ausreichen sollten, die wir schon bei den Beratungen über die Wohnraumüberwachung verabredet hatten. Wir haben jetzt einen Gesetzentwurf zur Einbeziehung der Korruption und des schweren sexuellen Mißbrauchs in die Verdachtstatbestände bei der Telefonüberwachung vorgelegt. Ich hoffe sehr, daß wir zusammen mit Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, hier zu einer Einigung kommen. Diese hatten wir ja vor anderthalb Jahren schon einmal hergestellt.

Wenn wir uns Gedanken über die innere Sicherheit machen, sollte auch ein Wort zur sogenannten Alltags-

oder Kleinkriminalität gesagt werden. Wenn wir an Straßenecken, auf Schulhöfen oder auch in der Nähe von Fixerstuben, in deren Umfeld ja sehr oft eine offene Szene entsteht, Kleindealereien zulassen, dann werden wir uns ganz schnell einer Rauschgiftkriminalität gegenübersehen, der wir nicht mehr Herr werden. Deswegen muß dem schon von Anfang an entgegengewirkt werden. Das gleiche gilt auch für die Verwahrlosung von öffentlichen Anlagen, für Graffiti-schmierereien und natürlich auch für den Ladendiebstahl. (C)

Gegen diese „kleinen“ Delikte, über die Sie lächeln mögen, müssen wir wirklich ernsthaft vorgehen, um zu verhindern, daß unsere Bürgerinnen und Bürger enttäuscht werden, sich abwenden, in gewissem Maße von der Öffentlichkeit absondern und sozusagen in eine innere Immigration begeben und sich vor allen Dingen – darin sehe ich eine echte Gefahr – nicht mehr mit ihrer Umwelt identifizieren. Wir laufen Gefahr, dadurch ein Klima zu schaffen, das Kriminalität noch mehr ermöglicht. Ich bitte Sie wirklich einmal, dieses Anliegen so zu sehen und Ihre Polemik wegzulassen. Versuchen Sie doch einmal zu verstehen, um was es uns dabei geht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörg Tausch
[SPD]: Sind wir doch nicht!)

– Gut, wenn Sie nicht polemisch waren, entschuldige ich mich.

Ein letztes Wort noch: Zum Bereich der inneren Sicherheit gehört natürlich auch der Strafvollzug. Hier besteht ja auf Grund des Beschlusses vom 1. Juli 1998, wonach wir die Arbeit von Gefängnisinsassen besser zu bewerten haben, Diskussionsbedarf. **§ 200 des Strafvollzugsgesetzes** wurde für verfassungswidrig erklärt; also müssen wir eine Regelung finden. Hierzu gibt es ja bereits auch Überlegungen im Justizministerium. Wir werden Sie, Frau Ministerin, wie ich denke, bei Ihren Vorhaben unterstützen können, zum einen eine bessere Bezahlung durchzusetzen und zum anderen so etwas wie eine Good-time-Regelung vorzusehen, gemäß der durch Arbeitsleistung ein Teil der Gefängnisstrafe – allerdings in einem vernünftigen Rahmen; darüber müssen wir noch diskutieren – erlassen werden kann. (D)

Ich meine, daß wir in diesem Zusammenhang auch einen Blick auf den Strafvollzug insgesamt werfen sollten. Frau Präsidentin, dies ist mein letzter Punkt. Ich halte sehr viel von dem Ziel der **Resozialisierung**, weil ein resozialisierter Täter nicht so schnell rückfällig wird. Insofern ist in der Tat die Resozialisierung die beste Verbrechensbekämpfung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite darf man aber nicht blauäugig sein. Wir haben in Gefängnissen oft den Zustand, daß dort Häftlinge aus 100 Nationen vertreten sind aus unterschiedlichen Kulturkreisen, mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, mit unterschiedlichen Religionen, vor allen Dingen mit unterschiedlichen Sprachen. Da wird es sehr schwer sein, dem Resozialisierungsgedanken gerecht werden zu können. Deswegen ist es unser Anliegen, daß in § 2 des Strafvollzugsgesetzes, in wel-

Norbert Geis

- (A) chem bestimmt ist, daß die Resozialisierung an erster Stelle zu stehen hat – so jedenfalls kann man § 2 auslegen –, auch die Sicherheit der Bevölkerung aufgenommen wird.

Frau Ministerin, ich denke, daß wir in vielen Fragen versuchen können, zu einer gemeinsamen Regelung zu finden. Wir unterscheiden uns allerdings auch in sehr vielen elementaren Fragen der Rechtspolitik. Das ist nun einmal so zwischen Opposition und Regierungspartei.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Geis, Ihr letzter Punkt war noch ganz schön lang.

Jetzt erteile ich der Kollegin Herta Däubler-Gmelin zu einer Kurzintervention das Wort.

Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich nur deswegen gemeldet, weil der verehrte Kollege Geis mich in zwei Punkten, die auch mir ganz besonders wichtig sind, angesprochen hat.

Ich bedanke mich zunächst einmal dafür, daß Sie klargestellt haben, worum es Ihnen eigentlich in der Presseerklärung bei der Umsetzung der **GmbH & Co-Richtlinie** geht.

- (B) Wenn es Ihnen um den Schutz des Mittelstands und nur um Personengesellschaften geht, dann glaube ich in der Tat, daß das auf einem Mißverständnis beruht. Dann werden wir zusammenkommen, weil die Publizitätspflicht ja nur für solche Personengesellschaften besteht, deren persönlich haftende Gesellschafter Kapitalgesellschaften sind. Das heißt, in diesem Punkt müssen wir nachbessern. Hier hat der EuGH die Bundesrepublik verurteilt. Das ist das, was wir tun. Möglicherweise kommen wir da zusammen.

Der zweite Punkt betrifft die **Spätabtreibungen**. Ich bin wirklich der Meinung, wir werden uns damit in der kommenden Zeit sehr sorgfältig befassen müssen. Ich bin deswegen dankbar für das, was Sie gesagt haben. Warum? Es handelt sich hierbei nicht alleine um die schrecklichen Erscheinungen, von denen wir lesen, sondern es sind auch besonders tragische Fälle. Wir dürfen bitte nicht vergessen: Das hat alles mit der Diskussion um die Frage, die uns möglicherweise trennt und die sich auf Schwangerschaftsabbrüche bezieht, nichts zu tun, sondern es handelt sich hierbei immer um Frauen, um Mütter, um Eltern, die sich bewußt für das Kind ent-

schieden hatten und die dann auf der Basis von pränataler Diagnostik erfahren haben, daß mit einer schweren Behinderung oder Krankheit des Kindes zu rechnen ist. (C)

Jetzt ist die Frage, wie wir hier vorgehen. Ich habe Ihren Worten entnommen – und ich bin dankbar für diese Aussage –, daß wir eine eugenische Indikation nicht einführen. Ich muß Ihnen sagen: Ich mache da auch nicht mit. Wir führen auch keine embryopathische Indikation ein. Es ist aber fraglich, ob wir die medizinische Indikation einschränken können. Ich fürchte, daß das gar nicht gehen wird, weder zeitlich noch begrifflich.

Weil diese Probleme so groß sind, habe ich mich dazu entschlossen – dazu möchte ich Sie auch herzlich einladen –, eine Expertenkommission einzusetzen, die uns sagt, was man wirklich tun kann, um das eine, nämlich diese schrecklichen Spätabtreibungen, nicht mehr geschehen zu lassen, aber auf der anderen Seite auf die Frauen, die sich auf ihr Kind gefreut haben, aber jetzt eben ein ernsthaft an Leben und Gesundheit beeinträchtigtes Kind erwarten, nicht zu viel Druck auszuüben. Das habe ich gesagt. Das ist eine ganz schwierige Situation, und ich danke Ihnen, wenn Sie da mitmachen.

Das, Frau Präsidentin, wollte ich noch sagen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich schließe die Aussprache. (D)

Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir stimmen zunächst über den Einzelplan 07, Bundesministerium der Justiz, ab. Wer stimmt für den Einzelplan 07 in der Ausschlußfassung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 07 gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der PDS mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 19, Bundesverfassungsgericht. Wer stimmt für diesen Einzelplan in der Ausschlußfassung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 19 einstimmig angenommen.

Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 6. Mai 1999, 9.30 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 22.15 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)**

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Altmann (Aurich), Gila	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5.5.99
Behrendt, Wolfgang	SPD	5.5.99*
Borchert, Jochen	CDU/CSU	5.5.99
Dehnel, Wolfgang	CDU/CSU	5.5.99
Doss, Hansjürgen	CDU/CSU	5.5.99
Fink, Ulf	CDU/CSU	5.5.99
Friedrich (Altenburg), Peter	SPD	5.5.99
Gehrke, Wolfgang	PDS	5.5.99
Dr. Grehn, Klaus	PDS	5.5.99
Jüttemann, Gerhard	PDS	5.5.99
Jung (Düsseldorf), Volker	SPD	5.5.99
Kanther, Manfred	CDU/CSU	5.5.99
Dr. Kinkel, Klaus	F.D.P.	5.5.99
Nolte, Claudia	CDU/CSU	5.5.99
Ostrowski, Christine	PDS	5.5.99
Raidel, Hans	CDU/CSU	5.5.99
Schumann, Ilse	SPD	5.5.99
Dr. Seifert, Ilja	PDS	5.5.99
(B) Dr. Süsmuth, Rita	CDU/CSU	5.5.99
Verheugen, Günter	SPD	5.5.99
Dr. Waigel, Theodor	CDU/CSU	5.5.99
Willner, Gert	CDU/CSU	5.5.99
Wolf, Aribert	CDU/CSU	5.5.99

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2

Erklärung

der Abgeordneten Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/890 – am 4. Mai 1999 (37. Sitzung, Seite 3060 C)

Ich habe an der namentlichen Abstimmung teilgenommen und mit Nein gestimmt.

Anlage 3

zu Protokoll gegebene Rede

zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1999; hier: Einzelplan 07 – Bundesministerium der Justiz (Tagesordnungspunkt I.16)

Sabine Jünger (PDS): Der Abgeordnete Alfred Hartenbach von der SPD-Fraktion hat in der ersten Lesung geschwärmt, der vorliegende Haushalt sei ein Neuanfang in der Justizgeschichte. Eine neue Zeit beginne nun – so hat er sich ausgedrückt. Eine großartige Justizreform hat er uns versprochen. So verzückt war er, daß er überzeugt war, alle hier im Hause würden sich mit Begeisterung beteiligen. Herr Hartenbach, ich gebe Ihnen an einem Punkt recht: Eine Justizreform ist überfällig. Aber wo schlagen sich Ihre Vorstellungen denn nieder im vorliegenden Haushaltsentwurf? Er ist doch im wesentlichen – wie in den anderen Bereichen auch – eine Fortschreibung der letzten Haushaltsplanungen und orientiert sich an den Vorgaben des ehemaligen Finanzministers Waigel. Jetzt könnten Sie sagen, sie hätten die finanzielle Misere übernommen, die Zeit sei zu kurz gewesen, um den Haushalt für das laufende Jahr noch wesentlich umzugestalten, oder ähnliches. Das mag ja vielleicht sogar sein. Aber den Entwurf als reformerische Großtat hinzustellen, das finde ich nun doch deutlich übertrieben.

Eine grundlegende Justizreform umfaßt den Aufbau der Gerichte, den Instanzenweg, außergerichtliche Schlichtungsmöglichkeiten, die Stellung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter, die gerichtliche Selbstverwaltung, die Ausbildung der Juristinnen und Juristen, die Schaffung größerer Transparenz und Bürgernähe und vieles mehr. An so einer Reform würden möglicherweise auch wir uns mit Begeisterung beteiligen. Aber auf diesen Tag werden wir wohl alle noch ein Weilchen zu warten haben. Und: Ein solches Vorhaben ist nicht zum Nulltarif zu haben. Im Gegenteil, es werden für die Umstellungen und Veränderungen zunächst sogar zusätzliche Kosten entstehen. Das ist im aktuellen Haushalt jedoch nicht berücksichtigt, und deshalb ist er auch in der überarbeiteten Version bei weitem kein Meilenstein der Justizgeschichte.

Bevor ich gleich noch zwei kritische Momente anmerke, will ich zunächst auch zwei Sachen lobend erwähnen.

Erstens. Ich begrüße es sehr, daß in der überarbeiteten Fassung des Haushaltsentwurfs die Bundesmittel im Bereich des Täter-Opfer-Ausgleichs erhöht und damit wieder auf den Stand von 1995 gebracht wurden. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiges Instrument des Strafrechts und Strafprozeßrechts, das gerade auch im Bereich der Jugenddelinquenz Möglichkeiten jenseits des Strafvollzugs bietet. Ich würde mir unter diesem Gesichtspunkt wünschen, daß auch die Länder hier perspektivisch mehr Mittel aufbringen könnten.

Zweitens. Die Abschaffung des Kapitels Wehrstrafgerichtsbarkeit unterstützen wir nachdrücklich, auch wenn es lediglich um 5 000 DM Einsparung ging.

Nun die zwei kritischen Momente:

Erstens. Unverständlich ist mir, daß sich das Gutachten des Bundesrechnungshofs bezüglich der unverhältnismäßigen Ausgaben bei der Herrichtung des zukünftigen Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig nicht in der

(D)

(A) Überarbeitung des Haushaltsplans niederschlägt. Nach diesem Gutachten wären die durch Architektur und Ausstattung dargestellte Würde und Bedeutung dieses obersten Bundesgerichts in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten um insgesamt 59 Millionen DM billiger zu realisieren. Hier wird wegen 150 000 DM für das Service-Büro „Täter-Opfer-Ausgleich“ ein Aufhebens gemacht, und dort werden 59 Millionen DM verschleudert. Ich erwarte an diesem Punkt Konsequenzen.

Zweitens. Was den Finanzbereich des Generalbundesanwalts anbelangt, habe ich die Kürzungen bei den Gerichtskosten und bei der Verwaltungskostenerstattung an die Länder positiv registriert. Ich würde allerdings an diesem Punkt weitergehen und gleichzeitig durch einige überfällige politische Maßnahmen weitere Millionen

einsparen. Herr Schily, heben Sie endlich die Verbote der PKK und von Devrimci Sol auf dem Gebiet der Bundesrepublik auf! Beenden Sie die Kriminalisierung dieser Gruppen! Machen Sie sich nicht länger zum verlängerten Arm der Türkei! Verfolgen Sie Straftäterinnen und Straftäter und nicht Funktionsträgerinnen und Funktionsträger von Gruppen, die in der Türkei verfolgt werden und mit denen dort – wie aktuell wieder sehr deutlich wird – kurzer Prozeß gemacht wird. Und sparen Sie sich doch einfach auch die enormen Mittel, die aufgewendet werden, um gegen linke und antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen zu prozessieren, indem Sie den Gesinnungsparagrafen 129 a abschaffen. Vielleicht könnten Sie das ja für den Haushalt 2000 in Erwägung ziehen. (C)

(B)

(D)